

Stenographisches Protokoll.

81. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Freitag, den 14. Mai 1920.

Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (320 der Beilagen), betreffend die Errichtung einer Abgabe von Spielen in öffentlichen Lokalen zur Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegerweisen (Spielabgabengesetz (817 der Beilagen). — 2. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen) und für die Dauer der Verhandlung der Gruppen XI und XVI in Verbindung damit Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Parrer, betreffend die Budgetierung eines Betrages von zwei Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft (752 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 2515).

Büschrit der Staatsregierung.

Büschrit des Staatssekretärs für Finanzen, betreffend den Bericht über die im ersten Vierteljahr 1920 vorgenommenen Kreditoperationen (834 der Beilagen [Seite 2515] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuss [Seite 2515]).

Verhandlungen.

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (320 der Beilagen),

betreffend die Errichtung einer Abgabe von Spielen in öffentlichen Lokalen zur Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegerweisen (Spielabgabengesetz) (817 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Fischer [Seite 2515] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 2517]).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen — Fortsetzung der Spezialdebatte über die Gruppe XI: „Land- und Forstwirtschaft“, Gruppe XVI: „Volkernährung“ und über den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Parrer, betreffend die Budgetierung eines Betrages von zwei

Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft [752 der Beilagen] — Redner: die Abgeordneten Huber [Seite 2517], Dannereder [Seite 2518], Staatssekretär für Volksernährung Dr. Voewenfeld-Ruß [Seite 2520 und 2535], Abgeordneter Wimmer [Seite 2532], Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft Stöckler [Seite 2535], die Abgeordneten Hösch

[Seite 2543], Dr. Straßner [Seite 2545], Rauscha [Seite 2549], Schneidmaßl [Seite 2551], Jus [Seite 2556], Wizany [Seite 2559], Buchinger [Seite 2563], Bretschneider [Seite 2567], Luttenberger [Seite 2574], Abram [Seite 2576] — Annahme der Anträge des Finanz- und Budgetausschusses [Seite 2580].

Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge:

Anträge

1. der Abgeordneten Ebner, Fischer, Dengg und Genossen, betreffend die Förderung des Baues von Beamten- und Arbeiterwohnhäusern (836 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Buchinger, Weigl, Eisenhut, Divald, Grim und Genossen, betreffend Ankauf der alten, für Bahnzwecke unbrauchbar gewordenen Eisenbahnschienen durch die Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften Deutschösterreichs (837 der Beilagen).

Zur Verteilung gelangen am 14. Mai 1920:

die Regierungsvorlage 833 der Beilagen;
die Anfragebeantwortung 146.

Beginn der Sitzung: 1 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Seitz, zweiter Präsident Hauser, dritter Präsident Dr. Dinghofer.

Schriftführer: Schönsteiner, Dr. Angrer.

Staatskanzler Dr. Renner.

Vizekanzler: Fink.

Staatssekretäre: Eldersch für Inneres und Unterricht, Dr. Ramek für Justiz, Dr. Deutsch für Heereswesen, Stöckler für Land- und Forstwirtschaft, Paul für Verkehrswesen, Hanusch für soziale Verwaltung, Dr. Treuenfeld-Ruß für Volksernährung, Dr. Ellenbogen, Dr. Mayr.

Unterstaatssekretäre: Glöckel und Miklas im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. Eisler im Staatsamte für Justiz, Dr. Waiss im Staatsamte für Heereswesen, Dr. Resch und Dr. Tandler im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 11. und 12. Mai sind in der Kanzlei zur Einsicht ausgelegen, unbeanstandet geblieben, gelten daher als genehmigt.

Der Herr Abgeordnete Wedra hat sich krank gemeldet.

Es ist eine Zuschrift des Herrn Staatssekretärs für Finanzen eingelangt, mit der der Bericht über die im ersten Vierteljahr 1920 vorgenommenen Kreditoperationen (834 der Beilagen) vorgelegt wird.

Diese Zuschrift und ihre Anlagen werden in Druck gelegt und verteilt werden.

Ich weise diese Vorlage dem Finanz- und Budgetausschusse zu.

Nunmehr kommen wir zur Tagesordnung. Erster Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (320 der Beilagen), betreffend die Errichtung einer Abgabe von Spielen in öffentlichen

Lokalen zur Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen (Spielabgabengesetz) (817 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Fischer; ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Fischer: Hohes Haus! Der Krieg hat von uns allen schwere Opfer gefordert. Die größten Opfer mussten selbstverständlich jene Tapferen bringen, die draußen an der Front das Vaterland zu verteidigen gehabt haben. Viele Zehntausende von Kriegsinvaliden haben in schwerster Weise noch auf lange Zeit hinaus an den Folgen des Krieges zu tragen, viele werden zeitlebens Krüppel bleiben. Zehntausende von Witwen haben den Verlust des Ernährers ihrer Familie, Hunderttausende von Kindern den Verlust des Vaters zu beklagen. Die Nationalversammlung hat zwar in zwei Gesetzen für die Kriegsinvaliden, für die Kriegerwitwen und die Kriegerwaisen Fürsorge getroffen, allein alle diese Vorkehrungen haben sich als unzureichend erwiesen. Die Renten sind zu gering und deswegen hat das Staatsamt für soziale Verwaltung aus den ihm zur Verfügung stehenden Fonds wiederholt hoffend eingegriffen und große Beträge aufgewendet, um namentlich die Existenz von Kriegsopfern zu ermöglichen und zu erleichtern.

Ich habe bereits, hohes Haus, auf die gänzliche Unzulänglichkeit der gesetzlichen Vorsorgen hingewiesen, die wir hier für die Kriegsopfer getroffen haben. Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Länder und die Gemeinden benötigen Mittel, um den Kriegsopfern helfen zu können und infolgedessen war es unter allen Umständen notwendig, Geldmittel zu beschaffen. Das Staatsamt für soziale Verwaltung hat mit der Beilage Nr. 320 den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Abgabe von Spielen in öffentlichen Lokalen zur Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen (Spielabgabengesetz) dem hohen Hause vorgelegt. Der Ausschuss für soziale Verwaltung hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Entwurf beschäftigt und hat ein Subkomitee eingesetzt, welches den Gesetzentwurf eingehend gründlich beraten hat.

Hohes Haus! Ich habe die Ehre, im Namen des Ausschusses für soziale Verwaltung die Beilage 817, den Bericht des Ausschusses über diesen

Gesetzentwurf, vorzulegen. Der Gesetzentwurf ist vom Subkomitee und vom Ausschuss in einigen Punkten abgeändert worden. Besonders im § 1 sind wir davon abgegangen, die Höhe der Spielabgabe durch das Gesetz bestimmen zu lassen, sondern wir haben lediglich eine untere Grenze festgesetzt. Der Ausschuss beantragt in seinem Berichte, daß die Spielabgabe von den einzelnen Spielen, die in öffentlichen Lokalen, in Klubs und Vereinen, aber auch an sonstigen für Spielzwecke entgeltlich überlassenen Orten, auch in Privaträumen, stattfinden, in keinem Falle unter 50 h betragen darf. Wir haben es auch für ganz undurchführbar gefunden, alle jene Spiele, von denen eine Abgabe entrichtet werden soll, im Gesetz selbst aufzuzählen, sondern der Ausschuss hält es für zweckmäßiger, daß die nähere Bezeichnung der Spiele, von denen die Abgabe zu entrichten ist, ferner die Abstufung der Abgaben nach Ortsklassen und Lokalen sowie die Regelung der Parochialierung, des Verfahrens und sonstiger Einzelheiten in den Durchführungsbestimmungen erfolgen soll.

Dagegen haben wir es auch für notwendig gefunden, daß für Lokale des Gast- und Schankgewerbes sowie für Klubs und Vereine die Möglichkeit gegeben werde, daß die Abgabe auf Grund des Ertrages eines in die Hauptspielzeit fallenden Zeitabschnittes von wenigstens drei Monaten pauschaliert werden kann. Wir schlagen da entgegen dem ursprünglichen Entwurfe des Gesetzes vor, daß dieses Erträgnis mit dem zweieinhalfschönen Betrage des auf diese Zeit entfallenden Erträgnisses pauschaliert werden kann.

Bei besprochen wurde auch der Beschluß des Ausschusses, der dahin gegangen ist, daß diese Bestimmungen nicht gelten sollen für Landgemeinden, Ortschaften (Gemeindeteile) unter 2000 Einwohnern, wenn diese Ortschaften nicht den ausgesprochenen Charakter eines Kurortes oder einer Sommerfrische aufweisen. Zu diesem Zwecke schlägt der Ausschuss vor, daß die Landesregierungen alljährlich bis zum 15. Februar ein Verzeichnis der Kur-, Bade- und Sommerfrischenorte anzulegen und dem Staatsamt für soziale Verwaltung in Vorlage zu bringen haben. Wir sind zu dieser Bestimmung im Ausschusse deshalb gekommen, weil wir uns sagen, die Kontrolle, die dieses Gesetz und seine Durchführung erfordern, wird ohnedies außerordentlich schwierig sein, und fast undurchführbar würde es sein, wenn die Spielabgabe auch an diesen verschiedenen kleinen Orten, Ortschaften, Gemeindeteilen weit draußen durchgeführt werden sollte. Infolgedessen hat sich der Ausschuss gesagt, wir wollen nicht Bestimmungen treffen, von denen wir schon im voraus wissen, daß sie undurchführbar sind, sondern wir legen einfach fest, daß die Bestimmungen des Gesetzes über die Spielabgabe

nur für Orte über 2000 Einwohner gelten. Das Erträgnis dieser Spielabgabe soll ausschließlich für Zwecke der Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und -waisen verwendet werden. Die Abgabe ist vom Gewerbeinhaber abzuführen, und zwar an die Invalidenentschädigungskommissionen, bezüglichweise an die Gemeinde, welche den auf Staat und die Länder entfallenden Anteil des Erträgnisses an die Invalidenentschädigungskommission abzuliefern hat. Die Gemeinde hat die Aufführung dieser Spielabgaben zu überwachen.

Eine einschneidende Änderung hat der Ausschuss im § 5 vorgenommen, dahin gehend, daß ein eigener Beirat im Staatsamt für soziale Verwaltung eingesetzt werden soll, der die nähre Verwendung des staatlichen Ertragsanteiles, sowie die Verwendung selbst mitberaten soll. In diesen Beirat sollen sowohl die Gewerbeinhaber, welche die Spielabgabe einzuheben haben, durch die Genossenschaftsverbände, die Verbände der Invaliden, der Kriegerwitwen, die Organisationen der Kinderschutz- und Jugendfürsorge vertreten sein. Dem Beirat können selbstverständlich auch andere Fachleute als Experten beigezogen werden.

Alle weiteren Bestimmungen des Gesetzes sind unverändert geblieben. Ich habe auch zu bemerken, daß das Staatsamt die im Entwurfe enthaltenen §§ 8 und 9 und den ersten Absatz des § 10 zurückgezogen hat, weil diese Materie, der sogenannte „Spielerparagraph“ aus dem alten Strafgesetzbuche der § 525, durch eine eigene Novelle geändert werden soll. Diese Novelle ist mittlerweile vom Staatsamt für Justiz dem hohen Hause zugegangen.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes sollen spätestens am 15. Juni 1920 in Kraft treten. Das Gesetz ist mit 31. Dezember 1922 befristet. Mit der Durchführung des Gesetzes ist der Staatssekretär für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit den beteiligten Staatssekretären betraut.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß sich der Ausschuss bemüht hat, ein gefundenes Kompromiß zu schaffen, insbesondere auch in der Beziehung, daß das Gesetz nicht gelten soll in Ortschaften und Gemeindeteilen unter 2000 Einwohnern — und diese Bestimmung ist ein wesentlicher Teil des Kompromisses unter den Parteien — und daß auch bezüglich der Durchführung des Gesetzes dem Staatssekretär für soziale Verwaltung weitgehende Befugnisse eingeräumt worden sind.

In diesem Sinne, hohes Haus, bitte ich Sie, die Bestimmungen des Gesetzentwurfs, so wie sie der Ausschuss für soziale Verwaltung vorlegt, zum Beschuß zu erheben. Der Ausschuss gibt durch mich als seinen Berichterstatter der Überzeugung Ausdruck, daß, wenn es uns gelingt, die Bestimmungen des Gesetzes nur halbwegs durchzuführen, wir die

Geldmittel aufzutreiben werden für die Opfer, die der Krieg hinterlassen hat, daß das Staatsamt für soziale Verwaltung die nötigen Geldmittel zur Verfügung erhält, um die Kriegsopfer wenigstens einigermaßen vor Not zu schützen.

In diesem Sinne, hohes Haus, bitte ich um die Annahme des Gesetzentwurfs.

Präsident: Es ist niemand zum Worte gemeldet, ich kann daher sofort zur Abstimmung schreiten. Ich bitte, die Pläze einzunehmen.

Ein Gegenantrag liegt nicht vor. Das Gesetz hat neun Paragraphen, die ich alle unter Einem zur Abstimmung bringe. Ich bitte jene Abgeordneten, die den §§ 1 bis inklusive 9 ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sizzen zu erheben. (*Geschieht.*) Sie sind angenommen.

Ich bitte jene Abgeordneten, die für Titel und Eingang des Gesetzes sind, sich von den Sizzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter Fischer: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt, die dritte Lesung sofort vorzunehmen. Ich bitte jene Abgeordneten, welche diesem formellen Antrag zustimmen, sich von den Sizzen zu erheben. (*Geschieht.*) Dieser formelle Antrag ist mit der hierzu erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Es wird also sofort die Abstimmung in der dritten Lesung erfolgen.

Ich bitte jene Abgeordneten, die dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sizzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen.

Damit ist das Gesetz, betreffend die Errichtung einer Abgabe von Spielen in öffentlichen Lokalen zur Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen (Spielaabgabengesetz) (gleichlautend mit 817 der Beilagen) endgültig zum Beschlusse erhoben.

Der nächste Punkt unserer Tagesordnung ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen) und für die Dauer der Verhandlung der Gruppen XI und XVI in Verbindung damit der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, betreffend die Budgetierung eines Betrages

von zwei Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft (752 der Beilagen).

Als erster Redner gelangt zum Wort der Herr Abgeordnete Huber.

Abgeordneter Huber: Hohes Haus! Wollen wir, daß die Produktion im Inlande gehoben wird, dann müssen wir trachten, daß dem kleinen und mittleren Bauernstande geholfen wird, insbesondere aber dort geholfen wird, wo der Staat ohnehin dazu verpflichtet ist. Ich denke da an die Regulierung der Flüsse, besonders der Salzach, der Saalach und der Wildbäche. Ich darf ruhig behaupten, daß in diesen Gegenden 200 bis 300 Besitzer alljährlich mit ihrem Futter und Getreide in größter Gefahr stehen. Die in Betracht kommenden Güter sind völlig entwertet. Es ist daher Pflicht des Staates, sobald als möglich einzuschreiten. Bielsach sind schon Wassergenossenschaften begründet worden, sie haben schon Kapital beisammen und sind auch geneigt, besonders im Winter, Material und der gleichen um billiges Entgelt zu beschaffen.

Eine weitere Notwendigkeit wäre die Subventionierung von Stallbauten und von Dünger- und Zauchengruben. Denn heute ist ein gewöhnlicher Bauer nicht imstande, hier aus eigener Kraft das Erforderliche zu leisten.

Sie wissen ja, daß heute Kalk 120 K und Zement 150 K pro Meterzentner kostet und daß der Arbeitslohn für einen Maurer oder Zimmermann pro Tag 100 K beträgt. Es ist daher einem kleineren oder auch mittleren Bauer unmöglich, solche Ställe zu bauen oder Dünger- und Zauchengruben zu schaffen.

Die beteiligten Staatsämter werden daher dringend gebeten, den schwer getroffenen Bauern Salzburgs, insbesondere jenen, die an der Salzach oder Saalach liegen, bald möglichst unter die Arme zu greifen. In früheren Jahren hat man von der Landwirtschaftsgesellschaft Subventionen erhalten. Wenn wir heute bei der Landwirtschaftsgesellschaft und bei den Hauptkorporationen des Landes vorsprechen, so sagen sie einfach: Es ist nicht möglich, das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft, beziehungsweise das Staatsamt der Finanzen weist uns solche Mittel nicht zu. Es ist daher unbedingt notwendig, und ich bitte darum den Herrn Staatssekretär für Finanzen, aber auch den Herrn Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft, daß solche Gelder wieder den Hauptkorporationen der Länder, insbesondere des Landes Salzburg, wo eine große Not ist, zugewiesen werden. (Beifall.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dannereder. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dannereder: Hohes Haus! Wir haben in der letzten Sitzung am Mittwoch Vertreter des Bauernstandes gehört und ich war der Meinung und habe immer darauf gewartet, daß, wenn die Bauern verlangen, daß wir für ihre Produkte mehr bezahlen, ein Vertreter derselben erklären wird: Wenn wir mehr Geld bekommen, werden wir mehr liefern, wir werden dem Schleichhandel an den Leib rücken. Leider habe ich davon nichts vernommen, sondern die Bauern stehen einfach auf dem Standpunkt, sie müssen für ihre Produkte so und soviel bekommen.

Nun möchte ich aber doch die Vertreter der Bauern darauf aufmerksam machen, daß bereits das ganze Geld, welches die Festangestellten, der Arbeiter, der kleine Mann überhaupt gehabt haben, auf das Land hinausgewandert ist, daß die Stadt schon ohne Geld ist.

Nun kommen Sie und verlangen wieder höhere Preise. Es ist klar, je höher die Preise der Lebensmittel werden, desto höher müssen die Löhne steigen und es muß doch einmal ein ernstes Wort darüber gesprochen werden, ob denn nicht ein Abbau der Preise beginnen kann. Die Teuerung hat bei den Lebensmitteln begonnen und ich bin der Meinung, es soll auch dort der Abbau der Preise seinen Anfang nehmen. (Abgeordneter Weigl: Bei den Produktionsmitteln hat die Teuerung begonnen!) Die Teuerung hat zuerst bei den Lebensmitteln begonnen, dann sind erst die Produktionsmittel gestiegen. Die Vertreter der Landwirtschaft verlangen höhere Preise. Wir müssen aber verlangen, daß die Herren auch mehr liefern. Das geschieht aber nicht und in den Zeitungen können Sie Beispiele genug lesen. Ich nehme nur den Bezirk Wels. Dort hat man vor 14 Tagen 70 Personen mit schweren Strafen belegen müssen, weil sie nicht liefern. Und warum liefern sie nicht? Weil sie kein Interesse daran haben. Sie geben alles im Schleichwege her. (Zwischenrufe.)

Es wird in Oberösterreich sehr viel Schleichhandel getrieben. Es gibt einzelne — vor denen Hut ab —, die der Bevölkerung wirklich Lebensmittel liefern, aber viele Bauern gibt es, die überhaupt nichts liefern. Sie sind selbst durch hohe Strafen nicht dazu zu bringen. (Abgeordneter Geisler: Die meisten Schleichhändler sind aus Ihren Kreisen! — Zwischenrufe.)

Sie sagen, die Schleichhändler sind aus unseren Kreisen, unter den Bauern sind aber keine Sozialdemokraten. (Zwischenrufe.) Wenn Sie dem Schleichhändler nichts geben, kann er nichts bekommen. Sie sind es, die die Schleichhändler beliefern. (Fortgesetzte Zwischenrufe.) Wir waren immer dafür, daß der Landwirtschaft geholfen werde . . . (Andauernde Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte, meine Herren, die Rednerliste ist eine ungeheure, soviel ist über einen Gegenstand selten geredet worden, wie gerade über diesen und jedes Mitglied beinahe, das sich dafür interessiert, hat Gelegenheit, zu sprechen. Ich bitte also, den Herrn Redner nicht unausgeführt zu unterbrechen. Sie können ihm ja dann in Ihrer Antwort erwidern.

Abgeordneter Dannereder (fortsetzend): Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft hat eine Statistik herausgegeben über das Jahr 1918. Sie brauchen diese Statistik nur anzusehen; es geht aus ihr hervor, daß sich die Landwirtschaft in unserem Staat an der übrigen Bevölkerung sehr schwer versündigt hat. Die Statistik zeigt uns genau, daß die Anbauflächen bei allen Getreidesorten sehr stark zurückgegangen sind. Diese Statistik ist für die Länder unserer Republik angelegt. Ich will nur einzelne Ziffern daraus anführen. Beim Weizen ergibt sich im Jahre 1918 ein Rückgang der Anbaufläche gegenüber dem 1917er Jahr um 4574 Hektar, gegenüber dem Jahre 1913 um 34.950 Hektar. Die Ernte hat sich verringert gegenüber dem 1917er Jahr um 0'226 Millionen Meterzentner und gegenüber dem Jahre 1913 um 1.495 Millionen Meterzentner. Ebenso ist es auch bei den anderen Produkten. Die Anbaufläche für Roggen hat sich im Jahre 1918 gegenüber dem Jahre 1917 um 18.834 Hektar, gegenüber dem Jahre 1913 um 94.258 Hektar verringert. Es ist klar, daß sich dementsprechend auch die Ernte verringert hat und zwar um 0'08 Millionen Meterzentner gegenüber dem Jahre 1917 und um 3'347 Millionen Meterzentner gegenüber dem Jahre 1913. Die Anbaufläche für Kartoffeln war gegenüber dem 1917er Jahr um 14.453 Hektar geringer, gegenüber dem Jahre 1913 um 44.951 Hektar.

Aus dem Berichte des Staatsamtes ersehen Sie, wie sehr die landwirtschaftliche Produktion zurückgegangen ist. (Abgeordneter Geisler: Das haben wir euch gesagt!) Ich bitte, das ist amtliches Material. (Zwischenrufe.) Wenn wir sehen, daß die Landwirtschaft den Boden weniger bearbeitet als früher und deshalb weniger hervorbringt — ich will sie ja nicht verantwortlich machen, wenn die Ungunst der Natur daran schuld ist —, wenn wir sehen, daß der Grund und Boden in dieser schweren Zeit absichtlich nicht bebaut wird, müssen wir erklären: das ist ein Verbrechen, das an der Gesamtheit des Volkes begangen wird. (Abgeordneter Geisler: Sie lassen uns ja nicht arbeiten!) Wenn Sie wollen, können Sie schon arbeiten.

Ich könnte noch mehr Material vorbringen. Es hat sich mit dieser Angelegenheit nicht allein das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft

beschäftigt, es hat sich mit ihr ein Professor beschäftigt.

In der Gesellschaft der Wiener Ärzte hat Professor Adolf Durig einen sehr bemerkenswerten Vortrag gehalten, in welchem er ausführte, daß sich die Landwirtschaft gegenüber der Bevölkerung schwer versündigt (*Hört! Hört!*), weil sie eben nicht den nötigen Grund bebaut, weil sie nicht das baut, was das Volk zum Leben braucht, sondern weil sie sich mehr oder weniger mit anderen Sachen beschäftigt. Der Vortragende sagte folgendes: Er weiß und es steht fest, daß wir relativ gerade so viel Milchkühe haben wie die Schweiz. In der Schweiz haben aber die Kinder nicht Hunger, dort haben die Kinder nicht diese Not und dieses Elend wie bei uns, weil eben in der Schweiz eine andere Bearbeitung des Grundes und Bodens stattfindet, als es bei uns der Fall ist. Hier wird bei uns am meisten gesündigt und da möchte ich schon die Vertreter der Bauern aufmerksam machen, sie mögen auf ihre Leute auf dem Lande einwirken, daß sie ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung erfüllen.

Ich komme nun zu den gefälschten Lebensmitteln. Wir wissen, daß wir gegenwärtig sehr viel gefälschte Lebensmittel haben. Schon während des Krieges haben wir furchtbar viel gefälschte Lebensmittel bekommen. Aber wo fängt die erste Fälschung an. (*Zwischenrufe.*) Die erste Fälschung begeht schon der Bauer selbst, und zwar bei der Milch. Ich kann Ihnen beweisen, daß die Bauern — es ist dies das größte Verbrechen, das am Volke begangen wird —, die Milch den Kindern verwässern. Es wurde bewiesen, daß in Oberösterreich 90 Prozent der Milch, welche untersucht worden ist, mit Wasser verdünnt war. Also der Bauer begeht zuerst das Verbrechen und verdirbt uns die Lebensmittel. Auch das Brot, unser wichtigstes Nahrungsmittel, war während des Krieges sehr schlecht. Wie wissen, daß gerade die arme und arbeitende Bevölkerung nur vom Brot leben muß und wir haben während des Krieges gesehen, daß man Mehl erzeugt hat aus Stroh, aus Kleie und Heu. Ja ein Professor hat uns sogar gesagt, daß dieses Brot bedeutend nahrhafter sein soll als das Brot aus Kornmehl.

Wir wissen ferner, daß unser Brotmehl gegenwärtig bis zu 90 Prozent ausgemahlen wird, und ich möchte an den Vertreter des Ernährungsamtes das Eruchen richten, dahin zu wirken, daß das Mehl mit einem geringeren Prozentsatz, vielleicht mit 70 Prozent ausgemahlen wird, damit wir ein besseres Brot bekommen und damit, da möchte ich auch für den Bauernstand reden, auch der Bauer für sein Vieh Kleie bekommt. Gegenwärtig bekommt der Bauer keine Kleie, weil die Leute die Kleie essen müssen, weil eben das Getreide mit 90 Prozent ausgemahlen wird. Wenn es aber gelingen würde — ich weiß nicht, ob es möglich ist —, wenn eben

die Landwirtschaft ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung erfüllen würde, dann könnte man das Getreide weniger ausbeuten und wir könnten dann der Bevölkerung ein besseres Brot zur Verfügung stellen. Wir würden dadurch gewinnen und die Landwirtschaft würde Futtermittel haben. Glauben Sie ja nicht, daß der Landwirt heute seinem Vieh nichts gibt; ich habe selbst gesehen, daß die Landwirte heute Getreide versütttern. (*Ruf: Sie wissen gar nichts!*) Was Sie wissen, weiß ich schon lange. Ich habe das gesehen, es ist vorgekommen, daß ein Bäckermeister in Linz für sein Pferd wöchentlich vier Kilogramm Mehl verfüttert hat. (*Zwischenrufe.*) Die Bauern verfüttern Getreide, weil sie eben keine anderen Futtermittel haben. (*Zwischenrufe.*) Darum sage ich, daß Getreide darf nicht so ausgebeutet werden, dann wird der Bauer wieder Futtermittel haben, dann werden wir wieder gutes Mehl bekommen, wir werden Milch und mehr Fett bekommen. Ich glaube, wenn das halbwegs möglich ist. . . . (*Anhaltende Zwischenrufe des Abgeordneten Geisler.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter — ich muß den Namen des Herrn Abgeordneten Geisler nennen; er hat ja schon das Wort gehabt. Ich bitte ihn, doch auch einen anderen Redner reden zu lassen.

Abgeordneter Dannereder: Nachdem uns die Landwirtschaft nach den statistischen Beweisen sitzen läßt und nicht das liefert, was wir brauchen, sind wir darauf angewiesen, vom Ausland Ware hereinzu bringen, und da müssen wir das nehmen, was es uns gibt. Voriges Jahr und gegenwärtig hat es uns Mehl gegeben. Wenn es unserem Ernährungsamt gelingen würde, statt des Mehles Getreide hereinzu bringen und dieses Getreide dann selbst zu vermahlen, dann würden wir zwei Fliegen mit einem Schlag treffen, dadurch, daß wir eben für unsere Landwirtschaft Futtermittel bekommen und damit die Milch- und Fettwirtschaft heben und anderseits dadurch, daß wir ein besseres Mehl bekommen. Ich weiß nicht, ob dies möglich ist, aber wenn es möglich ist, so möchte ich das Ernährungsamt bitten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Viele sind der Meinung, Oberösterreich sei das Land, wo Milch und Honig fließt. Ich kann sagen: Oberösterreich ist das Land, wo Milch und Honig fließt, aber nur für einzelne Menschen. Der arbeitende Mensch hat in Oberösterreich gerade so wenig wie hier in Wien. Wir haben gerade in Oberösterreich Industriegebiete, wo Not und Elend herrscht, und zwar sehr viel Not und Elend, und unser Ernährungsamt wird Ihnen erzählen können, wie zum Beispiel die Leute im Salzkammergut

leben. Dort bekommen die Leute alle 14 Tage zehn Dekagramm Fleisch. Lange Zeit hindurch war es nicht einmal möglich, die Bevölkerung mit diesen zehn Dekagramm Fleisch zu versorgen. Dazu kommt noch, daß der Arbeiter im Salzkammergut schlechter entlohnt ist und sich nicht im Schleichhandel etwas verschaffen kann, weil dort wenig zu haben ist, und was zu haben ist, ist furchtbar teuer. Die Aufteilung ist ja eine gerechte, in dieser Beziehung können wir keinen Vorwurf erheben; unsere Beschwerden gehen nur in der Richtung, ob es nicht möglich wäre, der Bevölkerung wenigstens die rationierten Artikel zukommen zu lassen. Die Behörden gehen jetzt mit Strafen vor. Ich bin der Meinung, es muß einmal ein anderes Mittel gefunden werden. Wenn die Bauern wissen, daß sie liefern müssen, so muß man eben ein anderes Mittel in Anwendung bringen; man muß sie energischer bestrafen. Heute ist es so, daß die Unterbehörde straft und die Oberbehörde die Strafe wieder nachzieht. Ich möchte schon an die Regierung den Appell richten, sie möge die Strafen aufrechterhalten. Es hängt das Wohl der ganzen Bevölkerung daran, denn die ganze Bevölkerung leidet darunter, daß einzelne Landwirte ihren Pflichten gegenüber der Gesamtheit nicht nachkommen.

Die Herren haben in der letzten Debatte hier erklärt: Die hohen Löhne der Dienstboten sind daran schuld, daß wir wieder mehr verlangen müssen! Meine Herren, ich möchte Sie doch auf etwas aufmerksam machen. Die Löhne sind noch nicht seit langem gestiegen, sondern zuerst sind die Preise Ihrer Artikel gestiegen. Während des ganzen Krieges haben Sie Ihren Bauernknechten und Bauerndirnen nicht das bezahlt, was sie für ihren Lebensunterhalt gebraucht haben. Erst in der allerletzten Zeit, als sich die Sozialdemokraten dieser Leute angenommen haben, weil sie zu ihnen gekommen sind, sind die Löhne etwas in die Höhe gegangen.

Die Dienstboten, Herr Geisler, können sich nicht mit Schleichhandel oder ähnlichen Dingen beschäftigen, wie es in Ihrer Gegend die Bauern tun, wo sich einzelne mit dem Käseschmuggel und dem Viehschmuggel beschäftigen, sondern die Dienstboten sind auf das angewiesen, was man ihnen an Lohn gibt. Sie haben angeführt, daß den Dienstboten zu hohe Löhne gezahlt werden. Wissen Sie, was in Oberösterreich ein Bauernknecht verdient? (Zwischenrufe.) Der höchst qualifizierte Bauernknecht in Oberösterreich hat laut Tarifvertrag 100 K wöchentlich. (Ruf: In den Sommermonaten!) In den Sommermonaten natürlich.

Glauben Sie, Herr Geisler, oder glaubt jemand anderer, daß man imstande ist, mit 100 K eine Familie zu erhalten? Ich sage Ihnen,

wenn es irgendwo Not und Elend gibt, dann ist die Not am allergrößten unter der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiterbevölkerung, weil diese Leute mit solchen Löhnen unmöglich leben können, weil sie sich damit nicht einmal die rationierten Artikel kaufen können. Ich kenne Familien, die nicht einmal mehr das rationierte Brot bezahlen können.

Nun gehen aber die Herren Landwirte noch weiter. Sie gehen daran — und besonders heuer machen sie das — und erklären: Derjenige, der sozialdemokratisch organisiert ist, bekommt keinen Losacker mehr, er darf sich keine Kartoffeln mehr ansehen, weil er sozialdemokratisch organisiert ist! Sie haben neulich gesagt, Sie haben nichts dagegen, daß sich die Arbeiter organisieren, weil Sie wissen, daß das notwendig ist, da hierdurch der Arbeitervstand gehoben wird. Das haben Sie erklärt. Aber wenn er sich organisiert, wehe dem Arbeiter!

Es ist bei uns draußen vorgekommen, daß man Arbeiter brotlos gemacht hat. Gerade so, wie man es seinerzeit in der Industrie gemacht hat, als sich das Proletariat organisierte, gerade so machen es heute die Bauern und wollen dadurch den Sozialismus verhindern. Sie werden sich täuschen. Sie werden einzelne Familien schwer treffen, aber dem Sozialismus wird man mit solchen Mitteln auch auf dem Lande draußen nicht Einhalt gebieten können.

Ich glaube, wenn die Herren Vertreter der Landbevölkerung auf die Bevölkerung, die sie zu vertreten haben, Einfluß nehmen, dann wird und muß es auch bei uns besser werden. Wenn Sie das tun, haben Sie uns und der gesamten Bevölkerung genutzt. Man sagt uns — und gerade von Ihrer Seite hören wir diesen Ruf immer —: Uns kann nur die Arbeit retten!

Sehr verehrte Frauen und Herren! Wir, unsere Leute wollen arbeiten, aber sie wollen dabei auch leben. Denn unsere Leute sind es, die während des ganzen Krieges Not und Elend und Hunger gesitten haben. In Ihrem Stande sind es wenige, die wissen, was es heißt, Hunger zu leiden, aber bei der arbeitenden Bevölkerung sind es viele Tausende, sind es Millionen, die dieses Joch extragen haben. Daher sagen wir: Wir wollen arbeiten, aber wir wollen bei der Arbeit so viel haben, daß wir leben können. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß.

Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Hohe Nationalversammlung! Im Staatsvoranschlag für das Staatsamt für Volksernährung

find, wie der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, nur einige wenige Ziffern enthalten, die eigentlich nur den Personalstand des Amtes betreffen. Der Bericht konnte also nur ganz dürftig sein. Es sei mir nun gestattet, hohes Haus, als Ergänzung zu diesem Berichte und zum Voranschlag einige Bemerkungen über die allgemeine Ernährungslage und über die Tätigkeit des Ernährungsamtes vorzubringen.

Meine Herren! Der Zeitraum, der seit der Erschöpfung der großen Ententekredite von 28 Millionen Dollar bis zur jüngsten Zeit verflossen ist, gehörte zu den schwersten Zeiten, die wir überhaupt durchgemacht haben. Wir waren in dieser Zeit, nachdem uns Kredite nicht zur Verfügung standen, auf unsere eigene Kraft angewiesen, darauf, mit unseren eigenen beschränkten Mitteln Lebensmittel zu beschaffen, um so mehr, als ja, wie bekannt, die eigene Produktion nicht hinreicht. Wir haben uns diese Nahrungsmittel zum Teil aus Übersee, zum Teile durch langwierige Verhandlungen mit den Suffezessionsstaaten, durch Kauf aus anderen Ländern, wie Italien, der Schweiz und aus den nordischen Staaten beschafft. Die finanziellen Mittel hierfür herbeizuschaffen, war an sich eine enorm schwierige Aufgabe und der Zustand, den unsere Krone seit dem Herbste eingenommen und der sich fortlaufend verschlimmert hat, ist zum großen Teil auf die Notwendigkeit, uns die Mittel für die notwendigsten Lebensmittel zu beschaffen, zurückzuführen.

Ich will Sie nicht gleich am Beginne meiner Ausführungen mit Ziffern langweilen, aber ich möchte Ihnen doch ein paar Beispiele für den Umfang dieser Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande geben. Wir haben im letzten Jahre durch unsere Einkaufsorganisationen 200.000 Tonnen Mehl und Getreide eingeführt, wir haben 70.000 Tonnen Kartoffeln eingeführt, wir haben an Rindern, Rindfleisch und Rindfleischkonserven 22 Millionen Kilogramm eingeführt, an Schweinefettwaren und Schweinefleisch 15 Millionen Kilogramm, an pflanzlichen Fetten und Rohstoffen dazu 21 Millionen Kilogramm, an Eiern 45.000 Kisten, an Kondensmilch 156.000 Kisten usw. Als Beispiel für den finanziellen Wert dieser Auswendung führe ich nur an, daß wir allein für die Beschaffung von Fleisch und tierischen Fetten im letzten Budgetjahr bisher 2,3 Milliarden ausgegeben haben. Meine Herren! Außer diesen finanziellen Schwierigkeiten ist ja allgemein bekannt, daß wir mit enormen Transportschwierigkeiten zu kämpfen gehabt haben, die durch Streiks noch erhöht worden sind, die vielfach im Auslande und auch im Inlande sich geltend gemacht haben, und ich kann Ihnen sagen, meine Herren, daß in einem noch gar nicht zu lange entlegenen Zeitpunkte, zur Zeit, als in Jugoslawien der allgemeine Eisen-

bahnstreik ausgebrochen war und zu gleicher Zeit auf unseren Strecken, insbesondere der Südbahn Streiks bewegungen sich geltend machten, tatsächlich man verzagen mußte, ob der Karren noch einige Tage weiter geschafft werden kann. Wenn ich den ganzen Zeitraum seit August vorigen Jahres bis jetzt zurückbliefe, komme ich mir manchmal vor, wie der Reiter, der über den gefrorenen Bodensee geritten ist. Wir sind wiederholt vor dem Zusammenbruch gestanden und mit knapper Not diesem entkommen.

Meine Herren! Daß wir unablässig bemüht waren, in Verhandlungen mit der Entente uns die notwendigen Kredite zu schaffen, nachdem wir mit eigenen Mitteln nicht mehr weiter konnten, ist Ihnen bekannt, und ich brauche nicht des Ausführlichen auf die wiederholten unablässigen Verhandlungen mit den Vertretern der Ententestaaten hier in Wien, mit der Subkommission der Reparationskommission, mit der Reparationskommission in Paris selbst und auf die wiederholten Reisen, die wir zu diesem Zwecke gemacht haben, hinzuweisen. Wir haben durch ununterbrochene Information der fremden Mächte es so weit gebracht, daß sie, einsehend, daß wir aus eigener Kraft derzeit uns nicht helfen können, uns in letzter Zeit nunmehr neue Kredite zur Verfügung gestellt haben.

Ich wiederhole nur Bekanntes, meine Herren, wenn ich sage, daß uns Kredite zunächst von Amerika gewährt worden sind, das uns einen Kredit von 25 Millionen Dollars zur Verfügung gestellt hat, mit welchem der Bezug von 200.000 Tonnen Mehl ermöglicht wurde. England hat anschließend an den amerikanischen Kredit uns einen vorläufigen Kredit von 2½ Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt, aus dem in erster Linie die Kosten der Transporte der Lebensmittel bestritten werden. Außerdem hat England uns bereits Fette und Fettwaren zur Verfügung gestellt. Diese Kredite, meine Herren, sind Warenkredite, das heißt, es werden uns Waren geliefert, wir bekommen aber nicht die Valuta. In Paris tagt seit einigen Wochen ein eigenes Komitee, das internationale Hilfskomitee für Kredite, an welchem auch neutrale Staaten teilnehmen, welches Komitee die Verhandlungen mit den neutralen Staaten, die sich dieser Kreditgewährung anschließen, führt, um einerseits die Aufteilung dieser Kredite auf Rohstoffe und Lebensmittel, andererseits die Wahl der betreffenden Lebensmittel usw. zu bestimmen. Wir haben bereits prinzipielle Zusicherungen, daß an dieser Kreditgewährung außer den beiden genannten Staaten noch Frankreich und Italien teilnehmen, ferner die Schweiz, Holland, Norwegen, Dänemark und, soweit ich informiert bin, auch Argentinien. Wir sind in inoffizieller Weise die Ziffern der Beteiligung zum

Teil bekannt; da sie aber noch nicht feststehen, möchte ich sie nicht nennen. Die ganze Aktion, meine hochverehrten Herren, wird in hervorragender Weise geführt — sie ist zum größten Teil auf seine Initiative zurückzuführen — durch Sir William Goode, den englischen Vertreter, der in geradezu hervorragender Weise unsere Interessen unterstützt und uns in uneigennützigster Weise hilft. Momentan ist ein Vertreter meines Amtes in Paris anwesend, der diesem Komitee die notwendigen Informationen erteilt und auch unsere Wünsche dort vertreten. Wir haben natürlich außer Mehl und Fett noch viele andere Bedürfnisse, insbesondere nach Fleisch, nach Zucker, nach Milch usw. Gedacht ist die Sache so, daß jeder Staat, der an der Kreditgewährung teilnimmt, die Produkte, über die er selbst verfügt, uns zur Verfügung stellt.

Meine Herren! Diese Kreditgewährung, die jetzt schon zum Teil erfolgt und noch im Zuge ist, hat selbstverständlich für uns große Vorteile. Zunächst einmal sichert sie unsere Ernährung doch immerhin für einige Zeit und zweitens sind wir nicht genötigt, mit Kronen auf den Markt zu gehen und die Mittel zur Beschaffung dieser Lebensmittel selbst beizustellen. Es ist natürlich notwendig, daß wir die Zeit, in welcher wir diese Kreditgewährung genießen, benutzen, um uns selbst Mittel für die spätere Zeit zu verschaffen. Ein weiterer Vorteil ist, daß es nicht unbedingt notwendig ist, mit Preiserhöhungen vorzugehen, weil wir die kreditierten Artikel nicht zum derzeitigen Kurswert verkaufen müssen. Ich werde auf diese Frage noch später zurückkommen. Es werden, unterdessen auch Verhandlungen geführt über die Transporte dieser kreditierten Lebensmittel, von denen der größte Teil oder ein großer Teil über Triest zu uns kommen soll, ein Teil über den Norden. Wir sind auch daran, Verhandlungen zu führen, um sie eventuell über Tschechien, über Hamburg und die Elbe hereinzubekommen. Das ist eine der schwierigsten Fragen, weil wir die Transporte ja so einteilen müssen, daß sie zurecht kommen und wir nicht, wenn ein Weg versagt, in Schwierigkeiten geraten. Von den 200.000 Tonnen Mehl, die Amerika uns schickt, ist der Schiffsraum für 170.000 Tonnen bereits gechartert und wir glauben, daß wir bis zur zweiten Hälfte des Juni über 70.000 Tonnen in Österreich haben werden. Zwei Schiffe sind bereits in Triest angekommen, wovon das eine vollständig entladen ist.

Meine Herren! Diese Hilfe wird es uns endlich ermöglichen, unsere Nationen, die schon seit langer Zeit gekürzt sind, wiederherzustellen. (Bravo!) Ich hoffe, meine Herren, daß wir noch im Mai, vor Ablauf dieses Monats, die Mehrlration wieder auf die normale Höhe bringen können (Bravo! Bravo!).

und daß es dann, sobald die weiteren Mengen einlangen, auch möglich sein wird, die Brotration zu erhöhen. Allerdings ist hier eine Frage zu lösen, die noch nicht ganz entschieden ist. Es ist nämlich möglich, daß wir, anstatt die Brotration weiter zu erhöhen, das heißt auf das seinerzeit festgesetzte Maß zu bringen, die Mehrlration weiter erhöhen, und man kann ja diesen Versuch jedenfalls unternehmen. Wenn die Bevölkerung lieber mehr Brot haben will, anstatt mehr Mehl zu bekommen, so kann man das ja im Laufe von 8 bis 14 Tagen immer wieder ändern. Ich stelle mir vor — und ich habe aus vielen Kreisen diese Anregung bekommen —, daß die Brotration wie bis jetzt, einen Laib für den normalen Verbraucher und $1\frac{1}{4}$ Laibe für den Schwerarbeiter bleibt, daß man aber die normale Mehrlration von einem halben Kilogramm auf drei Viertelkilo gramm Mehl pro Woche bringt, anstatt die Brotration zu erhöhen. Das ist, wie gesagt, eine Frage, die noch nicht endgültig entschieden ist. Jedemfalls, meine Herren, können wir in der nächsten Zeit mit einer gewissen Besserung der Verhältnisse rechnen, insbesondere dann, wenn die Verhandlungen über die Lieferung der anderen Lebensmittel auch zu einem greifbaren Resultat kommen.

Es wirft sich aber natürlich die Frage auf: Was geschieht dann, wenn diese uns jetzt gewährten Kredite zugrunde gehen? Mit dem Mehl, das uns Amerika gibt, können wir unter Berücksichtigung verschiedener Umstände vier bis fünf Monate auskommen. Wir haben allerdings schon etwas vorweg gegessen, indem wir uns von Italien und der Schweiz im Monat April, wo wir in der allergrößten Not waren, und anfangs Mai Vorrichtungen geben lassen müssen auf diese amerikanischen Mehlsendungen, die wir zurückgeben müssen. Ich denke aber doch, daß wir bis Ende September und in den Oktober hinein mit diesen kreditierten Mehlsendungen auskommen werden. Was geschieht dann? Denn, meine Herren, daß wir ewig von charitativen Gaben leben und daß die Ernährung der Bevölkerung etwa auf die Dollarpakete aufgebaut werden kann, ist ja ganz ausgeschlossen. (So ist es!) Wir müssen endlich einmal aus diesen Wohltätigkeitsakten, die schließlich auch den Stolz der Bevölkerung untergraben, loszukommen trachten — und eine gewisse charitable Natur haben ja diese Kredite doch.

Wir müssen also für die Zeit nach dem Herbst vorjorgen. Von der eigenen Produktion will ich später reden. Wir trachten heute schon, uns Lebensmittel aus denjenigen Gebieten zu sichern, die uns früher Lebensmittel geliefert haben, aus dem Osten, und in dieser Beziehung ist der jugoslawische Staat derjenige, der in erster Linie in Betracht kommt.

Wir hatten einen Vertrag mit Jugoslawien, er ist momentan gekündigt und wir werden in allernächster Zeit in neue Verhandlungen mit ihm eintreten, um wenigstens einen Teil unseres Bedarfes dort sicherzustellen.

Auch mit Rumänien sind Verhandlungen angeknüpft, wir werden in nächster Zeit auch hier hoffentlich zu Verhandlungen kommen, obwohl meine Hoffnungen, dort große Mengen zu bekommen, nach den Berichten, die mir vorliegen, nicht allzugroß sind.

Wir haben auch Verhandlungen mit Bulgarien angeknüpft, wir haben dort bereits 20.000 Tonnen Mais fix gekauft und es werden die Verhandlungen weitergeführt, um aus Bulgarien Mais auch weiter zu bekommen.

Weniger tröstlich sind die Erwartungen, aus Ungarn Mehl zu bekommen. Ungarn in seinem jetzigen Gebietsumfange dürfte uns kaum wesentliches mehr liefern können. Tatsache ist, daß Ungarn derzeit amerikanisches Mehl bezieht, so daß also nicht anzunehmen ist, daß es uns große Überflüsse zur Verfügung stellen kann. Wir werden aber aus Ungarn, das heuer über eine reiche Obst- und Gemüseernte verfügen wird, viel Gemüse und Obst beziehen und die ungarische Regierung hat sich dazu auch bereit erklärt.

Aus Polen, mit dem wir einen Vertrag haben, dessen Erfüllung aber gewissen Schwierigkeiten begegnet, werden wir versuchen, Eier und Kartoffeln zu beschaffen.

Aus Tschechien hoffen wir auch im nächsten Zucker zu bekommen, hoffentlich mehr wie dieses Jahr.

Von vielen Seiten werden wir darauf hingewiesen, uns aus Russland und der Ukraine Lebensmittel zu beschaffen. Ich möchte, weil das sehr oft in den Zeitungen steht, Mitteilung aus einem Berichte geben, den ich über die Verhältnisse dort bekommen habe und aus dem ich den Eindruck gewinne, daß alle Ziffern über angebliche riesige Überschüsse in Sowjetrussland den Tatsachen nicht entsprechen und auf subjektiven Schätzungen beruhen, die mindestens für die nächste Zeit keine Gewähr geben, daß wir von dort Lebensmittel beziehen können. Die amtlichen russischen Kundgebungen sind mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen. Bei Getreide und Getreideprodukten ist die Möglichkeit einer Lieferung in einer späteren Zeit zweifellos gegeben; heute soll aber nicht einmal der Verbrauch im Innlande, namentlich in den Städten befriedigt werden können, und die Menge, über die die Genossenschaften und Kooperativen verfügen, ist nicht greifbar, ganz abgesehen von den geradezu katastrophalen Transportverhältnissen, die in Russland bestehen. Nach diesem Berichte ist ein großer Teil des russischen Eisenbahnmaterials vernichtet, von 20.000 Lokomotiven sollen nur 2600 überhaupt

in Verkehr stehen, so daß schon mit Rücksicht auf die Transportverhältnisse eine hinreichende und regelmäßige Alimentierung unseres Bedarfes nicht erwartet werden kann. Ganz ähnlich liegen, glaube ich, die Verhältnisse hinsichtlich der Ukraine. Es ist möglich, daß wir aus der Ukraine ein paar Waggons oder einen Zug oder dergleichen bekommen, aber daß unsere Versorgung aufgebaut werden könnte, auf die Lieferungen aus diesen Gebieten, halte ich nicht für möglich.

Bei den Verwaltungs- und Transportverhältnissen, die in allen östlichen Staaten bestehen, werden wir uns nicht unbedingt, selbst wenn wir Verträge haben, darauf verlassen können; wir werden jedenfalls trachten müssen, Sicherheitskäufe auch im Westen zu machen, um nicht eventuell in einem Momente vor nichts zu stehen. Tatsächlich gehen auch unsere Versuche weiter, im Westen Getreide neben dem kreditierten Getreide zu kaufen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange eines Projektes oder mehrerer Projekte Erwähnung tun, die mir vorliegen und auf dem Prinzip des Veredlungsverfahrens aufgebaut sind. Es soll mit Hilfe ausländischer Kapitalistengruppen Getreide eingekauft werden, das zu uns eingeführt und hier auf Luxusmehl verarbeitet wird, das wir wieder ausführen, während für uns das Brotmehl bleibt, oder ein Teil des Getreides soll auf Teigwaren oder andere hochwertige Mehlerzeugnisse verarbeitet werden, um dann ausgeführt zu werden, während uns ein Teil des Mehles zur Verfügung stünde. Das hätte den Vorteil, daß wir keine Valuta brauchen; denn mit den Erlösen unserer Exporte würden wir eventuell unseren Bedarf zum Teil wenigstens bestreiten können. Diese Projekte sind noch nicht soweit gediehen, daß man sagen könnte, sie haben greifbare Gestalt angenommen, aber sie müssen weiter verfolgt werden, denn wenn es auch beim Mehl die Veredlungsfrage schwieriger liegt wie bei anderen Industrien, ist immerhin die Möglichkeit einer Versorgung gegeben, die uns sonst nicht zur Verfügung steht. Bei Fett hat ein solches Projekt bereits Gestalt angenommen, indem Ölsaaten importiert werden, sie werden hier zu Pflanzenfett verarbeitet, wir verfügen über dieses Pflanzenfett, ein Teil wird exportiert und wir können aus diesen Erlösen zum Teil die Rohstoffbezüge bezahlen.

Meine Herren und Damen! So weit geschieht alles, um aus dem Auslande Lebensmittel zu beschaffen. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß wir unsere eigene Produktion nicht außer Acht lassen dürfen. Es ist allerdings nicht zu vergessen, daß, wenn man vom neuen Erntejahr spricht, dieses zwar formell für uns ein neues Wirtschaftsjahr bedeutet, aber inhaltlich nicht den Charakter eines

neuen Wirtschaftsjahres hat, weil die neue Ernte für uns nicht ausreicht, weil weder die neue noch eine Ernte in den nächsten Jahren unseren Bedarf auch nur annähernd bestreiten kann. Es ist eine Tatsache, daß in gar keinem Monat des Jahres, auch nicht unmittelbar nach der Ernte, Österreich der Importe entbehren kann. Immer wieder taucht, auch in verschiedenen Fachblättern, die Meinung auf, daß Österreich nach kurzer Zeit in der Lage wäre, was seine Getreide-, Brot- und Mehlsversorgung anlangt, sich aus eigener Kraft zu ernähren. Ich muß Sie bitten, Ihnen ein paar Ziffern bringen zu können, um endlich einmal diese Anschauung zu entkräften.

Schon das alte Österreich hat rund 33 Prozent seines Getreidebedarfes importiert. Es hat, alles in Mehl gerechnet, 28 Millionen Meterzentner Mehl selbst erzeugt — Roggen und Weizen, Gerste lasse ich außer Betracht — und 13 Millionen Meterzentner importiert. Aus dieser Rechnung, daß wir im alten Österreich 41 Millionen Meterzentner Mehl konsumiert haben, ergibt sich eine Mehlsquote von 144 Kilogramm pro Kopf und Jahr, von denen rund 46 importiert wurden. Im alten Österreich aber war Galizien, ein großes, starkes Produktionsland, das viel Getreide produziert, aber wenig genossen hat, weil dort, wie speziell im Osten mehr Kartoffeln gegessen wurden. In den südlichen Ländern war der Konsum an eigentlichem Edelmehl gering, weil dort mehr Mais konsumiert wurde. In den Ländern aber, die das heutige Österreich repräsentieren, in den eigentlichen Alpenländern, war die Produktion gering und der Konsum, besonders mit Rücksicht auf Wien, sehr groß. Wenn man das auch nicht ganz genau aus der Statistik berechnen kann, so kann man doch auf Grund bestimmter Anhaltspunkte feststellen, daß der Mehlskonsum in den Alpenländern pro Kopf und Jahr gegenüber dem Durchschnitte von ganz Österreich ungefähr um 10 Kilogramm größer war, also 154 Kilogramm. In den Alpenländern des alten Österreich ist die Produktion zur Einfuhr ungefähr wie 50 zu 50 gestanden, während das Verhältnis in ganz Österreich 33 zu 67 war. Hier drückt sich schon die ungünstigere Situation der Alpenländer aus. Wir haben also schon im alten Österreich nur ungefähr die Hälfte des Jahres aus der eigenen Produktion leben können.

Wenn wir nun die Verhältnisse im neuen Österreich anschauen, so dürfen wir — das möchte ich allen denjenigen, die immer die Statistiken aller möglichen Jahre hervorholen und aus ihnen zu rechnen anfangen, sagen — nicht mit den Friedensziffern rechnen. Unsere Friedensernte ist unbedingt viel größer gewesen als das, was wir jetzt aus den Böden herauzwirtschaften können. Die Statistik des

Staatsamtes für Landwirtschaft gibt offiziell für das vorige Jahr sogar einen Rückstand von fast 50 Prozent an. Wenn ich auch diese Ziffer nicht nehme, sondern einen geringeren Rückgang, etwa nur 40 Prozent annehme, so können wir im jetzigen Österreich in Weizen und Roggen derzeit nur mit ungefähr 5 Millionen Meterzentner Ernte rechnen.

Wenn wir auf der einen Seite eine geringere als die Friedensproduktion haben, so haben wir auf der andern Seite wieder Ersparungen. Wir mahlen zum Beispiel leider mit 90 Prozent aus und haben gedrosselte Konsumziffern. Trotzdem aquilibriert es nicht ganz. Ich will die hohe Nationalversammlung mit Details nicht langweilen. Aber wenn wir die jetzige Ernte und den jetzt gedrosselten Konsum zugrundelegen, so können wir aus der eigenen Ernte, Selbstversorger und Nichtselbstversorger etwa 160 Tage leben. Wenn ich aber den Friedenskonsum, also erhöhte Quoten zugrundelege — und mit den jetzigen Quoten können wir ja auf die Dauer nicht leben (*Zustimmung*), außerdem kann man nicht ewig 90 Prozent ausmahlen lassen —, so können wir nur etwa 130 Tage leben. Um Papier, meine Herren! Denn Sie dürfen folgendes nicht vergessen: Der Landwirt versorgt sich natürlich für das ganze Jahr und darüber hinaus und läßt sich auch an vorge schriebene Quoten nicht binden, das heißt, das Defizit trägt der Nichtselbstversorger. Wenn ich von 130 Tagen Deckung rede, so wäre das also ein Irrtum, dem ich mich selbst hingeben würde. Das möchte ich denjenigen Herren sagen, die immer mit der Statistik rechnen, als wenn sich das so einfach herausmultiplizieren ließe. Ich meine also, daß diese 130 Tage, nicht richtig sind, sondern daß es weit weniger ist, wobei noch folgendes berücksichtigt werden muß: Die Statistik weist so und so viel an Ernte aus. Wir haben in Österreich nur Kleinbesitz und mittleren Besitz und keinen Großgrundbesitz. Der mittlere Besitz ist eigentlich auch nur in Oberösterreich vertreten. Die kleinen Landwirte können überhaupt oder werden in der Regel nicht abliefern. Die statistischen Ziffern also so einfach zu nehmen, geht nicht an. Ich sage also: statistisch und auf dem Papier können wir vielleicht vier Monate leben, faktisch aber im besten Falle nur drei Monate, wenn ich das Getreide berücksichtige, welches für die Nichtselbstversorger zur Verfügung stehen kann. Das läßt sich auch praktisch erweisen. Unsere Aufbringung im heurigen Jahre hat 110.000 Tonnen betragen. Sie ist nicht so schlecht, wie sie manchmal hingestellt wird. Sie beträgt allerdings nur 61 Prozent des vorge schriebenen Kontingents. Wenn man aber die Schwierigkeiten berücksichtigt, die sich der Aufbringung in den Weg gestellt haben, den Mangel an Benzin, an Kohle, an Arbeitern usw., so möchte ich nicht von vornherein sagen, daß die Aufbringung eine so schlechte war. Diese 110.000 Tonnen geben bei

90 prozentiger Ausmahlung 100.000 Tonnen Mehl. Gerechnet auf den Stand der Nichtselbstverföger haben diese 100.000 Tonnen Mehl unseres Bedarf für 63 Tage gedeckt. Wenn man also davon redet, daß wir uns selbst ernähren können, so möchte ich auf diese Biffern hingewiese haben. Daß es möglich ist, diesen Ertrag zu steigern, ist selbstverständlich, aber das geht nicht von heute auf morgen.

Es wird gesagt, Westungarn wird uns retten. Es läßt sich aus der Statistik für Westungarn sehr schwer etwas herauslesen, weil die Komitate durch den Friedensvertrag zerschütteten worden sind und die Statistik komitatweise gemacht wurde. Aber wenn man die Statistik auf die uns zugesprochenen Gebiete appliziert, so würde man unter Berücksichtigung dessen, daß die westungarischen Gebiete sich auch selbst erhalten müssen, zu dem Resultate kommen, daß Westungarn uns nur 3 bis 4 Kilogramm Mehl pro Kopf der österreichischen Bevölkerung dazusiefern kann, das heißt, unser Einfuhrbedarf an Getreide wird durch diese westungarischen Lieferungen auch nicht wesentlich verkleinert.

In Österreich ist überhaupt Niederösterreich das einzige Land, welches — ohne Wien natürlich — Überschüsse abgeben kann, wie die Verhältnisse heute liegen. Selbst Oberösterreich kann sich nicht das ganze Jahr ernähren. Ich muß das auch einmal sagen. Wenn wir halbwegs normale Rationen haben, kann auch Oberösterreich aus seiner Produktion an andere Gebiete nichts abgeben. Außer Niederösterreich haben alle anderen Länder ein Defizit und Wien müßte ohne Einfuhr blank verhungern. Tatsache ist, daß jetzt im Frühjahr aus den Importen überall Zusätze abgegeben werden, auch an Oberösterreich und Niederösterreich. Ganz ähnlich verhält es sich bei den anderen Lebensmitteln, — ich will darauf nicht weiter zurückkommen. Es ist bekannt, daß das Fleisch in Wien nur zu 14 Prozent aus den österreichischen Alpenländern geliefert worden ist, alles andere hat Wien aus Ungarn und aus anderen Gebieten bezogen. In Kartoffeln ist die österreichische Produktion nicht einmal in der Lage, 20 Prozent des Bedarfes der Nichtselbstverföger zu decken.

Meine Herren! Wenn auch die Dinge so liegen — und bis zu einem gewissen Grade ist ja daraus der Beweis der Unmöglichkeit einer selbstständigen Existenz Österreichs zu reduzieren denn die Bestandmöglichkeit eines Landes, das alle notwendigen Lebensmittel importieren muß, ist zum mindesten fraglich, — ist uns trotzdem die unbedingte Verpflichtung auferlegt, die heimische, eigene Produktion zu fördern. Es ist — ich hätte fast gesagt, eine Bauernweisheit — es ist eine Weisheit, die auf der Gasse liegt, daß eine richtige und rationelle Konsumentenpolitik nicht anders geführt werden kann als auf der Grundlage einer richtigen Produktionspolitik. Ich möchte feststellen, daß das Ernährungs-

amt oft mit Unrecht deshalb angegriffen wird, daß es nur die Verteilung im Auge habe und nicht auf die Produktionsförderung blicke. Ich stelle fest, daß das sicherlich nicht der Fall ist und daß ich mich in allen Fragen, die die Produktion betreffen, in einem ununterbrochenen Einvernehmen mit dem Herrn Staatssekretär Stöckler befinden und immer bereit wie auch selbstverständlich verpflichtet bin, seine Schritte zu unterstützen, zum mindesten aber keine Maßnahmen zu unternehmen, die ihn in seiner produktionsfördernden Tätigkeit hindern würden. Zu diesem Zwecke haben auch beide Staatsämter, das Staatsamt für Volksnahrung und das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft, vor einiger Zeit ein zwischenstaatliches Komitee eingesetzt, welches grundlegende Richtlinien für eine großzügige Produktionspolitik entwerfen soll.

Ohne das Ergebnis dieser Beratungen abzuwarten, haben wir aber bereits eine Reihe von produktionspolitischen Maßnahmen eingeleitet, zum Teil auch durchgeführt. Meine Herren! Ich kann das mir schlagwortartig streifen, sonst würde ich zu lange werden. Ich möchte nur feststellen, daß ich schon bei den ersten Verhandlungen mit der Entente in Paris darauf hingewiesen habe, daß die Einfuhr von künstlichen Düngemitteln für uns unbedingt notwendig ist, und daß ich die bezüglichen Verhandlungen sofort eingeleitet habe, welche dann fortgeführt worden sind und zu einem immerhin befriedigenden Abschluß geführt haben. Ich habe bei diesen Verhandlungen ferner darauf hingewiesen, daß die Einfuhr von Futtermitteln für uns unentbehrlich ist, wenn wir unsere Viehzucht, wenn wir die Fett- und Milcherzeugung in die Höhe bringen sollen. Wenn wir allerdings so von einem Tag zum andern leben und selbst den Mais essen müssen, kann natürlich von den importierten Futtermitteln, soweit ein Import überhaupt stattgefunden hat, leider nicht viel übrig bleiben. Aus demselben Grunde wäre ich auch, wie der Herr Vorredner angeregt hat, sehr dafür, die Ausmahlung herabzusetzen, die ja unrationell ist. Sobald wir über genügende Getreidemengen aus dem Importen verfügen, werde ich sicherlich in der Ausmahlung des insländischen Getreides herabgehen. Es wäre mir auch lieber gewesen, wenn es mir gelungen wäre, Getreide und nicht Mehl zu importieren. Daß wir aus Amerika Mehl bekommen, könnten wir leider nicht verhindern. Wenn wir mehr Futtermittel importieren, brauchen wir nicht so viel Kondensmilch, brauchen wir nicht so viel teueres Fleisch zu importieren.

In diesem Zusammenhange möchte ich darauf hinweisen, daß eine Unterstützung und Förderung der mit der Landwirtschaft enge zusammenhängenden Industrien nicht vergessen werden darf. Ich meine in

erster Linie die Bier- und Malzindustrie, die Preßhefe-industrie, insbesondere aber die Zuckerindustrie. Die Abfälle dieser Industrien bilden ja wertvolle Futtermittel für die Landwirtschaft und wenn man nicht schon um ihrer selbst willen für diese Industrien sorgt — obwohl die Brauindustrie einer unserer größten Industrien ist, die eine Förderung verdient — ist ihre Förderung schon mit Rücksicht auf das Interesse der Landwirtschaft notwendig. Ebenso notwendig ist die Förderung des Rübenanbaus zur Vergrößerung der Zuckerproduktion, aber auch zur Be-schaffung von Futtermitteln.

Ein besonderes Augenmerk habe ich der Be-schaffung von Saatgut zugewendet. Soweit als es irgend möglich war, habe ich Saatgut aus dem Kontingent reserviert, zum Teil habe ich es im Tauschverkehr mit dem Auslande beschafft; für Kartoffeln wurde Saatgut in reichlicher Menge ein-geführt. Ich möchte erwähnen, daß ich gegen 1000 Waggons Kartoffeln als Saatgut an die Landwirtschaft abgegeben habe. Ich möchte auch besonders hervorheben, daß die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle, die dem Ernährungsamt atta-chiert ist, durch Aufstellung von Maschinenstationen, Motorflügen usw. für eine bessere Bearbeitung des Bodens viel unternommen hat und durch Beistellung preiswerter Bedarfsartikel gewissen Be-dürfnissen der Landwirtschaft entgegenzukommen sucht. Ich habe erst vor einigen Tagen für diese landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle zur Beschaffung dieser Bedarfsartikel einen Kredit von 100 Millionen Kronen angesprochen. Ich betone, daß ich in diesen Angelegenheiten immer einvernehmlich mit dem Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft vorgehe.

Wenn man von Produktionsförderung spricht, kann man nicht ganz an der Frage der Zwangswirtschaft vorbeigehen. Meine Herren! Der Landwirt hat das begreifliche Bestreben, von jedem Zwange frei zu sein, seine Produkte frei abzuliefern und vor allem zu einem ihm nicht durch die Regierung diktierten abzu-geben. Ich verstehe dieses Bestreben, denn der Zwang geht gegen die menschliche Natur, ist sozusagen eine Sünde gegen den Heiligen Geist und ich muß sagen, daß, wenn ich selbst Landwirt wäre, ich vielleicht selbst in diesen Ruf einstoßen würde. Leider bin ich Staatssekretär für Volkernährung und nicht Landwirt. Trotzdem möchte ich doch für mich in Anspruch nehmen, daß ich volles Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft habe. Dort, wo die Voraussetzungen für den Abbau oder für die vollkommene Beendigung der Zwangswirt-schaft, der öffentlichen Bewirtschaftung gegeben sind, habe ich nicht gezögert, den Abbau durchzuführen. Ich erinnere, daß Obst und Gemüse freigegeben wurden, daß Heu und Stroh freigegeben worden ist, wobei

ich allerdings nicht die Bemerkung unterdrücken kann, daß dies für die Preisentwicklung dieser Produkte — vom Standpunkte des Konsumen-ten — nicht immer von Vorteil war. (Abgeordneter Partik: Wir haben aber mehr Futter bekommen und die Pferde schauen besser aus!) Ja, aber das Heu hat heute einen ganz respektablen Preis, der sich wieder in gewissen anderen Beziehungen geltend macht.

Ich bin auch so weit, zu sagen, daß ich für meine Person nichts gegen die Freigabe des Vieches hätte. Aber ich glaube, daß die Länder sich mit dieser Ansicht nicht ganz identifizieren und daß, wenn ich auch daran gehen wollte, zuzustimmen, daß der Viechverkehr freigegeben wird, wahrscheinlich das eintreten würde, was ja auch zum Beispiel beim Obst zum Teil eingetreten ist, daß nämlich die zentrale staatliche Bewirtschaftung mit Landes-farben wieder aufgefrischt wird. (Zustimmung.) Tatsache ist ja, daß, wenn das Viech heute frei-gegeben würde, vor allem die Gefahr bestünde, daß die Auflaufungskraft Wiens sich zu stark fühlbar machen würde und das ist eines der Argumente gegen diese Freigabe. Die niederösterreichische Landes-regierung hat vor ein paar Tagen den Verkehr mit Schweinen und Schweinefett freigegeben. Das ist ein Experiment, über dessen Erfolg man erst in nächster Zeit ein Urteil gewinnen kann.

Bei der Milch ist die Sache sehr schwierig und ich muß Ihnen offen sagen, daß ich der unbedingten Freigabe bei der Milchbewirtschaftung nicht zustimmen könnte. Berücksichtigen Sie, daß Wien einen Normalbedarf von etwa 800.000 Liter hat und daß wir für die Kinder und Kranken — 150.000 Liter brauchen und, wenn ich nur die einjährigen Kinder und die Kranken in Wien versorge, 53.000 Liter, — und in den letzten Tagen haben wir nur etwas über 40.000 Liter nach Wien bekommen. Ich frage Sie, wenn ich jetzt den Milchverkehr vollkommen freigeben würde, wird das Angebot die Nachfrage befriedigen in einer Stadt, die zum großen Teil im Milchbezug früher auf andere Gebiete ange-wiesen war? Es würden die Milchpreise ins Wahnsinnige in die Höhe schnellen und es könnte nicht einmal der zu befriedigende Bedarf der kleinen Kinder befriedigt werden. Deshalb muß die Ablieferungspflicht bei der Milch aufrecht erhalten werden. Aus demselben Grunde ist es nötig, daß die Höchstpreise vorläufig beibehalten werden, denn in dem Moment, wo die Milch-preise nicht reguliert werden, kann ich in ratio-nierter Weise die Milch nicht mehr abgeben. Ich will auf diese Frage nicht weiter eingehen. Ich ver-sichere aber, daß wir diese Sache eingehend nach allen Seiten studiert haben und keine andere Lösung finden konnten.

Nun zur Frage des Getreideverkehrs. Ich möchte bitten, die Frage ganz sinn et studio behandeln zu dürfen; ich werde mich möglichst kurz fassen. Wer über diese Frage nachdenkt und sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, kann unmöglich der vollen Freigabe des Getreideverkehrs zustimmen.

Man kann nicht sagen und es ist nicht wahr, daß wir unseren Bedarf decken oder auch nur besser decken könnten, wenn der freie Markt als Regulator des Getreideverkehrs hergestellt würde. Zwei Dinge sind doch unwiderleglich: erstens daß wir ein Defizit unserer Getreideerzeugung im Lande haben und zweitens daß wir dieses Defizit vorsichtig nicht vollkommen durch Importe decken können, weil unsere finanziellen Mittel beschränkt sind und immer beschränkt sein werden. Das heißt, die Rationierung muß vorläufig aufrecht erhalten bleiben, und wenn ich die Rationierung aufrecht halte, muß ich eine gewisse Menge des Getreides in meine Hand bringen können; über die Frage wieviel, kann man ja reden. Meine Herren! Wir gehen ins Ausland und verlangen Getreide vom Auslande. Diese Gänge sind nicht immer sehr angenehm, ich versichere Sie, die Beittelgänge in das Ausland kann man endlich auch einmal satt bekommen; vielleicht das einzige, was man wirklich satt bekommt. Das Erste, was die Vertreter der fremden Mächte fragen, ist selbstverständlich: Wieviel brauchst du? Wieviel kannst du selbst erzeugen? Wieviel hast du? Wieviel muß man dir liefern? Die erste Frage kann ich nicht beantworten, wenn der Getreideverkehr frei ist, denn bei offenem Markte, bei vollkommener Auflösung der Ablieferungspflicht zerfällt sich das Getreide, geht es dortherin, wo am meisten bezahlt wird, und irgendeine Alimentierung einer Nation durch das freie Getreide ist nicht möglich. Ich bin bereit, alles, was die Produktion in der Zwangswirtschaft, wenn man sie überhaupt noch so nennen kann, behindert, wegzuräumen. Ich will nicht ein zu großes Kontingent verlangen. Ich will alles, was Sie sonst benötigt, möglichst mildern oder ganz beiseite räumen und insbesondere sind die Staatsräte, die hier in Frage kommen, bereit, Ihnen angemessene Preise zu bewilligen; denn ich gebe ohne weiters zu, daß man voriges Jahr, als der Getreidepreis bestimmt wurde, die Verhältnisse nicht überblicken konnte; sie waren zu niedrig. Sie werden einen Preis bekommen, der Ihre Mühe und Arbeit lohnt, allerdings nicht einen Monopolpreis. Wir müssen einmal und werden wahrscheinlich zur freien Wirtschaft kommen und in Konsequenz dieser Wirtschaft wird auch die sogenannte Anpassung an die Weltmarktpreise einmal eintreten. Aber heute von einer unbedingten generellen Anpassung der Inlandspreise zu reden, ist meiner Ansicht nach verfehlt. Eine wirkliche Anpassung an die Weltmarktpreise in einem Momente, wo

unsere Valuta nicht festigt ist, wo unsere Valuta nicht stabil ist, muß zu Konsequenzen in der Preisentwicklung führen, die ganz unübersetbar sind. (Rufe: Und bei der Industrie?) Ich bitte, meine Herren, der inländische Industrielle — ich will gar nicht generell reden, sondern habe mir ein Beispiel vor Augen — muß seine Rohstoffe und seine Kohle vom Auslande beziehen und wird sich daher in einem gewissen Maße, wenn auch vielleicht nicht zur Gänze, aber in vielen Bedingungen dem Weltmarktpreis angleichen müssen. Diese Bedingungen werden bei den verschiedenen Artikeln in verschiedenem Maße zutreffen. Ich sage nur: Die generelle Anwendung des Prinzips der Anpassung der Weltmarktpreise kann erst dann durchgeführt werden, bis unsere Valuta stabil ist. In dem Momenten, wo unsere Valuta wöchentlich um Prozente auf- oder absteigt, müßte der Landwirt — und Sie werden es selbst spüren — in die Valutaspekulation förmlich hineingezogen werden und schließlich zusammenbrechen. Dieses ganze Theorem muß ja, wenn es vorzeitig und plötzlich durchgesucht wird, dazu führen, daß wir mit Papier überschwemmt werden und zum allgemeinen Zusammenbrüche führen. Für diejenigen, welche glauben, daß das einzige Sanierungsmittel der Zusammenbruch ist, ist diese Theorie vielleicht richtig. (Zustimmung.)

Ich rede gar nicht davon, daß Deutschland die Getreidebewirtschaftung aufrecht erhält, sondern Siegerstaaten, wie Italien und Frankreich, die doch in einer unvergleichlich besseren Lage sind als wir, haben, trotzdem sie auch verkündet haben, sie würden die öffentliche Bewirtschaftung auflassen, wieder zu ihr gegriffen, und insbesondere Frankreich hat eine sehr interessante Konstruktion für die Bewirtschaftung des Getreides vorgeschlagen — der betreffende Gesetzentwurf ist noch nicht erledigt —, die bis zu einem gewissen Grad eine staatliche Konkurrenz der eigenen Landwirtschaft durch das ausländische Getreide beinhaltet.

Ich werde in den nächsten Tagen den Gesetzentwurf über die Kontingentierung vorlegen, der mit Vertretern der Landwirtschaft besprochen worden ist. Ich bin allerdings überzeugt, daß dieser Gesetzentwurf ein Stück Papier bleiben würde, wenn nicht die psychologischen Hemmungen, die gegen die Bewirtschaftung beim Landwirt bestehen, beseitigt werden. Ich weiß sehr gut, daß der Reichsbauernbund eine Resolution gegen diese Bewirtschaftung vorgelegt hat, aber ich bin überzeugt, daß die Vertreter der Landwirtschaft hier im Parlamamente, die Vertreter und Leiter der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Organisationen bei vollkommen ruhiger Überlegung der gegebenen Lage mir helfen werden, diese psychologischen Hemmungen zu überwinden. Und diesen Appell richte ich an die Vertreter der Landwirtschaft,

durch Aufklärung zu wirken im Interesse der Allgemeinheit in ihren Kreisen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eine ganz kurze Bemerkung mit Rücksicht auf die Ausführungen der Herren Redner, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, auch noch über die Frage des Freihandels im Außenverkehr machen. Ich möchte einmal die Behauptung, daß das Staatsamt für Volksernährung die Einfuhr von Lebensmitteln verhindert, als unsinnig zurückweisen. (*Lebhafte Rufe: So ist es!*) Es ist deplaziert, aus Zeitungsnachrichten Dinge auszugraben, die sich, wie eine dieser Notizen, die hier auch verlesen worden ist, auf Dinge beziehen, die sich vor einem Jahre ereignet haben und bis auf den August 1919 zurückgehen. Seitdem haben sich die Verhältnisse zunächst einmal wesentlich verändert und wir sind im Abbau gewisser Einfuhrverbote und Einfuhrbewilligungsmethoden schon ziemlich weit vorgeschritten. Aber einen einzelnen Fall oder mehrere Fälle herauszugreifen, um daraus Schlüsse zu ziehen, geht überhaupt nicht an. Entgleisungen kommen überall vor. Und wenn man weiß, daß wir in unseren verschiedenen Einfuhrorganisationen täglich Hunderte von Offerten vorliegen haben, so sollte man, wenn man richtig vorgeht, meiner Meinung nach, wenn ein Fertum oder eine Entgleisung vorkommt, diese dem Amtmeister oder mir vorlegen; ich werde es dann aufklären und untersuchen lassen, wenn etwas vorgekommen ist. Aber immer der Öffentlichkeit beunruhigende, ununtersuchte Fälle mit großer Aufmachung bekanntzugeben, führt zu einer Beunruhigung der Öffentlichkeit, die meiner Ansicht nach nicht zu verantworten ist.

Und dann, meine Herren! Wie viele Lufgeschäfte sind darunter! Es ist leicht zu sagen: im Jahre 1919 war etwas billig, was jetzt teuer ist; da muß man zuerst nachschauen, ob es damals billig war und ob die Sache überhaupt einen Wert hat. Ich habe gestern Abend — um einmal zu zeigen, wie solche Dinge vor sich gehen — ein Telegramm aus Paris bekommen; es werden mir 10.000 Tonnen Zabazucker zum Preise von 105 Pfund Sterling offeriert. Meine Herren! 10.000 Tonnen zu 105 Pfund Sterling macht zum heutigen Kurse eine Milliarde Kronen aus. (*Bewegung.*) 10.000 Tonnen Zucker kosten heute rund 1 Milliarde Kronen. Es wird nicht gesagt, ob das ein europäischer Hafen oder foh Hafen in Java ist, es wird nichts anderes gesagt, als daß ich umgehend telegraphieren soll, ob ich diese Offerte annehme. Ich kann natürlich nicht sofort antworten. Zunächst wird einmal der Herr Staatssekretär der Finanzen sagen, diese Milliarde habe ich nicht. Außerdem sind keine Zahlungsbedingungen und sonstige Bedingungen angegeben. Ich kann also, wenn ich die Offerte

überhaupt behandle, nichts anderes darauf antworten als: wie schaut die Sache aus, wenn ich zunächst 1000 Tonnen nehmen und wie sind die Zahlungsbedingungen? Es wird also zunächst allerdings eine Art Ablehnung der Offerte oder eine Gegenproposition erfolgen. Wenn das nun jemand in den Zeitungen veröffentlicht, dann wird es heißen: das Staatsamt für Volksernährung hat etwas abgelehnt. Also, so dummkopf bin ich doch nicht. (*Heiterkeit.*)

Die unbedingte Handelsfreiheit im Lebensmittelverkehr ist auch nicht ohneweiters herzustellen. Wir sind ein wirtschaftlich bedrängter Staat, wir sind in einer handelspolitischen Defensivstellung und alles, was das Ausland uns liefern möchte, müssen wir auch nicht unbedingt hereinlassen. Ich weise also zunächst überhaupt einmal die Auguslebensmittelartikel ab, obwohl sie genug hereinkommen; ich will nicht untersuchen, wie und wo, ich kann es leider nicht hindern. Ansonsten stehe ich auf dem Standpunkte, die möglichste Erleichterung des Lebensmittelverkehrs herbeizuführen und ich habe die Anregung gegeben, daß eine Reihe von Lebensmitteln auf eine sogenannte Freiliste gestellt werden, das heißt, ohne Einfuhrbewilligung hereinkommen können. Die Schwierigkeiten, die sich allerdings durch die Devisenzentrale und die Zahlung ergeben, sind dadurch noch nicht behoben. Die Sache ist ja auch nicht sehr einfach, denn alles, was eingeführt wird und bezahlt werden muß, sucht die Bezahlungsmöglichkeit aus demselben Reservoir, aus dem ich meine finanziellen Mittel mir beschaffen muß, und wenn ich dringend Zahlungsmittel für Getreide und Fett brauche, bleibt für anderes nicht viel übrig. Das mit den gewissen Verbindungen und Krediten, meine Herren, ist eben leider sehr wenig der Fall, das wissen alle, die sich mit den Sachen beschäftigt haben.

Meine Herren! Das allerschwierigste Problem, das in den verschiedenen Fragen uns jetzt belastet, ist die Preisfrage. Ich brauche da nicht viel Ziffern anzuführen, jeder spürt es am eigenen Leibe, welch' unerhörte Belastung, insbesondere des Nichtselbstversorgers, durch den hohen Preis der Lebensmittel gegeben ist. Das Ernährungsamt hat erst vor einigen Tagen in einer Nummer seines Verordnungsblattes eine wissenschaftliche Darstellung gegeben, die ich den Herren zur Lektüre empfehle —, es sind grauenerregernde Ziffern. Wenn wir schon die Frage und die Schwierigkeiten lösen können, die finanziellen Mitteln zu beschaffen und ich die Zahlungsmittel- und Transport schwierigkeiten überwunden habe, so stehe ich jetzt vor der vielleicht noch schwierigeren Frage: wie kann ich überhaupt diese Lebensmittel dem Konsum bei der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung abgeben?

Der Herr Staatssekretär für Finanzen ist nicht hier, er wird es mir aber hoffentlich nicht

übel nehmen, wenn ich sage, daß wir da manchmal nicht derselben Anschauung sind; er ist der berufene Verfechter seines Reffortstandpunktes, daß der Staat keinen oder möglichst wenig Schaden haben darf, und ich muß auf dem Standpunkt stehen, die Lebensmittel, wenn auch nicht so billig wie möglich, so doch so wenig teuer wie möglich dem Konsum zur Verfügung stellen, damit sie noch bezahlt werden können. So lange wir nun kreditierte Lebensmittel beziehen, ist die Sache relativ leichter. Wenn ich heute amerikanisches Mehl beziehe, wobei ich nebenbei sagen muß, daß ich noch nicht weiß, unter welchen Bedingungen diese Kredite je und wann zurückgezahlt werden müssen, wie die Zinsen und die Tilgungsraten beschaffen sein werden, aber wenn ich heute dieses Fett oder Fleisch, oder aber, um den krafftigsten Fall, was den Preis anlangt, anzuführen, Mehl verkaufe — denn der Wechselabgabepreis ist hier relativ am niedrigsten gehalten — so müßte, wenn ich heute den Kurs unrechnne, die Versicherungs- und Verfrachtungskosten nehme, das Mehl sage und schreibe um 35 K verkauft werden; es kostet nämlich das Mehl pro Zentner 12 Dollar und wenn Sie Fracht, Kurs usw. rechnen, so kommt man auf 35 K pro Kilogramm. Wir verkaufen aber das Brotmehl, wie Sie wissen, um 3 K und das Verschleißmehl um 10 K pro Kilogramm. Das ist, wie gesagt, der krafftigste Fall, denn es wird keinem Menschen einfallen, das Mehl um 35 K pro Kilogramm oder nur annähernd so teuer verkaufen zu wollen. Das heißt also, wir müssen einfach annehmen, dieser Kredit ist in 10, 15 oder 20 Jahren zurückzuzahlen und zu jener Zeit wird diese oder eine andere Währung von uns gebessert sein und wir werden eben diesen Verlust nicht erleiden. Aus diesem Gesichtspunkte herans bin ich der Meinung, daß bei langfristig kreditierten Waren nicht der gegenwärtige Kurs, sondern ein anderer der Fortsetzung der Kaufpreise der Lebensmittel zugrunde gelegt werden muß, um sie auf diese Weise, wenn überhaupt anbringbar zu machen.

Meine Herren! Der Herr Berichterstatter für das Budget, der Herr Abgeordnete Dr. Bauer hat in seinem Vorlagebericht erwähnt, daß über unsere ganze Kreditgeberung im Voranschlag nichts enthalten ist. Das ist richtig und er gibt auch die Richtigkeit unserer Erwägung zu, daß die Kreditsummen in unserem Budget heute nicht ansteuchen, weil die Kredite heute nicht zurückgezahlt werden müssen und wir auch keine Zinsen und Tilgungsraten vorläufig zu zahlen haben. Wir haben aber für diese Waren etwas erlost und bei dem ersten 48 Millionen-Dollar-Kredit haben wir einen Erlös, approximativ berechnet, mit 14 Milliarden Kronen erzielt. 48 Millionen Dollars haben — zu jener Zeit, wo der Kredit bewilligt wurde, war der Dollar 25 K wert — 12 Milliarden repräsentiert. Da

hätten wir nichts verloren. Wenn wir aber den heutigen Kurs nehmen, wo der Dollar 240 K ist, repräsentiert die Summe 96 Milliarden und da würde der Verlust natürlich ein bedeutender sein. Diese 14 Milliarden haben wir wieder zum Einkauf von Lebensmitteln verwendet und dadurch, daß wir die eingekauften Lebensmittel wieder billiger abgegeben haben, haben wir diesen Erlös langsam eingeschustert. Dieser Verlust belastet aber nicht das laufende Budget, weil die Erlösbeträge kreditiertes Geld darstellen. Wenn Herr Dr. Bauer wünscht, daß wir die Voranschläge und Bilanzen unserer Einkaufsorganisationen vorlegen, so bin ich gerne bereit dazu. Allerdings ist die Sache sehr schwierig. Einen Voranschlag können diese Einkaufsorganisationen überhaupt sehr schwer aufstellen, weil sie nicht wissen, wie viel werden wir einkaufen können, wie werden die Preise sein, wie groß werden Fracht und Speisen sein usw. Die Vorlage der Bilanzen ist möglich, obwohl auch da eine ganze Menge unverrechneter Posten darin sein werden, weil wir innerhalb der ganzen Gebarung ja auch eigene kleine, kurzfristige Kredite haben, von denen wir nicht wissen, zu welchen Preisen sie zurückgezahlt werden usw.

Meine Herren! Bei den kreditierten Waren kann man die Frage der Verlustpreise vielleicht etwas „großzügiger“ betrachten, wobei ich allerdings darauf hinweisen muß, daß das Staatsamt für Finanzen darauf drängt, die Abgabepreise nicht gar zu niedrig zu halten, um den Staat vor späteren Verlusten zu bewahren. Viel schwieriger ist die Sache aber bei denjenigen Artikeln, wo wir effektiv gegen bar einkaufen, wie wir es die ganze Zeit im letzten Jahre gemacht haben. Die Verluste aus diesen Einkäufen zu berechnen ist furchtbar schwer, weil da eine ganze Fülle von Geschäften zusammenläuft und weil da Kreditposten darin sind, die man gar nicht berechnen kann. Ich habe mir, meine Herren, ganz approximativ eine Zusammenstellung darüber gemacht, was der Staat im heurigen Budgetjahr an den von ihm selbst ohne Kredit eingekauften Lebensmitteln, also ohne die von der Entente kreditierten Waren, verloren hat oder zu verlieren noch die Absicht hat. (Heiterkeit.) In den ersten drei Quartalen des Budgetjahres schaue ich den Verlust bei Getreide, Fett und Fleisch, dann auch bei Kondensmilch, Hülsenfrüchten und Reis auf rund zwei Milliarden. Er kann allerdings auch etwas höher sein, weil eine Reihe von Kreditgeschäften noch nicht abgewickelt ist und das Endergebnis von der Kursentwicklung abhängt. Im vierten Quartal — und wir müssten ja, da wir noch nicht wissen, wann und in welchem Umfange wir Kredite bekommen, rechtzeitig vorsorgen und leider zu einem Zeitpunkte einkaufen, wo unsere Krone am tiefsten gestanden ist — wird der Verlust relativ wesentlich höher sein und erreicht fast die Summe,

die wir in den ersten drei Quartalen gebraucht haben. Ich schaue den Verlust an Getreide, Fleisch, Fett und Kondensmilch im vierten Budgetquartal ungefähr auf $1\frac{1}{2}$ Milliarden, so daß wir mit den ersten Ziffern auf über drei Milliarden kommen werden. Das ganz genau zu berechnen, ist unmöglich, genau so, wie es unmöglich ist, etwa den Verlust pro Kilogramm eines verkauften Lebensmittels genau darzustellen. Aber immerhin ein paar Ziffern zur Illustration, damit Sie sehen, daß der Staat sein Möglichstes tut, um die Lebensmittelpreise zu verbilligen: Das Mehl, das wir hier aus überseeischem Getreide hergestellt haben, hat im ersten Budgethalbjahr ungefähr 17 K 40 h gekostet und zur selben Zeit haben wir das Brotmehl um 1 K 50 h abgegeben. Jetzt kostet das Mehl, das wir momentan benötigen und das zum Teil aus schon zu viel höheren Preisen eingekauftem überseeischen Getreide hergestellt ist, 23 K solo Wien mit Fracht, Spesen, Vermahlung usw., während wir das Brotmehl um 3 K abgeben, so daß also bei Brotmehl ein Verlust von 20 K pro Kilogramm eintritt. Wenn wir heute in Amerika Mehl kaufen müßten, würde der Verlust noch wesentlich höher sein, weil die Getreidepreise in letzter Zeit neuerlich gestiegen sind. Bei Fett, meine Herren, haben wir im dritten Quartal im Durchschnitt pro Kilogramm zwischen 36 und 44 K daraufgezahlt, bei Fleisch im dritten Quartal, also vom 1. Jänner bis 1. April, zwischen 32 und 37 K. Es sind also sehr beträchtliche Summen, die der Staat hier zur Verbilligung der Lebenshaltung draufzahlen muß. Im Budget mit seinen drei Nachträgen, sind jetzt 3,65 Milliarden eingestellt. Wir sind nicht allein mit dieser Methode. Deutschland muß beim Sinken der Mark daselbe tun und hat im Wirtschaftsjahr 1919 nicht weniger als 8 Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel in Form von Zuschriften beigesteuert. Wenn man berücksichtigt, daß Deutschland 60 Millionen und wir nur 6 bis $6\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner haben, so haben wir mehr getan als Deutschland. In Deutschland entfallen auf den Kopf 130 Mark Zubrude aus den Krediten, während bei uns je nach der Volkszählung oder nach dem Stande der Versorgung 550 bis 600 K pro Kopf entfallen.

Diese Zubrude sind eine schwere Belastung fürs Budget. Aber trotzdem bin ich der Meinung, daß vorläufig von ihnen nicht Abstand genommen werden kann, insbesondere nicht bei den Mehl- und Brotpreisen. Ich habe früher vergessen zu erwähnen, daß, wenn auch die Landwirte heuer höhere Getreidepreise zugestimmt bekommen werden, dies auf den Mehl- und Brotpreis absolut keinen wesentlichen Einfluß haben muß bei dem Verhältnis, in dem das inländische Getreide zum ausländischen Getreide steht. Ich bin der Ansicht, daß die Brot- und Mehlpreise nicht erhöht werden dürfen, selbst

wenn die Kosten höhere sind. Bei den heutigen Zuständen, wo wir gleitende Zulagen für die Fixangestellten haben, wo Kollektivverträge für die Entlohnung der übrigen Angestellten bestehen, würde jede weitere Erhöhung der Standardlebensmittel doch das Staatsbudget schließlich und endlich wieder belasten und viel größere Wirkungen ausüben, als die Zuschriften an sich vielleicht kosten, und deshalb bin ich der Meinung, daß das Loch, welches ich dem Herrn Staatssekretär für Finanzen reife und über welches er so oft klagt, doch nicht so groß ist, als er glaubt.

Im Staatsbudget figurieren noch andere Zuschriften für Mindestbemittelte und für Verbraucherorganisationen, von welchen ein großer Teil dem Mittelstande angehört. Ich bin, soweit es unsere Lage gestattet und im Rahmen meines Wirkungskreises bestrebt, dem Mittelstande zu helfen. Er ist derjenige Stand, der am meisten unter die Räder kommt. Allerdings mit diesen Mitteln allein wird ihm nicht geholfen werden können und ich möchte hoffen, daß es auch dem Mittelstande gelingt, sich derart zu organisieren, daß die Organisation ihm Hilfe selbst schafft.

Ich habe Sie schon sehr lange in Anspruch genommen, ich möchte nur noch ein paar Bemerkungen, wenn Sie gestatten, auch über die Frage des Ernährungsdienstes im allgemeinen machen. Der Ernährungsdienst leidet unter einer allgemeinen Unmorale, die ihre Blüten im Kriegswucher und Schleichhandel treibt. Das ist kein österreichisches Merkmal allein, der Schleichhandel und das Schieberkum hat sich auf die ganze Welt erstreckt, wenn auch vielleicht in Wien die Sache schärfster hervortritt als wo anders. Das ist die die böseste Erbschaft des Krieges, die wir übernommen haben, und sie findet ihre Ursache zum großen Teil, ja zum größten Teil in der Not und im Hunger, in dem wir leben. Ich glaube, daß alle Maßnahmen gegen den Schleichhandel und zur Unterdrückung des Kriegswuchers nicht ausreichen, wenn nicht anderseits in der Bevölkerung wieder ein gewisses höheres sittliches Gefühl Platz greift und wenn nicht die Not dadurch gehoben wird, daß wir über genügend Lebensmittel verfügen. Das einzige Mittel, den Schleichhandel zu unterdrücken, wäre, daß ich so viel Lebensmittel in die Bevölkerung stopfen könnte, daß der Schleichhandel überhaupt aufhört. (Zustimmung.)

Gestatten Sie mir zwei Beispiele dafür, wie weit die Unmorale heute geht. In Wien haben wir in den letzten Monaten 300.000 gefälschte Brotkarten eingezogen, das ist immerhin ein Beweis, was da an Schleichhandel und Wucher getrieben wird. Ein zweites Beispiel. Unser Zucker, den wir aus der Tschecho-Slowakei, allerdings in sehr un-

zureichendem Maße beziehen, ist natürlich versichert. Wir können also durch die Angaben der Versicherungsgesellschaften auf das Kilogramm feststellen, wie viel Zucker weggekommen ist. Da sind nun im letzten Jahre sage und schreibe 59 komplette Waggons gestohlen worden. (*Hört! Hört!*) Ich bitte, nicht die ganzen Waggons sind gestohlen worden, sondern jeder Waggon hat 100, 1000, 2000 Kilogramm Verlust gehabt, so daß uns im ganzen 590.000, rund 600.000 Kilogramm beim Transport weggekommen sind. (*Abgeordneter Pick: In Deutschösterreich!*) Wenn ich annahme, daß die Schleichhändler beim Kilogramm Zucker nur 50 K verdient haben — beim Zucker ist der Diebstahl zweifellos die Hauptquelle des Schleichhandels —, so macht das 30 Millionen, und da Zucker im Schleichhandel schon auf 180 K kommt und ein Teil auch mit 100 K Profit „erschleicht“ worden ist, kann ich sagen, der Schleichhandel hat an diesem gestohlenen Zucker 60 Millionen Kronen verdient, das heißt, dieses Gewerbe nährt wirklich seinen Mann. (*Heiterkeit und Zustimmung.*)

Dass wir trotz des von mir aufgestellten Axioms, daß nur Lebensmittel den Schleichhandel unterdrücken können, eine Tätigkeit entfalten müssen, ist selbstverständlich, und die Kriegswucherbehörden suchen ja ihrer Aufgabe nachzukommen. Allerdings sind sie in einer sehr schwierigen Situation. Auf der einen Seite wird ihnen Inaktivität vorgeworfen und gesagt, es geschieht nichts gegen den Schleichhandel, gegen den Bucher, und es gibt viele, die meinen, daß die Teuerung durch ein scharfes Vorgehen allein behoben werden könnte. Auf der andern Seite wird wieder von vielen Kreisen die zu starke Aktivität der Kriegswucherbehörden beanstandet. Die Weisungen, die den Kriegswucherbehörden gegeben sind, lauten dahin, daß sie das Interesse des Konsumenten zu beobachten haben, auf der andern Seite aber überflüssige Schikanen des soliden, tatsächlich auch schwer kämpfenden erwerbenden Standes zu vermeiden haben. So wie die Konsumenten das Recht haben, im Preise nicht überhalten zu werden, so muß ich auch dem Produzenten und dem soliden Kaufmann das Recht zubilligen, daß er seine Geschäfte ohne Verlust betreiben kann und daß ihm zumindest auch ein angemessener Gewinn ermöglicht wird. (*Sehr richtig!*)

Ich rede von dem soliden Kaufmann, Auswüchse sind natürlich durchaus zu unterbinden. Es ist aber unter den heutigen Verhältnissen nicht so leicht, besonders bei Preisfragen, zu prüfen und zu beurteilen, wo die Valuta eine solche Rolle spielt, verschiedene Geschäfte durchgerechnet werden müssen, bei denen es darauf ankommt, wann einer das gekauft hat, wann der andere. Das ist nicht so leicht.

Ich möchte auch sagen, daß gegenüber dem Gast- und Schankgewerbe eine gewisse Toleranz beobachtet werden muß. Wir sind leider nicht in der Lage, das Gast- und Schankgewerbe amtlich entsprechend mit Lebensmitteln zu beliefern. Und da es sich ja doch irgendwo die Lebensmittel beschaffen muß, würde ich, wenn ich die Vorschriften nach dem Buchstaben durchführen ließe, es zur Sperrung seiner Betriebe zwingen. Das hat ja seine Rückwirkung auch auf die Angestellten, die selbst zu mir gekommen sind und mich ersucht haben, daß hier eine gewisse, wenn auch nicht letztere, so doch rücksichtsvollere Praxis Platz greife. Auch hier sind natürlich Auswüchse zu verhindern.

Nun noch ein Wort. Der Herr Abgeordnete Stika hat vorgestern hier den Wunsch geäußert, daß das Ernährungsamt besonders in der Provinz eine etwas schärfere Tätigkeit auf dem Gebiete des Ernährungsdienstes, insbesondere gegen den Schleichhandel, ausübe. Ich wäre dem Herrn Abgeordneten Stika sehr dankbar gewesen, wenn er mir auch die Mittel dazu angegeben hätte. Der Herr Staatssekretär Eldersch hat einige Minuten, bevor der Herr Abgeordnete Stika zum Worte gekommen ist, gesagt, daß unserer Verwaltung das Rückgrat gebrochen ist. Meine Herren! Rückenmarkleidende haben in der Regel kaum die Fähigkeit, eine besondere Energie zu entfalten, und der Herr Abgeordnete möge zur Kenntnis nehmen, daß eine Executive — insbesondere auf dem Lande draußen — ohne Organe unmöglich ist. Ich komme mir manchmal vor — meine Herren, nehmen Sie mir diese lange Ausdrucksweise nicht übel — wie ein Dirigent ohne Orchester. Wir haben sicherlich im Almtie die besten Absichten und an uns fehlt es nicht. Aber wir brauchen Organe, die die Weisungen durchführen. Ich will mich mit den Landesregierungen durch irgendwelche kritische Bemerkungen nicht wieder verfeinden, ich stehe in der letzten Zeit mit ihnen auf ganz gutem Fuß. (*Heiterkeit.*) Aber es ist doch bekannt, daß die Landesregierungen mit den Weisungen der Staatsregierung etwas souverän umgehen und sie nicht gar zu freundlich behandeln, wie zum Beispiel die Sommerzeit. (*Heiterkeit.*) Der Herr Abgeordnete möchte sich also nicht wundern, wenn ich in meinen Versuchen, draußen etwas schärfter vorzugehen oder eine etwas größere Tätigkeit zu entwickeln, schon etwas schüchtern geworden bin. Als Staatssekretär hat man ja schließlich Gelegenheit, seine Erfahrungen zu machen. (*Abgeordneter Abram: Sie sind zwar einer der Jüngsten ...!*) Aber ich bin schon anderthalb Jahre Staatssekretär, also einer der ältesten in dieser Beziehung. (*Erneute Heiterkeit.*)

Meine Herren! Es nützt nichts, ohne Verwaltungsapparat, ohne Beamte — ohne daß ich

deshalb Bürokrat gescholten werden will — kann man nicht verwälten. Und wenn heute so viel gesprochen wird von der Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften — meine Herren, ohne Beamte wird es doch nicht gehen. Sie brauchen ja ein Exekutivorgan, und wenn Sie auf der einen Seite, wie der Herr Abgeordnete Stika, Approvisionierungsausschüsse und Wirtschaftsämter verlangen, so sind diese ja Körporationen und es muß doch irgendwo ein Wille sein, und was das Wirtschaftsamt will, wird ein Beamter schließlich exekutieren müssen, wobei ich dahingestellt seien lasse, ob in diesen Wirtschaftsämtern nicht manchmal der lokale Einfluß zu sehr maßgebend ist. Schließlich müssen doch auch von oben allgemeine Weisungen ergehen. Ich bin also nicht der Auffassung, daß es richtig ist, daß man heute auf die Bezirkshauptmannschaften von oben und unten gleichmäßig losschlägt. Da untergräbt man das letzte an Autorität, was noch in der Verwaltung heute besteht. Heute ist der Bezirkshauptmann derjenige, der für Ruhe und Ordnung und die Durchführung der Vorschriften in seinem Bezirke sorgen muß. Er ist der Verantwortliche. Wenn er aber von oben und unten beschimpft wird, wird er nichts durchführen können.

Ich bin, seitdem ich mein Amt führe, immer für die Einheit der Ernährungswirtschaft eingetreten. Diese Einheit der Ernährungswirtschaft ist um so notwendiger, weil wir in einer solchen Not sind und weil es doch das elementarste Prinzip ist, daß sich die Schwachen zusammenfinden. Wir sind aber von dem früheren etwas überspannten Zentralismus in das entgegengesetzte Extrem gelangt. Wir haben keine Solidarität mehr, kein Gemeinschaftsgefühl, sondern jetzt herrscht überall Separatismus und Selbständigkeit. Auf dem Gebiete der Wirtschaft aber, nicht nur auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft, sondern der Wirtschaft im allgemeinen, ist meiner Meinung nach unbedingt Einheitlichkeit in der Gesetzgebung und Verwaltung notwendig.

Wir haben ja da die Beispiele der Geschichte und ich branche darauf nicht weiter einzugehen. Ich bin der Meinung, daß das Gegenteil, die Nicht-einheitlichkeit, ein großes Unglück wäre, und wenn ich einer späteren Epoche vorgreifen darf, so meine ich, daß die Nichteinheitlichkeit auf dem Wirtschaftsgebiet auch für den künftigen Bundesstaat ein Unglück wäre.

Und da sei es mir gestattet, meine Herren, zum Schlusse meiner Ausführungen einen Vers unseres Dichterfürsten zu zitieren, welcher insbesondere für Österreich nach mehrfacher Richtung Gelingt hat:

„Zimmer strebe zum Ganzen und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied

schließ an ein Ganzes dich an!“ (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Wimmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Wimmer: Hohes Haus! Vor dem Herrn Staatssekretär hat uns Bauern der Herr Abgeordnete Dannerecker die Wege gewiesen, wie wir unsere Produktion auf eine höhere Stufe bringen können. Nach seiner Ansicht sind an der Vereindung der Ernährungsverhältnisse unseres Staates hauptsächlich wir Bauern schuld.

Meine Herren! Voriges Jahr um die gleiche Zeit haben wir uns hier einige Tage mit der Frage der Abschaffung der Zentralen beschäftigt. Ich kann sagen, es ist zum Fenster hinaus gesprochen worden. Es wurden allerlei Reden gehalten, viele Herren aus allen Parteien meldeten sich zum Worte, geschehen aber ist bis heute gar nichts. Statt dessen sind wir am 3. Juli 1919 mit dem Getreidekonsignierungsgesetz beschenkt worden. An Stelle des Kriegsgetreidegesetzes, das wir schon bis zum Halse saß hatten, kam das Kontingentierungsgesetz. Das Kind wurde einfach umgetauft. Der § 5 dieses Gesetzes sagt, daß der Bauer zuerst das kontingentierte Getreide abzuliefern hat, dann erst kommt er und seine Familie. Ein Sprichwort sagt: Jeder ist sich selbst der Nächste. Hier im Gesetze aber ist dies anders, hier kommt zuerst die Ablieferung — ob der Bauer der Ablieferung nachkommen kann oder nicht, ist Nebensache — und erst, wenn das vorgeschriebene Kontingent abgeliefert ist, kommt der Bedarf des Bauern, seiner Dienstboten, seiner Familie in Betracht.

Meine Herren! Man soll Gesetze schaffen, die man einhalten kann, sonst sind sie unsinnig. Der erwähnte Paragraph in diesem Gesetz ist tatsächlich ein Unsinn. Der Herr Staatssekretär, der sich um die Lebensmittelversorgung bemüht, wird sich vielleicht noch erinnern, wie dieser Paragraph zustande kam. Wir hatten einen Abänderungsantrag eingebracht, in welchem verlangt wurde, daß der Landwirt mit seinem Getreideüberschuß machen kann, was er will, wenn er seine Pflicht erfüllt hat. Dieser Antrag wurde glatt abgelehnt. Was geschah nun bis heute? Glaubt jemand in diesem Hause, daß das Staatsamt für Volksernährung auch nur ein Kilogramm über das Kontingent hinausbekommen hat? Gewiß nicht! Es wäre auch ein Unsinn gewesen, wenn ein Bauer das getan hätte; denn es ist ein Wahnsinn, zu einem Schnachpreis von 2 K das Kilogramm Getreide zu liefern, wenn dann das Kilogramm Mehl dem Nichtproduzenten um 10 K

verkauft wird. Ich frage die Linke des Hauses: Wo ist da der Wucherer? 2 K haben wir für das Kilogramm Getreide bekommen und um 10 K habt ihr das Kilogramm Mehl zu kaufen bekommen. Sind wir die Wucherer? Ich glaube nicht. Da hätten Sie, meine Herren von der Linken, vor die Öffentlichkeit treten und sagen müssen: Das Kilogramm Getreide wird von den Bauern um 2 K verkauft, warum müssen wir das Mehl mit 10 K bezahlen? Es ist daher ein Unrecht, wenn man auf der linken Seite des Hauses sagt, daß der Bauer ein Wucherer ist. Die Bäuerin hat ganz recht, wenn sie mit dem Getreide gemacht hat, was sie wollte, wenn sie es verfüttert und den Hühnern gegeben hat und wenn sie deshalb heute für die Eier etwas mehr verlangt, als die Regierung vorschreibt. Wenn wir ein Kilogramm Butter um 12 K liefern und die Wagenschmiede mit 22 K bezahlen müssen, weiß ich nicht, was man machen soll. Die Regierung soll den Preis der Wagenschmiede herabsetzen und den Preis für die Butter erhöhen, dann wird man vom Landwirt verlangen können, daß er seine Pflicht erfüllt.

Dass der Landwirt trachtet, mit dem das Kontingent überschreitenden Getreide ein paar Kreuzer zu verdienen und einen höheren Preis zu erzielen, liegt auf der Hand. Er könnte sonst seine Ausgaben nicht bestreiten. Denn alles ist gestiegen. Früher — ich bin schon über zehn Jahre Bauer — hat ein Hufbeschlag 40 Kreuzer gekostet. Heute kostet er mich aus gleichem Eisen und mit den gleichen Nägeln pro Fuß 40 K. Eine Sense hat früher 80 Kreuzer gekostet, heute kostet sie 120 K; das sind Artikel, die ich haben muß, wenn ich Landwirtschaft betreiben will. Eine dumme Mistgabel, wie man sagt, kostete früher 40 Kreuzer, heute 50 K. Woher soll der Bauer das nehmen? Also geht in Euch und sagt das auch den Fabrikanten. Das sind inländische Produkte, sie sind in Österreich geschaffen. Da soll die Regierung den Fabrikanten sagen, da macht Ihr feste Preise und da dürfen sie nicht mehr verlangen. Da schweigen aber die Geister. Hingegen schreien sie gleich, besonders auf der linken Seite, der Bauer ist ein Wucherer, weil er das Getreide um 2 K für das Kilogramm hergegeben hat. Der Herr Vorredner hat gesagt, daß so viele Flächen nicht angebaut werden. Wo soll denn der Anreiz zum Anbauen herkommen? Dann wird gesagt, der Bauer soll doch Schafzucht betreiben und dergleichen; er braucht aber doch auch Weideplätze.

Mit dem Saatgut war es so, daß man keines bekommen hat. Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt hat uns sehr schön beschenkt. Das wäre ein gutes Geschäft gewesen, aber die Bauern sind nicht darauf eingegangen. Bei uns in Salzburg haben sie uns Kartoffeln als Saatgut gegeben, aber unter

welchen Bedingungen? 8 K pro Kilogramm müßten wir zuerst als Kaution erlegen, und dann nach der Ernte hätten wir 2½ Kilogramm abzuliefern. Auf so ein Geschäft geht der Bauer nicht ein und kein Mensch hat ein Kilogramm gekauft. Wenn man ihm die Sachen so gibt, daß er nicht wirtschaften kann, darf man es ihm auch nicht verargen, wenn er sagt: Lieber lasse ich das stehen.

Wenn man die Verteilung der Zentralen beobachtet, so muß man sagen, daß noch nie, solange man denken kann, so viel an diesen wertvollen Sachen, an Getreide und Produkten verloren gegangen ist als in den letzten fünf Jahren. Interessant wäre es, zu wissen, was eigentlich diese Herumschieberei mit dem Getreide vom Land in die Stadt, von der Stadt auf das Land, von einem Bauern zum andern, von dieser Mühle zu jener kostet hat. Man spricht immer von dem Nutzen dieser Zentralen. Wir haben Mühlen in allen Ländern genug. Die stehen bereits und haben nichts zu mahlen. Aber es muß in diese Getreidezentralmühlen hinkommen. Ich frage, was das alles kostet. Man sagt: das muß sein. Im Gegenteil, das alles hätte nicht sein dürfen. Wir haben bisher noch nichts erfahren, und es wäre sehr interessant zu wissen, was eigentlich dieses Schieben kostet, und was diese Funktionäre, die überall überflüssigerweise angestellt sind, gekostet haben. Es ist doch die Kontingentierung dazu geschaffen, damit zwischen Konsumenten und Produzenten die Verbindung auf dem kürzesten Wege hergestellt wird. Aber wenn man diese Dinge beobachtet, so ist hier gerade das Gegenteil der Fall.

Noch kraffer als beim Getreide sind die Verhältnisse beim Vieh. Wir haben den vergangenen Winter noch das Primavieh Lebendgewicht um 5 K 50 h abgeliefert. Bitte, 5 K 50 h! Meine Herren von der Linken, ich frage Sie, warum kostet es nach drei bis vier Tagen in Wien 120 K? Wer ist da zwischen dem Bauern und den anderen? Sind wir die Wucherer? Geben Sie uns Antwort auf diese Frage! (Ruf: Die werden Sie schon bekommen!) Sie können sie nicht geben, aber immer wieder wird gesagt, der Bauer ist der Fleischverteurer, der will das Fleisch so teuer verkaufen. 5 K 50 h, diesen Schundpreis erhält der Bauer und in Wien kostet es 120 und 125 K. (Abgeordneter Witternigg: Liefert ihr von Salzburg nach Wien?) Auch, die Viehverwertung. (Abgeordneter Weber: Wieviel?) Das weiß ich nicht, ich bin nicht in der Viehverwertungsstelle. Es wäre doch sehr interessant, zu erfahren, wo die Differenz von 5 K auf 120 K hinkommt. Darüber hat uns auch der Herr Staatssekretär bis heute nicht aufgeklärt. (Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Das ist ausländisches Fleisch!) Ich habe gestern Gelegenheit gehabt, mit einem Direktor der Vieh-

verwertungsstelle in St. Marx zu reden. Vor dem Kriege waren in St. Marx drei Direktoren und bei 30 Beamte und es wurden pro Woche im 1914er Jahr 3000 bis 5000 Kinder geliefert. Heute befinden sich dort 21 Direktoren und bei 500 Beamte und dabei werden nur 150 bis 200 Stück geliefert.

Ja, da glaube ich, daß das Fleisch gefälszt kommt, wenn man soviel Leute anstellt, die nichts zu tun haben und die sich dort mir satteßen. Dann aber wird den Bauern zugeschrieben, daß sie Wucherer seien. In den Großstädten wird das allgemein in den Blättern geschrieben und der Bauernstand wird in den Rot gezeichnet.

Wie war es in Salzburg? Wir haben dort einen Austausch mit dem Lungau angestrebt. Der Lungau ist ein Gebirgsland im Gegensatz zum Flachgau, einem Körndlland. Wir haben also mit den Lungauer Bezirkshauptmannschaften einen Tauschhandel eingeleitet. Sie gaben uns zehn Jungochsen und wir lieferten Ihnen zehn Mastochsen ab. Die Lungauer bekamen nur ein Viertel Fleisch von diesem Übergewicht — wir lieferten Mastochsen — das übrige Fleisch blieb in Salzburg. Natürlich hat man dort, weil in den Ernährungsämtern Parteipolitik getrieben wird, den Eisenbahnherrn 60 Kilo gramm Fleisch gegeben, während die übrige Bevölkerung nichts erhalten hat. (Abgeordneter Witternigg: Das ist nicht wahr!) Die Volkswehr hat auch Fleisch bekommen.

Aber dieser Austausch war dem Salzburger Ernährungsamt nicht recht und so mußten die Lungauer ihre jungen Ochsen selbst schlachten. (Abgeordneter Witternigg: Ihre Kollegen sitzen ja in den Wirtschaftsämtern!) Sie werden aber von den Sozialdemokraten niedergestimmt. So kommt es, daß die Ochsen fünf Jahre gefüttert werden und wieder abmagern. Wieviel Kilogramm gehen da täglich zum Schaden der Allgemeinheit verloren? Der eine muß die jungen Ochsen schlachten, der andere hier hat die fetten Ochsen und kann sie nicht hergeben, weil der freie Handel durch die Zentralen unterbunden ist. Es ist lächerlich, daß man in einemviehproduzierenden Lande den freien Handel unterbindet. Daß ein Bauer mit dem anderen nicht austauschen kann, ist für die Allgemeinheit äußerst schädlich.

Der Herr Staatssekretär hat gesagt, daß er draußen immer gefragt wird: Wieviel hast du, wieviel brauchst du? Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand. Der Herr Staatssekretär wird ja wissen, wieviel Selbstversorger er hat und wieviel Nichtselbstversorger. Dieses Rätsel wird sich auch in zehn Jahren nicht anders lösen. Wie dieser Staat schon zusammengeflochten ist, wird es auch in zehn Jahren so sein, daß wir uns mit Brotgetreide nicht selbst ernähren können.

Nun gut, dann muß diese Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt verewigt werden; sie wird immer bestehen, weil sie eben nur darauf ausgeht. Ich glaube, daß dieser Apparat, der so teuer zu stehen kommt, höchst überflüssig ist. In Jugoslawien zum Beispiel ist der Handel frei (*liest*): „Dem „Balkan“ zufolge — schreiben hier die Zeitungen — werden in einem Übereinkommen zwischen dem Handels- und Industrieminister und dem Finanzminister folgende Richtlinien für die Handelspolitik aufgestellt: 1. Das System der Ausfuhrbewilligungen wird aufgehoben. 2. Die Kompensationsverträge werden gebilligt. 3. Die Transportlegitimationen werden aufgehoben. 4. Innerhalb der Staatsgrenzen wird der Handel vollkommen freigegeben. 5. Im Handelsverkehr mit dem Auslande wird auch mit Ausnahme einiger wichtiger Artikel (Getreide, Mehl, Bier, Fleisch usw.) vollkommene Freiheit gegeben.“ (Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Nicht im Getreide! Das wurde doch ausdrücklich ausgenommen!) Hier steht (*liest*): . . . „einiger wichtiger Artikel (Getreide, Mehl, Bier, Fleisch usw.) vollkommene Freiheit gegeben“. (Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Da müssen Sie richtig lesen, Herr Abgeordneter! Die Ausnahmen beziehen sich auf Getreide, Mehl, Vieh und Fett. Ich kenne die Verordnung auch!) (*Liest*) „Für die ausgenommenen Artikel wird ein Staatsausfuhrmonopol eingeführt oder werden Ausfuhrgenossenschaften organisiert werden.“ In Österreich aber hat eine jede Landesbehörde im Inland diese Klauseln aufgestellt und in den Ernährungsämtern sitzen überall Leute drinnen, in der Landesregierung ein ganzes Pack, in den Bezirkshauptmannschaften wieder und da wundert man sich über die Verhältnisse. Und wenn man fragt, warum das und das ist, wird gesagt: Ja, bitte, das muß bezahlt werden, denn die Herren und Damen, die hier sitzen, kosten ein Heidengeld! Ist es nötig, daß man in unserem kleinen Österreich einen solchen Apparat hat, damit dann das Kilo Fleisch von 5 K 50 h auf 120 K steigt? Da braucht man nicht jammern, daß es schlecht geht und eine Teuerung gibt. Da soll man die Teuerung einfach dort suchen, wo sie verursacht wird, aber nicht bei den Bauern. Die Kosten der Arbeit und die Gestaltungskosten stehen bei den Bauern in gar keinem Verhältnis zu den Einnahmen. Wenn man der Landwirtschaft nicht unter die Arme greift, so werden sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr verschlechtern und am allermeisten werden das die Nichtproduzenten spüren. Der Grund und Boden ist heute, man kann sagen, bereits sozialisiert, weil man keine Düngemittel hat. Es werden Budgets bewilligt und das Geld in diesem Staat hinausgeworfen, für die Landwirtschaft hat man aber nur drei lumpige Millionen gehabt. Schreien können Sie: Brot her! Fleisch her! und

den Bauer als Wucherer hinstellen. Sicherlich ist das nicht in der Ordnung und es wäre höchste Zeit, wenn mehr Rücksicht auf den Bauern genommen würde.

Präsident Hauser: Zu einer kurzen Erklärung hat sich der Herr Staatssekretär Dr. Loewensfeld-Ruß zum Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewensfeld-Ruß: Der Herr Präsident hat mich ersucht, damit kein Missverständnis auftaucht, einen Bericht sofort richtigzustellen, den der Herr Redner unterbrochen begangen hat. Wenn ich von den Verlusten und von den hohen Preisen bei der Abgabe gesprochen habe, so haben sich diese Ausführungen auf die importierten ausländischen Lebensmittel bezogen. Wenn wir heute in Wien Fett um 100 K und Fleisch im Durchschnitt der billigen und teuren Wochen um 92 K abgeben, so ist das ausschließlich ausländische Ware. Wir würden doch in Wien verhungern, wenn wir das nicht importieren würden, denn bei Fett und Fleisch, relativ ganz geringfügige Mengen ausgenommen, die wir heute noch aus inländischen Gebieten bekommen, sind wir heute ausschließlich auf den Konsum auswärtiger Artikel angewiesen. Wenn also der Lebendviehpreis in Oberösterreich, glaube ich, 5 K ist, so hat das mit dem Verkaufspreis des Fleisches in Wien gar nichts zu tun. Hier wird ausländisches Fleisch abgegeben und wenn wir Fleisch nach der Provinz schicken, was auch vorkommt, so besteht eben die Schwierigkeit, daß es dort zu diesen Preisen gar nicht abgenommen wird. Ebenso ist es beim Getreide. Das Mehl, das heute der Nichtselbstversorger konsumiert, ist, mit Ausnahme von ganz kleinen Gebieten Niederösterreichs, die sich noch selbst ernähren, ausschließlich ausländisches Getreide. Bei diesem zahlt der Staat darauf. Das hat gar keinen Zusammenhang mit dem inländischen Getreide.

Das wollte ich zur Aufklärung feststellen und bitten, meine Ausführungen nicht in der Hinsicht zu verstehen, daß etwa die Kriegs-Getreide-Berthaufstalt oder die mit der Fleischausbringung beschäftigten Organisationen den inländischen Bauern das Vieh um 5 K Lebendgewicht abnehmen und wir es hier in Wien um 100 K verkaufen. Das ist doch gar nicht möglich.

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Staatssekretär Stöckler.

Staatssekretär Stöckler: Hohe Nationalversammlung! Ich fühle mich nicht bemüßigt, mich mit den Ziffern des Voranschlages zu befassen, ich

glaube, der Herr Referent für das Kapitel Land- und Forstwirtschaft hat das deutlich und zur Genüge ausgeführt.

Wenn ich die ganze bisherige Debatte überblicke, so sehe ich, daß eigentlich die Pro- und Kontraredner mit den Verhältnissen der Landwirtschaft unzufrieden sind. Diese Unzufriedenheit besteht nicht nur hier im Hause, sie besteht auch draußen in der Bevölkerung und auch in der Regierung. Aber es ist, glaube ich, nicht richtig, wenn hier einer dem anderen die Schuld gibt, sondern wir müssen die Ursachen denn doch etwas erforschen.

So wie überall hat auch hier der Krieg vernichtend gewirkt. (Zustimmung.) Er hat eine Menge menschlicher und tierischer Arbeitskräfte vernichtet oder mindestens gemindert und Sachgüter in ungeahnten Dimensionen sind zugrunde gegangen. (Zustimmung.) Der Mangel macht sich überall, speziell aber bei der Produktion und gerade bei der Landwirtschaft fühlbar. Es sind natürlich auch noch andere Dinge, die sich hier sehr schwer geltend machen. Das ist in erster Linie auch die Absperrung. Wir befinden uns förmlich in einer belagerten Festung, heute noch, obwohl wir den sogenannten Friedensvertrag bereits in den Händen haben. (Rufe: Sehr richtig!) Und wenn ein Land so zugeschnitten ist, wie das unsere, wo doch jeder sehen muß, daß wir uns selbst unmöglich ernähren können, so fällt es doch am meisten ins Gewicht, wenn wir von nirgends etwas erhalten oder infolge des furchtbaren Tiefstandes unserer Waluta nicht bezahlen können. Das ist, glaube ich, eine der Hauptursachen, warum die Schwierigkeiten bei uns heute größer sind als während des Krieges.

Wir müssen weiters aber auch offen eingestehen, daß der Verlust der Entschließungsfreiheit während des Krieges bei der Produktion geradezu verheerend gewirkt hat. Wir könnten in keiner Weise tun, wie wir wollten, sondern wir mußten nur das tun, wozu uns die Verhältnisse nötigten. Es ist vollständig unrichtig, wie einer der Herren Redner gesagt hat, daß hieran die Landwirte Schuld tragen.

Berehrte Herren! Wer sehen will, der muß doch sehen; es wäre gewiß mehr bebaut worden, wenn mehr hätte bebaut werden können. Bedenken Sie doch, daß 70 und selbst 80 Prozent und noch mehr der landwirtschaftlichen männlichen Arbeitskräfte eingerückt waren, daß viele Betriebe kaum eine Person hatten, um den Betrieb zu leiten! Sie wissen doch, wie unsere Abgeordneten beim Kriegsminister „gepenzt“ haben, daß doch in jedem Betriebe eine Person zu Hause bleiben könnte; mit Kriegsgefangenen, die in der Arbeit nicht gewohnt waren, die mindestens gar keine Kenntnisse von unseren Verhältnissen hatten, mußte fort-

gefrettet werden und gar manche Bauernfrau hat gesagt, so geht es nicht weiter, sie muß zusperren, sonst wird auch noch das bisschen vernichtet, was sie hat. (*Zustimmung.*) Wer sich an all das erinnert, der wird wissen, daß diese Ursachen die Produktionsverminderung herbeigeführt haben, daß sie es mit sich gebracht haben, daß so große Kulturstächen nicht oder minder bebaut wurden. Und wer Kenntnisse aus der Landwirtschaft hat, muß wissen, wenn so große Grundstüchen jahrelang verödet und verunkräutet sind, so können sie mit bestem Willen und der größten Arbeit nicht in ein bis zwei Jahren wieder in fruchtbare Land verwandelt werden. Dazu kommt noch der Mangel an den Düngemitteln. Sowohl die künstlichen wie die natürlichen Düngemittel fehlen, da ja auch der Viehstand vermindert war und während des Krieges künstliche Düngemittel uns nicht zugeführt werden konnten. Und heute sind sie noch bedeutend schwerer zu beschaffen. Wenn wir die ganzen Verhältnisse überblicken, so müssen wir ruhig sagen, daß die heutigen Preisverhältnisse denn doch auch jetzt noch die Sache schrecklich erschweren, das müssen wir uns selbst eingestehen. Die Unterschiede in den Preisen der verschiedenen Artikel machen es heute der Landwirtschaft fast unmöglich, hier nachzukommen. Es hat einer der Herren Redner von den unerhörten Preisen der landwirtschaftlichen Produkte gesprochen. Meine Herren! Wenn wir diese Preise für sich allein betrachten, mögen sie unerhört scheinen, wenn wir sie aber im Verhältnisse zu allen anderen Preisen betrachten, so weiß ich nicht, was da unerhört ist. (*Sehr richtig!*)

Ich habe mir eine ganz kurze Zusammenstellung gemacht, nur mit ein paar Ziffern, die auch Sie, meine Herren, interessieren werden, obwohl sie jeder von Ihnen kennen wird, aber die Gegenüberstellung leuchtet doch am meisten ein. Der Aufwand für einen Knecht betrug im Frieden im Durchschnitte zirka 720 K jährlich und der Landmann hat nur 3,6 Meterzentner Brotgetreide zu verkaufen gebraucht, um diesen Betrag hereinzubringen; jetzt beträgt der Aufwand zirka 12.000 K, wofür schon 60 statt 3,6 Meterzentner Brotgetreide verkauft werden müssen. Die Schuhe kosteten im Frieden höchstens 20 K, dafür hat er 1 Meterzentner Getreide verkaufen müssen, heute kosten sie mindestens 1000 K, er braucht dafür 5 Meterzentner Kleider kosteten im Frieden 100 K, das macht 5 Meterzentner Getreide, heute kosten sie 3000 K, das sind 15 Meterzentner Getreide, Wäschestücke kosteten im Frieden zirka 4 K = 20 Kilogramm Getreide, heute kosten Wäschestücke mindestens 300 K = 150 Kilogramm Getreide, Pferdebeschläge kosteten pro Stück im Frieden 5 K, das ist 25 Kilogramm Getreide, heute 120 K, das ist 60 Kilogramm Getreide, Pferdegeschirre kosteten im

Frieden 100 K = 5 Meterzentner Getreide, heute 3000 K = 15 Meterzentner Getreide, ein Wagen, zum Beispiel ein gewöhnlicher Wirtschaftswagen kostete im Frieden 400 K = 20 Meterzentner Getreide, jetzt billigt 6000 K = 30 Meterzentner Getreide. Kunstdünger, und zwar der Meterzentner Chilesalpeter kostete im Frieden 30 K = 1½ Meterzentner Getreide, heute 3000 K = 15 Meterzentner Getreide, wobei es fraglich ist, ob man Chilesalpeter überhaupt erhält. Ammoniak kostete im Frieden 30 K = 1½ Meterzentner Getreide, jetzt ist es etwas billiger als Chilesalpeter, es kostet aber immer noch 1300 K = 6,5 Meterzentner Getreide. Superphosphat kostete im Frieden 15 K = 75 Kilogramm Getreide, heute 1200 K = 6 Meterzentner Getreide. (*Abgeordneter Eisenhut: Es ist aber nicht zu haben!*) Diese Artikel sind aber nicht zu erhalten, obwohl sie so teuer sind, und die Landwirtschaft leidet daran bedeutender Mangel. Diese Preistabelle, meine Herren, wurde aber mit den Durchschnittspreisen, ja den Höchstpreisen im Frieden aufgestellt und mit den Durchschnittspreisen während des Krieges, die jetzigen Preise sind dabei noch nicht berücksichtigt. Das allein muß schon einen Überblick geben, daß es ungerechtfertigt ist, wenn man heute der Landwirtschaft vorwirkt, daß ihre Preise so unerhört sind, denn es ist ganz erklärlich, verehrte Herren, daß die Preispolitik und unser ganzes Wirtschaftssystem auch ihre Einwirkung und ihren Einfluß auf die Preise der landwirtschaftlichen Produkte haben müssen. Da der Landwirt nicht erzeugen kann, was er braucht und nicht erzeugen kann, was am besten wäre, deshalb kann er auch seine Wirtschaft nicht rationell einrichten. Infolge der Begrenzung des Viehs, die heute noch stattfindet und die jeder Konsumt beklagen muß, da dadurch die Viehzucht vernichtet wird, hat der Landwirt nicht die Möglichkeit, Qualitätsvieh zu züchten. Die Verminderung des Milchertrages ist gang und gäbe und daraus erklärt sich, verehrte Herren, der furchtbare Unterschied gegen den Friedensertrag; während im Frieden der Milchertrag einer Kuh 15 Liter per Tag gewesen ist, ist er heute, selbst in den besten Wirtschaften, auf 6 Liter im Durchschnitt herabgesunken. (*Widerspruch und Zwischenrufe.*) Ich sage Ihnen nur das eine: 15 Liter Milch konnte ein hervorragender Landwirt im Frieden erzeugen. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Hauser (*das Glockenzeichen gebend*): Ich läde die verehrten Herren ein, den Redner ruhig anzuhören.

Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft **Stötter** (*fortfahren*): Es ist ja auch ein Unterschied, wenn man beim gleichen Arbeits-

Sachauwand im Frieden 15 Meterzentner Getreide pro Hektar erzeugen konnte und heute nur 9 Meterzentner. Sie zweifeln an diesen Ziffern, meine Herren, sie sind aber hinsichtlich der Erzeugung günstig erstellt. Es sind das die bestqualifizierten Landwirte. Fragen Sie wen immer: wer eine Durchschnittsmelkung von 15 Litern Milch per Kuh und Tag im Frieden gehabt hat, das muß ein qualifizierter Landwirt gewesen sein. (Zustimmung.) Und fragen Sie die Milchmeier in Wien, die Abmelkwirtschaft betrieben haben: die haben es nie auf 20 Liter gebracht. Und jetzt nach dem Kriege nennen Sie mir jemanden, der über sechs Liter hinauskommt. Das bringt nur einer der besten Landwirte hervor.

Ich habe mir das vorzuführen erlaubt, damit man doch den großen Unterschied sieht, der im Krieg und im Frieden bestanden hat. Diese Relationen wirken selbstverständlich auch dabei mit, daß der Schleichhandel blüht und gedeiht, sie rechtfertigen auch den Schrei der Landwirtschaft nach der Umkehr zum freien Wirtschaftssystem. Ich bin mir vollständig klar, daß diese Umkehr nicht über Nacht herbeigeführt werden kann, daß jede solche gewalttätige Veränderung ein Unglück wäre, aber wir müssen alle mitwirken, daß wir, sobald es möglich ist, bei uns wieder das freie Wirtschaftssystem bekommen. Nur dann kann es besser werden für den Produzenten und am meisten noch für den Konsumenten, dessen sind wir alle sicher.

Es ist also auch eine ganz falsche Vorstellung, wenn man allgemein sagt, der Bauer sei reich geworden.

Ja, Verehrteste, wenn er mit diesen Banknoten heute das in seiner Wirtschaft ausbessern müßte, was während des Krieges zugrunde gegangen ist, wo würde er da hinkommen? Die Vernachlässigung jeder Wirtschaft springt ja jedem in die Augen. Nicht nur die Häuser in den Städten sind in schlechtem Zustand: schauen Sie nur, wie draußen auf dem Lande alles zurückgeblieben ist! Man muß sich halt — deutsch gesagt — sortfreiten, damit man in der jetzigen Zeit durchkommt.

Ich meine daher, Verehrteste, daß die gegenseitigen Vorwürfe nicht am Platze sind. Wir haben alle, Produzenten und Konsumenten, guten Grund, mit den heutigen Verhältnissen unzufrieden zu sein, wir müssen aber dabei mitwirken, daß diese Verhältnisse sich bessern, und sie bessern sich nicht durch gegenseitiges Beschimpfen, davon bin ich voll und ganz überzeugt. (Sehr richtig!) Auswüchse bestehen auf allen Seiten, meine Herren. Wir beschönigen nicht den Schleichhandel bei der Landwirtschaft, aber er ist erklärt durch die Verhältnisse; und ich glaube, auch die Konsumenten können solche Vorfälle nicht beschönigen, wie sie

der Kollege Loewenfeld-Ruß hier vorgeführt hat, daß zum Beispiel eine Fälschung von 300.000 Brotkarten möglich war oder daß so viel Zucker gestohlen, verhaftet und im Schleichhandel verkauft wurde. Auf beiden Seiten, Verehrteste, gibt es nicht lauter Heilige. Und klopfen wir an unser Herz: die Not ist es, die die Bevölkerung zu diesen Dingen bringt. Die Not ist es und da nützen keine Beschimpfungen, sondern wir müssen auf beiden Seiten trachten, die Verhältnisse zu verbessern.

Nun, verehrte Anwesende, möchte ich auf die Kritik der Tätigkeit meines Staatsamtes übergehen. Es ist ja bekannt, daß die Regierung in vielen Belangen heute nicht machen kann, was sie möchte, und so ist auch das Staatsamt für Landwirtschaft gehemmt. Es ist ja sehr leicht gesagt, man soll Produktionsförderung betreiben, wenn nichts da ist, womit man fördern kann, wenn es nicht möglich ist, etwas zu erreichen. Ich habe an dieser Stelle schon hervorgehoben, daß die Absperrung und der Separatismus der Länder sehr hemmend wirkt. Auch die Verteilung der Kompetenzen zwischen Ernährungsamt und Staatsamt für Landwirtschaft wirkt durchaus nicht fördernd auf die Landwirtschaft. Während des Krieges ist ja die Förderung der Landwirtschaft größtenteils auf das Ernährungsamt übergegangen und ich sage offen: ich könnte mir ein Arbeiten im Staatsamt für Landwirtschaft gar nicht vorstellen, wenn nicht der Leiter des Ernährungsamtes so entgegenkommend wäre — ich muß es offen sagen — daß man mit ihm leicht reden kann. Denn unsere Verhältnisse sind so verquickt, daß wir uns fast jeden Tag verständigen müssen, und wenn wir das nicht könnten, so wäre das für uns beide und auch für die Bevölkerung ein großes Unglück. Das wirkt auch mit, daß das nicht alles geschehen kann, was man erwarten könnte.

Der Herr Abgeordnete Stocker hat betreffs der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften betont, daß Vorschläge und auch Gesetze gemacht wurden, ohne daß sie befragt worden wären. Ich muß demgegenüber feststellen, daß im Fachbeirat, wo alle diese Körperschaften vertreten sind, mein Programm behandelt wurde. Daß es nicht möglich war, diesen Fachbeirat öfters einzuberufen, das haben die Verhältnisse gezeigt. Es konnten infolge der Verkehrsverhältnisse oft viele nicht kommen, der Arbeitsausschuß des Fachbeirates war schlecht besucht und man hat uns förmlich gebeten, wir möchten jetzt von einer solchen Beratung absehen. Viele Gesetze verdanken ihr Entstehen Initiativ-anträgen des hohen Hauses oder der Landtage. In diesen Fällen bin ich gar nicht in der Lage, die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften

Es ist zwecklos, wenn man sagt, wir sollen die Landwirtschaft fördern, zum Beispiel mit Kunstdünger, wenn man die großen Schwierigkeiten der Beschaffung kennt. Wir haben keinen Kunstdünger und wir können uns mit unserer Valuta ihn nur ungemein schwer beschaffen. In den anderen Ländern, auch in den Siegerstaaten, wurde der Kunstdünger staatlich bewirtschaftet, so daß für uns nichts übrig blieb, und wir müssen alle Mittel aufwenden, um nur einen kleinen Bruchteil für das nächste Jahr, speziell schon für diesen Herbst zu erhalten.

Es ist schwer, von Viehzuchtförderung zu sprechen, und noch schwerer, sie durchzuführen, wo wir den großen Futtermittelmangel haben, und wenn es uns heute gar nicht möglich ist, gutes Zuchtvieh zur Blutauffrischung hereinzu bringen. Womit soll man unsere Viehzucht fördern, wenn sich jeder Landwirt fürchten muß, wenn er hier etwas tut, nimmt man es ihm zu Schlachtzwecken weg. Solange hier die Not bestehen wird, läßt sich eine Förderung in größerem Stile nicht durchführen. Im Rahmen des Erreichbaren haben wir getan, was möglich war, und wir haben die Hoffnung — es wird gerade jetzt in Frankreich darüber verhandelt — daß wir für das Jahr 1920/21 circa 3000 Waggons Phosphorsäuredünger und 600 bis 800 Waggons Stickstoffdünger erhalten. Dementsprechend wird uns auch Kalidünger von Deutschland zur Verfügung gestellt werden.

Wir müssen aber trachten, daß der Staat diese Dungemittel zu verbilligten Preisen abgibt, sonst kann sich sie niemand kaufen, denn diese Preise stellen sich bedeutend höher, als man jetzt uns für das Getreide bezahlen kann. Es ist das wieder der schwierige Punkt, es muß hier der Staat eingreifen. Wir wissen ja, daß das ein gut angelegtes Kapital für die Zukunft ist. Aber wo soll unser armer Staat das alles hernehmen? Das sind die ungeheuren Schwierigkeiten.

Der Herr Abgeordnete Gabriel hat auch auf die Notwendigkeit des Genossenschaftswesens hingewiesen. Er hat wohl geglaubt, daß die Genossenschaften bisher nichts geleistet haben, als sich nur mit Preispolitik befassen. Das muß ich in Abrede stellen. Gerade die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich wenig mit der Preispolitik befaßt. Sie hatten auch die Aufbringung des Getreides nicht in dem Sinne über, wie der Herr Abgeordnete Gabriel gesagt hat, sondern sie haben es übernommen, als Kommissionäre zu fungieren, und Kollege Loewenfeld-Ruß wird beweisen können, daß diese Aktion eine glückliche war und daß die Genossenschaften hier zur vollen Zufriedenheit gearbeitet haben. Es ist uns klar, daß wir trachten müssen, das Genossenschaftswesen, soweit es möglich ist, auszubauen. (Zustimmung.) Wir müssen alles anwenden, daß das Genossen-

schaftswesen Fleisch und Blut bekommt und in unserer Bevölkerung erkannt wird. (Zustimmung.) Alle die Bestrebungen, die da gemacht werden, werden vom Staatsamt für Landwirtschaft auf das außerordentlichste unterstützt.

Was das landwirtschaftliche Unterrichtswesen anlangt, so liegt es, wie Sie wissen, zum größten Teil in den Ländern und das Staatsamt kann nur unterstützend wirken, was wir gewiß auch tun. Dem landwirtschaftlichen Versuchswesen wird im Sinne verschiedener Anregungen, die hier gefallen sind, die größte Aufmerksamkeit zugewendet, wir kennen auch seinen Wert im vollen Maße.

Der Herr Abgeordnete Schöchtnér hat hier betreffs des Veterinärwesens Vorwürfe erhoben, daß da nichts geschehen ist, und hat einige sehr bedauerliche Fälle in Niederösterreich aus der letzten Zeit hervorgehoben. Ich muß hier konstatieren, daß das Staatsamt für Landwirtschaft bisher nichts davon gewußt hat. Wenn keine Anzeige erstattet wird, können wir nicht wissen, wo ein solches Unglück geschieht. Hätten wir davon gewußt, dann wäre es unsere erste Aufgabe gewesen, einzugreifen. Als es uns zur Kenntnis kam, haben wir sofort verfügt, daß Fachkräfte hingesendet werden, um zu untersuchen, was das eigentlich für eine Krankheit ist. Denn eine solche Verheerung springt ja selbst jedem Laien so in die Augen, daß er sagen muß, eine gewöhnliche Maul- und Klauenseuche kann das nicht sein. (Zwischenruf.) Bei uns hat man nichts davon gewußt. Zwei Tage vorher hat mir der Abgeordnete Diwald davon erzählt, amtlich ist überhaupt keine Mitteilung erfolgt. Da fehlt es doch an der lokalen Stelle, daß keine Anzeige erstattet worden ist.

Es wurde von verschiedenen Seiten an der Durchführung des sogenannten Wiederbesiedlungsgesetzes Kritik geübt. Insbesondere der Herr Abgeordnete Stocker hat darauf hingewiesen, daß die sogenannte Agrarreform viel rascher durchgeführt werden sollte, der Abbau des Großgrundbesitzes müsse schleunigst in die Bahnen gelenkt werden usw. Nun ist es richtig, daß die Durchführung des Wiederbesiedlungsgesetzes auf viele Schwierigkeiten stößt. Diese Schwierigkeiten liegen aber nicht bei uns, sondern sie liegen draußen in den Ländern, weil jene Faktoren, meine Herren, die draußen zur Mithilfe bei der Durchführung berufen sind, sich sehr oft widersezen. (Hört!) Und es wird oft fühlbar, daß dort andere Interessen im Spiele sind, das muß ich hervorheben. (So ist es!) Es geht nicht an, daß uns der Vorwurf gemacht wird und in den einzelnen Ländern alles geschieht, um diese Durchführung zu verhindern, weil es vielleicht einigen interessierten Herren dort etwas an den Fragen geht, sagen wir es ganz offen heraus. (Lebhafte Zustimmung.)

Dann gibt es sehr große Arbeit. Das Gesetz ist neu und es ist erklärlich, wie bei jedem neuen Gesetze, daß da ganz unbeschränkte Ansprüche gestellt werden. Unsere Beamten müssen das ganze Material sichten und stoßen da vielfach auf Wiederbesiedlungsanträge, die ganz unrichtig und nicht akzeptabel sind, aber jeder muß eine Antwort bekommen. Da zeigt es sich schon, welche Riesenarbeit das ist, und daß man nicht so rasch darüber hinwegkommen kann. Es zeigt uns auch, daß bezüglich der Bodenreform eine gewisse Vorsicht walten muß und daß es gerade vom Standpunkte der Vertreter der Landwirtschaft sonderbar ist, wenn man darauf drängt, daß die Bodenreform schnell und fall durchgeführt werden soll. (*Lebhafte Zustimmung.*) Wenn kann es denn schaden, wenn da etwas übereilt geschieht? Nur der Landwirtschaft, in zweiter Linie erst der Produktion. Ich bin gewiß ein Freund der Bodenreform in vernünftiger Weise. Es hat einmal ein sozialdemokratischer Redner, ein hervorragender Führer der Sozialdemokratie gefragt, daß ich in dieser Beziehung fast weiter gehe, als die sozialdemokratischen Forderungen. Ich bin voll und ganz für eine durchgreifende Bodenreform, aber vernünftig, wir dürfen das Kind nicht mit dem Bad ausschütten (*Sehr richtig!*) und müssen uns immer vor Augen halten, wenn es sich um den Abbau des Großgrundbesitzes handelt, daß im jetzigen Österreich kaum 0,6 Prozent Großgrundbesitz sind und von diesem der größte Teil Waldbesitz. Das sagt uns schon, daß wir hier gar nicht die Erfolge erwarten können, die sich viele Idealisten vielleicht erhofft haben. Ich habe es für notwendig gefunden, das auszuführen, damit hier keine verkehrte Ansicht über die Tätigkeit der Regierung und des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft besteht.

Ich möchte jetzt mit ein paar Worten zu einem anderen Kapitel, zur Pferdezucht, übergehen. Die Pferdezucht ist in unserem kleinen Vaterlande, das so arm an allen Schäden und Einnahmsquellen ist, ein Teil des Wirtschaftslebens, auf den wir alle Rücksicht nehmen müssen. Sie wird immer eine gute Einnahme für unseren Staat bilden und die ganze Volkswirtschaft wird davon Nutzen ziehen. Wir haben im großen ganzen die Kalthutzucht in Österreich und da haben wir einen Pferdeschlag, der originell in ganz Europa ist, das norische Pferd. Wir müssen alles aufwenden, daß da geschehe was möglich ist. Auch die Bevölkerung ist hier sehr eifrig und wir können erwarten, daß, wenn die Kriegsschäden getilgt sind, unsere Pferdezucht einen großen Aufschwung nehmen wird.

Die großen Pferdepreise sind heute zum Teil bei der Beschaffung des Pferdematerials hinderlich. Das wird sich mit der Zeit regeln. Aber wir müssen auf die Pferdezucht ein großes Augenmerk lenken. Die sporadischen Gebiete unserer Warmblut-

zucht können wir nicht vernichten. Wir haben zwei schöne Staatsgestüte mit ausgezeichneten Exemplaren, die große Vermögenswerte repräsentieren. Wir können uns glücklich schäzen, daß wir sie haben. Wenn wir später wieder einmal Militärpferde brauchen, wird es unbedingt gut sein, wenn wir sie im Inlande beschaffen können und nicht mit furchtbar großen finanziellen Mitteln aus dem Auslande beziehen müssen.

Was die Rindviehzucht anbelangt, so habe ich mir schon erlaubt, darauf hinzuweisen, daß ihre Förderung erst vielfach möglich ist, wenn wir wieder normale Verhältnisse in unserer Ernährung haben.

Was die Landarbeiterfrage betrifft, so habe ich im Einvernehmen mit dem Staatsamt für soziale Verwaltung dem Hause in letzter Zeit einen Gesetzentwurf, betreffend die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter, vorgelegt und wir hoffen dessen baldigste Erledigung. Es ist selbstverständlich, daß wir der Landarbeiterfrage alle Aufmerksamkeit zuwenden müssen, denn von ihr hängt sehr viel für die Produktion und auch für den Konsum ab. Denn wenn wir keine Arbeitskräfte haben, nützt uns alles nichts. Ich muß auch hervorheben: Wenn es immer heißt, daß es die landwirtschaftlichen Arbeiter bei den Bauern so schlecht haben, so ist das ein großer Widerspruch zu der Behauptung, daß auf dem Lande alles so gut lebt. Wenn man von der Lohnziffer allein spricht, so muß ich schon offen sagen, daß man darüber hinweggehen will, was heute die Ernährung bedeutet. Ich beneide keinen Industriearbeiter und auch kein landwirtschaftlichen Arbeiter, der vernünftig ist, wird einen Industriearbeiter um seinen großen Lohn beneiden, da er sich doch selbst das Essen beschaffen muß. In der Landwirtschaft hat der Arbeiter eine kräftige Kost. Machen wir die Verhältnisse nicht schlechter als sie sind: In der Landwirtschaft ist es heute und war es während des ganzen Krieges zu leben, nicht nur für den Bauer, sondern auch für den Arbeiter, denn der Arbeiter hat an dem gleichen Tische gegessen wie der Bauer. (*Abgeordneter Bretschneider: Es ist ein großer Unterschied!*) Da ist wenig Unterschied. Wir haben auch Vorsorge betreffs der landwirtschaftlichen Arbeitervermittlung getroffen, die uns große Schwierigkeiten bietet, speziell bei den Saisonarbeitern in den Gegenden, wo Zuckerrübe gebaut wird. Aber es wird auch heuer möglich sein, diese landwirtschaftlichen Saisonarbeiter zu erhalten.

Nun muß ich noch auf ein Kapitel eingehen, das einer der Herren Redner, der Abgeordnete Schöchtnar, einer schweren Kritik unterzogen hat. Er hat dem Staatsamt für Landwirtschaft den schweren Vorwurf gemacht — und dieser Vorwurf gilt gewiß auch meiner Person —, daß wir durch Holzabstöckungsverträge an dem Staat ein Verbrechen begehen und er hat das Gebiet Reichraming

besonders hervorgehoben. Ich muß die Geduld des hohen Hauses etwas in Anspruch nehmen, um die Verhältnisse, wie sie dort sind, zu schildern. Ich möchte mich speziell zuerst mit diesem Fall befassen und erst dann das Forstwesen im allgemeinen besprechen.

In dem Bezirk Reichraming war in den fünf Friedensjahren von 1909 bis 1914 der durchschnittliche Einschlag pro Jahr 32.000 Festmeter und ein reiner Erlös pro Festmeter von 270 K. In den fünf Kriegsjahren war ein jährlicher Einschlag von 12.007 Festmeter und ein Erlös pro Festmeter von 950 K. Diese niederen Ziffern müssen uns schon sagen, daß dort besondere Verhältnisse sein müssen. Es ist dort ein unwegsamer Gebirgskessel, wo das Holz nur mit Trift gebracht werden kann. Diese Trift geht durch große Felsen, daher wird das Holz sehr beschädigt und das Hartholz gerät, wie jeder Fachmann wissen wird, vielfach in Verlust, weil Hartholz zu tristen fast vollständig unmöglich ist. Deshalb haben sich schon ab 1909 Experten damit befaßt, wie man dieses Gebiet ausschließen soll. Es wurde festgestellt, daß eine Waldbahn dort das einzige Mögliche ist und die Kosten wurden auf zirka 600.000 K veranschlagt. Diese Kostenrechnung samt dem betreffenden Antrag wurde, wie aus den Akten ersichtlich, dem Finanzministerium vorgelegt. Das Finanzministerium hat sie zurückgewiesen mit der Motivierung, daß die Investition in keinem Verhältnis zu dem Erfolge steht. So stand die Sache, Verehrteste, nach dem Zusammenbruch. Dieses Gebiet ist von Brinngungsmitteln vollständig entblößt. In den letzten Jahren während des Krieges waren noch zum Unglück große Windwürfe, die viele Verheerungen zur Folge hatten, denn die Windwürfe mußten liegenbleiben und der Borkenkäfer war die Folge. Es hat sich nun darum gehandelt, rasch etwas zu tun. Die Staatsforstverwaltung hatte die Mittel nicht, um hier Wandel zu schaffen. Es ist auch ganz unverständlich, daß mit vorübergehenden Aushilfen etwas gemacht werden kann, sondern man muß etwas Dauerndes schaffen, um die Holzmengen herauszu bringen. Die jetzige Investition hätte zirka 20 bis 25 Millionen Kronen erfordert. Es ist ganz erklärlich, daß es lange Zeit brauchen würde, bis der Staat diese Mittel aufbringt, bis ein Einvernehmen gepflogen wird, und daß es ungemein schwer ist, mit dem Staatsamt für Finanzen hier zu einer Einigung zu gelangen, weil immer wieder der Einwurf besteht, daß die Investition zu dem erzielbaren Nutzen in keinem Verhältnisse steht. Deshalb war es notwendig, die Privatiniziative heranzuziehen. Wir haben getrachtet, die inländische Industrie zur Mitwirkung heranzuziehen, eine bodenständige Unternehmung, die leistungsfähig und vertrauenswürdig genug ist, zur Durchführung des Projektes einzutreten.

spannen. Die Erfahrung lehrt nämlich folgendes. Es sind eine Menge Holzvergebungen erfolgt, bei denen nur das Holz, das leicht bringbar war, herausgeholt wurde; was schwer bringbar war, blieb dagegen liegen. Das Unglück war dann natürlich noch größer als zuvor. Es wurde nun mit einem solchen Konsortium ein Vertrag abgeschlossen. Der Herr Abgeordnete Schöchtner hat sich zu bemerkenswert erlaubt, daß dieses Konsortium einen Vertrag auf 20 Jahre ohne Risiko erhalten hat und einen Stockpreis, der ganz minimal ist, nämlich 160 K, wovon noch die Bringungskosten abzuziehen sind. Er hat sogar das Datum angeführt, wann dieser Vertrag geschlossen wurde. Das beweist mir, daß er von dem Vertrag genaue Kenntnis hat. Ich muß daher staunen, daß er es für gut befunden hat, alles andere hier unwahr darzustellen, nur das Datum war richtig. (Hört! Hört!) Die Sache war so: Dieses Konsortium hat das große Risiko, die Bringungsanlagen mit vielen Millionen Kosten zu erbauen. Daß sich niemand hergibt, solche Anlagen zu erbauen, die 25, 30 Millionen kosten, wenn man sagt, nun, zwei, drei Jahren kannst du das Holz haben, ist klar. Der Bau der Investitionen dauert bei den heutigen furchtbart schweren Verhältnissen allein fünf bis sechs Jahre und ist bei den ungeheueren Eisen- und Schienenpreisen sehr kostspielig. Das muß jeder wissen. Ferner hat nicht das Staatsamt den Vertrag abgeschlossen — das ist die Haupt- sache — zu fixen Preisen, sondern der Stockpreis von 160 K wurde nur für dieses Jahr vereinbart, und zwar größtenteils für Holz, das schon jahrelang dort liegt und sehr fehlerhaft ist; es ist auch nicht ein Preis, wo die Bringungskosten abgerechnet werden, sondern die 160 K sind der reine Stockzins ohne Abzug. In Zukunft wird der Stockpreis alljährlich neu festgesetzt werden, und zwar nach den Marktpreisen des Holzes (Hört! Hört!), und wenn solche Marktpreise nicht zu eruieren sind, ist zur Festsetzung des Preises ein Schiedsgericht berufen, bestehend aus zwei Mitgliedern der Gesellschaft, zwei Mitgliedern der Staatsforstverwaltung und ein fünftes Mitglied ernannt der Staatssekretär für Landwirtschaft. Es sind also drei gegen zwei. Ich glaube daher, das Interesse des Staates ist in dieser Beziehung wohl genügend geschützt und zudem ist der Staat noch am Reingewinne des ganzen Unternehmens mit 20 Prozent beteiligt. Ich sage offen, meine Verehrten, ich habe nur das eine Bedenken, daß die jetzigen widrigen Verhältnisse sich so verschlechtern könnten, daß es auch dieser Gesellschaft schwer möglich sein wird, das durchzuführen. Das ist meine Sorge, eine andere Sorge habe ich für den Staat nicht. Ich glaube, daß dieser Vertrag — und selbst die ersten Fachleute haben gesagt, daß er ein Fachvertrag ist, wie er noch nie

gemacht wurde — die Interessen des Staates am weitestgehenden schützt. Ich habe mich mit Fachleuten besprochen und nur mit Rücksicht darauf habe ich ihn so aufgebaut und wurde dieser Vertrag abgeschlossen.

Wie wird nun in der Zukunft nach diesem Vertrage die Holzbringung aussehen? Meine sehr Verehrten, nach diesem neuen Vertrage hat der Staat jährlich eine Reineinnahme nur vom Stockzins von 3,700,000 K aus diesem Forste. Bisher konnte aus den Einnahmen kaum die Verwaltung bezahlt werden. So steht die Sache und ich überlasse es der Beurteilung des hohen Hauses, wer da recht hat. Ich muß aber mein Bedauern darüber aussprechen, daß der Herr Abgeordnete Schöchtnner nur die Ziffer des Datums richtig genannt, alles andere aber unwahr dargestellt hat. (Zwischenrufe.) Ich habe gesehen, daß er das vom Blatt heruntersieht, er muß also in dieser Beziehung sehr schlecht informiert gewesen sein. Mir sind auch diese Angriffe klar, ich habe sie aber nicht von dieser Seite erwartet, am allerwenigsten von einem Bauer, weil ich mir gedacht habe, der hat einen geraden Sinn, der versteht das, der fällt auf so etwas nicht hinein.

Es ist mir ja auch bekannt, daß die Großdeutsche Vereinigung vor geraumer Zeit einen Antrag gestellt hat, in welchem sie einen Überwachungsausschuß gerade für die Verträge in meinem Staatsamte verlangt. Sie hat sich darauf berufen, daß dieser im früheren Staate bestanden hat. Gerade als diese Kommission dort bestanden hat, wurden Verträge abgeschlossen, deren Auflösung zu beantragen ich gezwungen war. So hätte der Staat, zum Beispiel bei einem Vertrage 248.000 Feetmeter Holz zu einem Preise von 20 oder 25 Kronen nachliefern müssen. So waren diese Verträge trotz dieser Kommission beschaffen.

Meine Verehrten, es war mir ja erklärlich, daß ich den Zorn gewisser Elemente entfehl habe, als ich einerseits diese Auflösung beantragen mußte (Zwischenrufe) und bei dieser Vergebung diese Elemente ausgeschaltet habe. Mir schwelt halt vor, daß es nicht angeht, daß gewisse Monopolisten da wirtschaften (Beifall und Händeklatschen), die allein berufen sein wollen, unsere Staatsforste auszubeuten. (Zwischenrufe.) Die vorgebrachten Angriffe sowie dieser Antrag scheinen mir darauf hinzuweisen, daß die Information nur von diesen Kreisen gekommen ist. (Zwischenrufe.) Denn sonst hat niemand daran ein Interesse. Ich betone hier das eine: So lange ich auf diesem Platze bin, werde ich mich nicht hingeben, die geringen Schätze, die unser Staat hat, in diese Hände auszuliefern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Niemals, und Sie können mich angreifen, wie Sie wollen; ich werde trachten, daß

die heimische Bevölkerung daran Gewinn und Verdienst hat und daß der Staat davon seinen Nutzen zieht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich kann es verantworten vor aller Welt und ich werde es auch ruhig verantworten, wenn mir auch die Mitglieder der Großdeutschen Partei das Vertrauen bisher nicht ausgesprochen haben. Ich hätte auch keinen Stolz darauf, wenn sie es getan hätten. (Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Waber: Sprechen Sie lieber als Staatssekretär und nicht als Parteimann! — Zwischenrufe.) Ich spreche hier als Staatssekretär. (Abgeordneter Dr. Waber: Dann unterlassen Sie solche Bemerkungen!) Sie haben mich, aber persönlich angegriffen, ein persönlicher Angriff scheint mir das Gehässigste zu sein. Ich bedaure, daß ich mich von dieser Stelle aus persönlich verteidigen muß, denn ich habe keine Gelegenheit, es anderswo zu tun. Sie müßten mich als Feigling bezeichnen, wenn ich es nicht tun würde. (Zwischenrufe.)

Nun noch einige Bemerkungen über die Forstverwaltung im allgemeinen. Die Verhältnisse, wie sie zu Beginn seiner Rede der Herr Abgeordnete Schöchtnner geschildert hat, sind vollkommen richtig. Wir haben die desolatesten Verhältnisse in unseren Staatsforsten. Auch hier hat eben der Krieg gewütet. Denken Sie zum Beispiel an das Militärära. Es hat große Gebiete übernommen und hat dort Holz schlägern lassen, und wie das Militär dort gewirtschaftet hat, das weiß man ja. Die Leute haben das Holz, das sie geschlägert haben, liegen gelassen. Im Weyrer-Bezirke wurde eine Waldbahn von $5\frac{1}{2}$ Kilometer Länge gebaut und bevor man sie noch in Betrieb gesetzt hat, wurde sie wieder abgebrochen und es ist nichts geschehen. Das Holz in diesen Kesseln ist nun liegen geblieben und dazu kamen noch die unglückseligen Windwürfe. Deshalb haben wir auch die großen Verheerungen durch den Borkenkäfer nicht nur in Reichraming, sondern auch in anderen Wirtschaftsbezirken, und es ist nun meine große Sorge, daß wir diesen Schädlingen des Waldes genügend vorbauen, wo er vorkommt. Wir haben erst vor einer Woche einige Fachleute, einen Professor von der Hochschule für Bodenkultur, hinausgesendet, um unserer Verwaltung zu sagen und Vorschläge zu machen, wie dieser Gefahr vorgebeugt werden kann. Die Sache ist äußerst schwierig. Der Herr Abgeordnete Schöchtnner hat auch den Minderertrag unserer Forste trotz der jetzt so hohen Holzpreise bemängelt. Ich möchte betonen, daß der jetzige Voranschlag schon vor mehr als einem Jahre aufgestellt wurde, daß also die jetzigen Verhältnisse nicht in Betracht kommen und daß dieser Überschuß aus den Forsten eigentlich nicht mehr stammt, daß er gewiß größer wäre, wenn man die heutigen Verhältnisse zugrundelegt. Wenn ich die jetzigen

Verhältnisse betrachte, so glaube ich, daß wir doch einen großen Fortschritt konstatieren können.

In dem Präliminare von 1919/20 ist trotz der tristen Verhältnisse der Gesamteinschlag mit 1,148.000 Festmeter, hieron sind Servitutsholz 262.000 Festmeter, sonach Holzverkauf 868.000 Festmeter. In dem Präliminare für das nächste Jahr ist um eine Million mehr als Einschlag angegeben, das Servitutsholz bleibt sich gleich und der Verkauf ist auf 1,033.000 Festmeter festgelegt. So sehen wir schon in diesen Ziffern, wie weit in diesem Jahr die Gewinnung des Holzes in den Staatsforsten fortschreiten wird, trotzdem die Verhältnisse sich nicht sehr wesentlich bessern könnten, weil in allen Forsten die Bringungsmittel vollständig fehlen. Man hat es verabsäumt — und das kann die jetzige Regierung nicht nachholen —, zu einer Zeit, wo es eine Spielerei gewesen wäre, Waldbahnen zu bauen und die Triften auszubauen. Man hat sich damit begnügt, daß die Staatsforste kaum das getragen haben, was sie kosteten, und deshalb können wir heute nicht nachhelfen, um das Holz dort zu gewinnen.

Die Einnahmen und Ausgaben werden sich in diesen beiden Jahren folgendermaßen stellen:

Im Betriebsjahr 1919/20 sind die Ausgaben mit 17,600.000 K, die Einnahmen mit 32,300.000 K präliminiert, der Überschuß mit 15,700.000 K. Im nächsten Jahr haben wir an Ausgaben 109 Millionen, an Einnahmen 201 Millionen und einen Überschuß von 92 Millionen Kronen präliminiert. In diesen Ziffern ist, glaube ich, schon festgelegt, daß die Holzproduktion in den Staatsforsten eine bedeutend günstigere ist und daß gewiß auch die heutigen Preisverhältnisse hier in Rechnung gezogen sind. Meine Herren! Mit diesem Steigen der Holzpreise hat aber auch das Steigen der Arbeitslöhne und aller Bedarfssartikel gleichen Schritt gehalten, und auch der Staat kann hier nicht zurückhalten. Wir haben enorme Kostenaufwände, wie zum Beispiel beim Fuhrwerk und den Bringungskosten, daß gewiß ein solcher Mehrgewinn ins Auge fallen mußte, wenn in einem Jahre die Produktion um 147.000 Festmeter, das ist um 14 Prozent gesteigert wird. Unter diesen Verhältnissen, wie ich sie eben geschildert habe, ist gewiß ein Erfolg zu verzeichnen. Es dürfte kaum ein Zweig der Volkswirtschaft eine so effektive Steigerung zu verzeichnen haben, wie gerade die staatliche Forstwirtschaft; ein Beweis dafür, daß ihre Verwaltung sich seit dem Umsturze wesentlich gebessert hat. Ich stehe aber nicht an zu erklären, daß eine Reorganisation der Forstverwaltung unabweislich ist, daß sie aber auch nicht über Nacht durchgeführt werden kann.

Während der Voranschlag des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1919/20 mit einem Überschuß von rund 15,000.000 K

schloß, kann ich pro 1920/21 dem Staatsamt für Finanzen einen Voranschlag übermitteln, der, trotzdem ich nur für Zwecke der Förderung der Landesfultur um 30,000.000 K mehr beanspruche, mit einem präliminierten Einnahmenüberschuß von 24,500.000 K schließt. Wenn auch die Rückwirkungen der Bevölkerungsreform einen Teil des präliminierten Überschusses aufzehren werden, so wird doch der bisher nie dagewesene Fall sich ereignen, daß das Budget des Landesfulturamtes ohne Ausgabenüberschuß abschließt.

Diese Ziffern beweisen mehr wie alles andere, daß die gehässige Kritik, die hier geübt wurde, doch nicht ganz gerecht war. (Ruf: *Vertrag Glessinger!*) Es ist sehr unangenehm, Privatpersonen hier in einer öffentlichen Rörperschaft in Diskussion ziehen zu wollen. Ich bin zu jeder Auskunft gerne bereit. Der berüchtigte Vertrag Glessinger wurde vom früheren Ackerbauministerium geschlossen und von der jetzigen Regierung aufgehoben. So steht die Sache. (Hört! Hört!) Das ist wahr und mehr nicht. Sie werden es mir erlassen, mich hierüber weiter zu äußern. Es ist nicht schön, wenn wir Privatverhältnisse hier in Erörterung ziehen. Es ist auch nicht in der Ordnung.

Hohes Haus! Ich werde mich trotz dieser Angriffe selbstverständlich nicht irre machen lassen, auf dem Wege fortzuschreiten, der mir gewiesen ist, und auf den mich das Vertrauen, nicht nur der Klubkollegen, sondern der überwiegenden Mehrheit des Hauses geführt hat. (Bravo! Bravo!) So lange ich auf diesem Posten stehe, werde ich unentwegt bestrebt sein, zur Förderung der heimischen Produktion soweit es mir möglich ist, beizutragen und hoffe, damit unserer Volkswirtschaft am besten zu nutzen und unserem schwergeprüften Staat in dieser schweren Stunde zu dienen.

Ich möchte noch einmal an beide Seiten des Hauses, an die Vertreter der Arbeiterschaft und an die Vertreter der Landwirtschaft appellieren. In dieser Beziehung müssen wir Frieden schließen, auch unsere Arbeiter und Bauern. (Lebhafter Beifall.) Wir sind die beiden arbeitenden Stände und wir müssen uns verstehen, ob wir uns verstehen wollen oder nicht. Unser Staat ist in erster Linie auf diese Stände angewiesen. Wir bessern nichts mit den gegenseitigen Angriffen, wir können nur etwas verschlechtern. Auseinander sind überall. Helfen Sie, Vertreter der Arbeiter, daß der Bauer produzieren kann; das ist das Beste für die Arbeiterschaft und auch für die Konsumenten. Und ich appelliere an meine Freunde, an die Vertreter des Bauernstandes: Seien wir vernünftig und gönnen wir dem Arbeiter sein Brot und helfen wir ihm, daß er sein Brot genießen und auch bezahlen kann! Mit diesem Wunsche schließe ich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Hirsch; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Hirsch: Hohes Haus! Es wurde schon so ausführlich, und zwar pro und kontra, über die Landwirtschaft gesprochen. Ich will bereits Gesagtes nicht wiederholen, sondern nur kurz auf die Bedeutung des Bauernstandes auch für die Konsumenten, auf seine Bedeutung für das Vaterland hinweisen und auch darauf, daß dem Bauernstande auch eine unverdiente Mißachtung zuteil wurde. Ich will auch auf die Wichtigkeit des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft hinweisen. Der Herr Abgeordneter Kutschak hat am 29. April in seiner Rede, welche er anlässlich der Budgetdebatte über das Kapitel des Staatsamtes des Innern hielt, in zutreffender Weise hervorgehoben, daß er für das wichtigste Amt das Staatsamt des Innern betrachte und er hat dies damit begründet, daß das Staatsamt des Innern für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit seiner Staatsbürger die Verantwortung trägt und daß es das Leben, Eigentum, die Freiheit und Ehre der Mithörer ohne Unterschied der Nation, der Partei, des Standes und Berufes zu schützen hat. Herr Kutschak hat tatsächlich mit seiner Anschauung mehr als recht.

Diese Pflicht der Regierung ist in den Artikeln 5, 8 und 9 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 klar zum Ausdruck gebracht, indem es dort heißt: das Eigentum ist unverzichtlich, das Hausrecht ist unverzichtlich, die Freiheit ist gewährleistet.

Der Staat hebt von seinen Bürgern die Steuern ein und hat dafür als Gegenleistung die heiligste und unabsehbare Pflicht, seine Staatsbürger gegen jedes Unrecht zu schützen.

Unter Hinweis auf diesen Pflichtenkreis hatte Herr Abgeordneter Kutschak mehr als recht, wenn er die Wichtigkeit des Staatsamtes des Innern besonders hervor hob. Ich pflichte ihm in dieser Anschauung vollkommen bei. Ich bin aber der Meinung: wichtiger noch als das Staatsamt des Innern, welches für die Ruhe und Ordnung zu sorgen hat, ist das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft, in dessen Reichtum die Erzeugung der Bodenprodukte, die Hebung der Viehzucht, die Volksernährung, die Beschaffung des täglichen Brotes und die Erhaltung des Bauernstandes gelegt sind.

Diese meine Anschauung begründe ich dadurch, daß ich sage: würde man den Bauernstand zu grunderichten, so würde nicht nur die Viehzucht absterben, sondern alle Bedarfssartikel des täglichen

Lebens würden aufhören und es würde sofort eine Hungersnot und auch gleichzeitig eine Hungerrevolte einzusetzen, welche ohne Nahrungsmittel keine Staatsautorität, kein Staatsamt des Innern und keine Macht der Erde zu bezwingen in der Lage sein würde, sondern es würde Tod und Verderben nach allen Richtungen bei Bürgern und Bauern hereinbrechen und deshalb halte ich den Bauernstand für so wichtig, weil die Ernährung von ihm abhängt. Und ich halte auch das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft für so wichtig, weil das Wohl und Wehe des Bauernstandes diesem Amt anvertraut ist, jenes Nährstandes, welcher nebst seinem beispielgebenden Arbeitsfleiß auch immer ein katholischer und staatserhaltender Stand Gott sei Dank heute noch ist. Der Bauer hat auch alle Ursache, katholisch zu sein; denn sein ganzes Vermögen, seine Existenz ist zumeist die Ernte im Felde, über welcher sich kein Dach befindet und an welcher er auch kein Anhängeschloß anmachen kann, sondern er ist einzige und allein auf die Ehrlichkeit seiner Mitmenschen und auf das siebente Gebot angewiesen, wo es heißt: Du sollst nicht stehlen! Außerdem gibt es noch ein katholisches Sprichwort, welches sagt: Was du nicht willst, daß dir geschieht, das tue auch dem andern nicht! Zudem sieht er mit eigenen Augen die Saat, die er selbst mit eigener Hand in die Erde gelegt, heranreifen, bis die Sichel unter seiner Führung ihre Schuldigkeit tut und die Frucht seiner Arbeit als Ernte einbringt. Und ich möchte den Bauern kennen, der nicht am Erntefeste sagte: Gott sei Dank, daß ich in diesem Jahre von Hagel, Frost und Ungewitter verschont geblieben bin, und nicht an seinem Angstruf denken würde, den er oft zum Himmel empor sandte, als schwere Gewitter Unheil verkündeten, in dem Gebete, der Herr möge die Früchte der Erde geben und erhalten.

Trotz dieser guten Eigenschaften, welche der Bauer hat, hat er von jeher und bis auf den heutigen Tag nichts gegolten und wird gewissermaßen als Staatsbürger zweiter Güte behandelt, was ich kurz an einigen Beispielen zeigen werde. Wenn der Bauer seinen Buben über Anraten des Lehrer oder Katecheten in eine höhere Schule geschickt hat und der Bub entsprach dort in irgend einem Gegenstande nicht, so ist es leider nicht selten vorgekommen, daß der Lehrer oder Professor zu ihm sagte: Geh' wieder nach Haus zu deinem Vater, nimm die Mistgabel in die Hand, du bist ein minder auffassungsfähiger, unbekleideter Bauernbub, du taugst nicht zum Studieren! Daß solche Worte verleidend für einen jungen Menschen sind, begreifen Sie alle. Ein weiteres Beispiel! Wenn der Bauer zur Behörde, zur Bezirkshauptmannschaft oder Statthalterei wegen einer Klusfunkt gekommen ist, hat man ihn vollständig ignoriert, und wenn er

sich endlich den Mut nahm, näher zu treten und zu fragen, ob er die Auskunft endlich haben könne, wurde er angefahren, er solle sich die Auskunft bei seinem Gemeindevorsteher holen. Der Beamte sagte, er habe keine Zeit, er müsse den Referenten, den Hofrat X. oder den Baron Y. empfangen. So stehen die Dinge. Wie es beim Militär war, davon will ich gar nicht reden. Welch eine Lawine von Schimpfworten, die ich hier gar nicht wiedergeben kann, wurden oft von den Vorgesetzten bei der Ausrüstung, beim Rapport, bei der Visite, bei Übungsmärschen, bei jeder passenden Gelegenheit über die Bauernburschen losgelassen. Selbst während des Krieges hat man diese Unsitte weiterbehalten, obwohl gerade die Bauernburschen es waren, welche mit beispiellosem Heldenmut, mit Tapferkeit und Liebe die teure Heimat vor dem Eindringen der Feinde geschützt haben. Man machte bei den Bauern nicht halt, man ging sogar zu seinem Dienstboten und sagte: Du wirst doch nicht beim Bauer bleiben, geh' in die Fabrik oder in die Stadt, dort hast du eine viel kürzere Arbeitszeit, dort wirst du besser bezahlt, hast viel mehr freie Zeit und brauchst dir nicht viel gefallen zu lassen! Mancher knecht hat sich tatsächlich an mich gewendet und gesagt, er habe gehört, in der Fabrik oder als Lohndiener bekomme man mehr Lohn als auf dem Lande und hat gefragt, was er machen solle. Ich habe ihm wörtlich gesagt: Danken Sie Gott, daß Sie bei der Landwirtschaft Geist und Körper gesund und frisch erhalten und, wenn Sie auch tatsächlich in der Fabrik oder in der Stadt mehr Lohn erhalten und weniger zu arbeiten brauchen, vergessen Sie niemals, daß Sie sich beim Bauer täglich satteßen und nach des Tages Mühen auf sicherer Liegestätte zur Ruhe begeben können. Diese Heze wurde manchmal von Leuten betrieben, die keinen Posten verschaffen konnten, nicht einmal eine Unterkunft oder ein Mittagessen zu bieten in der Lage waren. Auch die Regierung hat der Bauernschaft keine Aufmerksamkeit geschenkt. Für alles hatte man Geld, alles hat man früher bewilligt, nur die landwirtschaftlichen Artikel wollte man nicht erhöhen. Es wurde schon erwähnt, daß man Kartoffeln um 2 K bei den Bauern requirierte.

Wir haben dieselben Kartoffeln in Steiermark zu 12 K 50 h als Saatgut oder Speisekartoffeln zurückkaufen können. Ebenso ist es auch mit dem Getreide. 2 K hat man dem Bauer gegeben und schauen Sie einen Laib Brot an: wie viel Edelgetreide ist da dabei — und das kostet 5 K. Darum muß ich den Vorwurf, der von einem Herrn von der sozialdemokratischen Partei gemacht wurde, daß die Bauern schuld daran sind, wenn nicht viel Land bebaut wurde, mit Entschiedenheit als Vertreter der Landwirtschaft zurückweisen. Ich frage Sie: Wer war es, der während der vier

blutbefleckten und tränенreichen Kriegsjahre den heimatlichen Boden bebaut hat? Greife, Kinder und Bauernfrauen waren es, die, nachdem die Männer alle eingerückt, Tag und Nacht gearbeitet haben, um das tägliche Brot sowohl für den Mann im Schützengraben als auch für die Bevölkerung im Hinterlande zu beschaffen. Dieser Anwurf, daß die Bauern ihre Pflicht nicht getan haben, ist daher gewiß unberechtigt. Und wenn man immer sagt, daß der Bauer so sehr mit den Preisen in die Höhe geht und nicht erst jetzt, wo die Lohnerhöhung eingetreten ist, so frage ich: wann sind die Schuhpreise gestiegen? Wann sind die Anzüge teurer geworden, wann die Krampen und Schaufeln? Die Getreidepreise aber sind bis zur jetzigen Stunde — es besteht zwar Aussicht auf eine Erhöhung — ganz gleich geblieben. Diese Anwürfe sind also nicht berechtigt.

Hohes Haus! Die Interesselosigkeit gegenüber der Landwirtschaft ist gerade in Steiermark in wirklich greller Weise zum Ausdruck gekommen. Darauf geben die Ziffern über Güterschlächterei und Landflucht in Steiermark traurige Aufschlüsse. In den zehn Jahren von 1900 bis 1910 wurden in Steiermark 2696 Bauergüter im Ausmaße von 46.000 Hektar freiwillig verkauft und 1770 Güter im Ausmaße von 15.000 Hektar zwangsläufig versteigert. Es sind also in diesen zehn Jahren 3 Prozent der Gesamtfläche der bauerlichen Wirtschaft entzogen worden. Der Bauernstand hatte gewiß bei uns kein exfreudisches Dasein. Er war förmlich eingekleilt zwischen der Industrie und den ihm feindlich gesinnten Konsumenten. Bernachlässigt von Parlament und Regierung, bedrückt von hohen Steuern und Umlagen, geringgeschätzt von den Behörden und deren Organen, war das Los des Bauernstandes gewiß nicht gar so angenehm. Erst der Krieg hat uns mit Flammenschrift gezeigt, daß der Pflug und der Dreschflegel weit wichtiger sind als Maschinengewehre, Kanonen und die glänzenden Uniformen. (So ist es!) Und während des Krieges ist man oft auch den Arbeitern oder Beamten näher gekommen. Da hätte mancher, der sich früher immer verächtlich über den Bauer ausgedrückt hat, gern die schwielige Hand des Bauern gedrückt, wenn er nur seinen Rückack ordentlich angefüllt hätte.

Nun, meine Herren, nachdem die Ernährungsfrage gegenwärtig die wichtigste aller Fragen ist, so ist es wohl auch eine der vornehmsten Pflichten des Staatsamtes für Landwirtschaft, alles daranzusetzen, um dem Bauer, wo immer nur möglich, unter die Arme zu greifen und dahin zu wirken, daß auch seine Artikel im Verhältnis zu den übrigen Artikeln den richtigen Preis erhalten. Es wäre auch im Interesse der Landwirtschaft gelegen, wenn von Seiten der Regierung darauf gesehen würde, daß alle arbeitsfähigen Leute auch wirklich zur Arbeit

verhalten würden, und wenn es nicht anders möglich ist, sogar durch Einführung eines Arbeitszwanges. In den Städten hungern die Menschen, legen die Hände in den Schoss und glauben, daß die Lebensmittel schon vom Auslande hereinkommen werden. Auf dem Lande aber gehen Milliardenwerte verloren, liegen Tausende von Hektaren brach, weil uns die Hände fehlen, um das Land zu bearbeiten oder die Ernte einzusammeln. Daher möge sich allgemein die Erkenntnis Bahn brechen, daß wir alle ohne Ausnahme arbeiten müssen. Denn nur durch der Hände Fleiß können wir uns aus dieser unserer trostlosen wirtschaftlichen Not herausarbeiten; denn die Hände sind heute unser einziges Kapital, welches positive Werte schafft und uns auch zu größerem Ansehen im Auslande verhelfen kann. Darum solle man alle Schieber, Schleicherhändler und alle unbefugten Händler sowie alle Müßiggeher sammeln und den arbeiterbedürftigen Betrieben zuteilen.

Ich fühle mich als Vertreter der Landwirtschaft verpflichtet, die verantwortlichen Stellen auf diese zum Himmel schreienden Unzufriedenheiten aufmerksam zu machen und die Bitte vorzutragen, es möge von seiten der Regierung alles getan werden, daß solche Übelstände womöglich abgeschafft werden und daß man den Landwirten jene Aufmerksamkeit zuwende, die sie verdienen. Der Bauer, der sein ganzes Leben in Mühe und Arbeit vollbringt und der gewiß auch dem Vaterlande seine besten Söhne geopfert hat und von dem alle Menschen leben müssen, ist der größten finanziellen Opferwert, weshalb ich und sicher auch die übrigen Vertreter der Landwirtschaft für die Annahme der Kapitel 19 und 20 stimmen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Straffner.

Abgeordneter Dr. Straffner: Hohes Haus! Die bisherigen Ausführungen, die wir beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft und Vollernährung gehört haben, geben ein recht bereutes Zeugnis für die große Not, die in unserem Staate herrscht. Wir sind von dieser Not eigentlich nicht so sehr überrascht, denn die Grundlagen dieser Not sind die Friedensbedingungen, die uns auferlegt worden sind. (Zwischenruf.) Vielleicht war die Antwort anders, als Sie erwartet haben. Die Friedensbedingungen, die uns auferlegt worden sind, bilden die Grundlage für die Not, die herrscht. Ich hätte daher vermutet, daß einer der Redner der Mehrheitsparteien darauf hingewiesen hätte, wo eigentlich die Ursachen unserer gegenwärtigen Not liegen. Es ist dies nicht geschehen und ich finde ja auch eine Begründung dafür; denn die Herren werden doch nicht über die

Friedensbedingungen schimpfen, die Sie allerdings als unannehmbar erklärt, denen Sie aber zugestimmt haben. (Abgeordneter Schiegl: Hätten wir weiter Krieg führen sollen?) Wenn Sie wollen, daß wir sehr lange reden, bin ich recht gerne bereit, auf jeden Zwischenruf zu antworten.

Gestatten Sie mir, daß ich feststelle, daß, wenn ich boshaft sein wollte, ich aus den Reden der Linken und der Rechten eigentlich am besten feststellen könnte, wie unzufrieden man mit unserer gegenwärtigen Regierung ist. Ich will aber nicht so boshaft sein, sondern ganz kurz sagen, daß ich enttäuscht bin, daß dieses Bündnis zwischen den industriellen Arbeitern einerseits und den Arbeitern der Landwirtschaft anderseits so wenig glückliche Früchte gezeitigt hat. Von berufener Stelle aus, durch den Herrn Staatskanzler selbst, ist bei Vorstellung des zweiten und dritten Cabinets gesagt worden, die Regierung stelle ein Bündnis der industriellen und der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft dar. Es wäre infolgedessen anzunehmen gewesen, daß bezüglich jenes Kapitels, das alle angeht, das die ganze Bevölkerung trifft, in bezug auf die Ernährungsfrage hier im Vereine landwirtschaftlicher und industrieller Arbeiter eine glücklichere Lösung möglich gewesen wäre. Leider ist das nicht der Fall.

Die Landwirtschaft klagt mit Recht, daß sie eigentlich die schwerstgetroffene ist und macht der Linken des Hauses den Vorwurf, daß alle Bedarfssatz Artikel, die heute die Landwirtschaft braucht, nur mehr zu unerschwinglichen Preisen zu erhalten sind. Nun Sie, die Linke des Hauses, streben mit allen Mitteln dahin, diese Preissteigerung möglichst zu fördern, denn wenn zum Beispiel unmögliche Arbeitslöhne verlangt werden, so hat das selbstverständlich eine Preissteigerung zur Folge. Wenn Sie links und rechts zusammenstehen, dann kommen wir zu einem gerechten Ausgleich, der der ganzen konsumierenden Bevölkerung und wahrscheinlich unserem Staate zur Rettung viel helfen wird. Wir stehen selbstverständlich weder auf dem Standpunkt der Linken noch vollständig auf dem der Rechten, denn wir betreiben keine Klassenpolitik. Wir können nicht sagen, daß die Arbeiter der Industrie und die Arbeiter der Landwirtschaft eigentlich diejenigen sind, die den ganzen Staat darstellen. Wir stehen auf einem anderen breiteren Standpunkt und lehnen diese einseitige Politik ab. Wir sind der Meinung, daß keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den einzelnen Klassen bestehen sollen. Der Klassenkampf mag ja theoretisch und vom Parteistandpunkt sehr gut sein, aber zur Rettung der Gesamtbevölkerung aus der Not und zur Rettung eines Staates, dazu sind diese Grundsätze nicht geeignet. Darum müssen wir diese einseitige Klassenpolitik ablehnen.

Meine Herren! Der Friedensvertrag hat uns ja sehr wenig übrig gelassen, nur unsere Arbeits-

kraft und das wenige an Grund und Boden, das uns heute noch zur Verfügung steht. Wenn wir das nicht hätten, wären wir vom vornherein dem völligen Untergang geweiht. Aber die Wurzeln der Volkskraft sind uns eigentlich noch geblieben, und unsere Aufgabe wird es sein, diese Wurzeln auch wieder zu neuem Leben zu wecken. Wir müssen diese Wurzeln unserer Volkskraft durch die Naturkraft des heimischen Bodens zur Befruchtung bringen, so können wir uns wieder emporarbeiten. Gerade die Landwirtschaft hat, glaube ich, im großen und ganzen günstigere Bedingungen als die Industrie, als der Handel, denn das Urproduktionsmittel, der Boden, ist der Landwirtschaft erhalten geblieben. Wenn auch in bezug auf andere Produktionsmittel die Landwirtschaft nicht wesentlich besser gestellt ist als verschiedene andere Betriebszweige, so ist sie eben doch wenigstens bezüglich ihres grundlegenden Elementes besser gestellt. Hätte nun Deutschösterreich den Anschluß an das Deutsche Reich vollzogen, dann hätten wir auch die anderen Produktionsmittel, die die Landwirtschaft noch braucht, erhalten können. Aber immerhin wird sich die Landwirtschaft vielleicht mehr und eher kräftigen können als alle anderen Zweige unserer Volkswirtschaft. Für den Absatz, der unter Umständen der Industrie bald fehlen kann, ist in unserem Staate, auch wenn wir an das Deutsche Reich angegeschlossen sind, in ausreichendem Maße gesorgt. Unsere Aufgabe wird es sein, zusammenzustehen, um unsere Produktion zu heben, damit wir vom Auslande möglichst unabhängig werden. Der Herr Staatssekretär für Volksernährung hat uns ja heute Ziffern gegeben, die besagen, wie sehr wir vom Auslande abhängen. Nun, unsere vorzüglichste Aufgabe müßte es sein, uns vom Auslande möglichst unabhängig zu machen.

Selbstverständlich ist die Hebung der Landwirtschaft nur dann möglich, wenn die verschiedenen Bedingungen erfüllt werden, die hier von dieser Stelle aus schon zur Sprache gebracht worden sind. Ich bin der Meinung, daß die Landwirtschaft, wenn sie gefunden soll, einen Zuwachs an Arbeitskräften haben muß. Dieser Zuwachs an Arbeitskräften ist selbstverständlich nur möglich, wenn wir eine ziemliche Umschichtung der Bevölkerung vornehmen. Dadurch wird es möglich sein, der Landwirtschaft jene Arbeitskräfte zu geben, die sie notwendig braucht, um sich heben zu können. Diese Umschichtung der Bevölkerung hat aber auch noch einen anderen Wert. Wir haben in der Vorkriegszeit gesehen, daß der Landwirtschaft alle Jahre nicht Hunderte, sondern viele Tausende von Menschen entzogen worden sind, um in der Industrie aufzugehen, um zu verproletarisieren, ein Ziel, das ja im Parteiprogramm der Linken eigentlich niedergelegt ist. Ich will hier nicht über die Theorie streiten. Sie mag in den Augen ihrer Anhänger vollständig richtig sein, ich

kann ihr nicht zustimmen. Im Gegenteil, ich würde für den Aufbau unserer Wirtschaft für gut finden, wenn eine Rückverpflanzung der industrialisierten Bevölkerung in die Landwirtschaft stattfinden würde. Denn dadurch würde unser Volk wieder langsam zur Gesundung kommen.

Wir müssen weiter verlangen — und haben es bis jetzt eigentlich bei unserem Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft vermied —, daß die persönliche Tüchtigkeit mehr als bisher in Rechnung gezogen wird. Die persönliche Tüchtigkeit durch Förderung der freien, individuellen Privatwirtschaft. Wenn auf diesem Gebiete bis jetzt nicht mehr geschehen ist, so ist das, glaube ich, auf die Heirat zurückzuführen, die die Rechte und die Linke des Hauses vollzogen haben. Man will es nicht ganz offen aussprechen, daß man grundsätzlich und tatsächlich auf dem Standpunkte des Schutzes des privaten Eigentums steht. Wir sind Anhänger des privaten Eigentums, aber nicht des unbeschränkten Eigentums. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Eigentümer eigentlich nur Treuhänder der Volksgesamtheit gegenüber ist, und wenn er als Treuhänder seiner Pflicht gegen die Volksgesamtheit nicht nachkommt, so ist diese berechtigt, ihn zu seiner Pflicht zurückzurufen, beziehungsweise Mittel in Anwendung zu bringen, die ihn zwingen, sich in den Dienst der Volksgesamtheit zu stellen. Der Zwang, der bis jetzt auf unsere Landwirtschaft und Produktion ausgeübt worden ist, war lediglich ein bürokratischer. Wohin dieser bürokratische Einfluß, diese bürokratische Bevormundung geführt haben, haben wir während des Krieges sehen können und können es noch viel besser jetzt, nach dem Kriege, feststellen.

Am besten sind die Früchte dieser bürokratischen Wirtschaft dadurch gekennzeichnet, daß unsere Ernährung vollständig in Frage gestellt ist und daß wir nunmehr ganz dem Ausland auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Wir sind gegen jede bürokratische Bevormundung, mag sie von Arbeiterräten oder von Regierungsstellen oder auch von der hohen Geistlichkeit ausgehen. Denn die Landwirtschaft wird von allen Seiten bevormundet. Die letzte Pfarrhauserin erlaubt sich unter Umständen, dem Bauer Vorschriften zu machen, wie er zu arbeiten hat und wann er zu arbeiten hat.

Meine Herren! Wir sind gegen jede Bevormundung, mag sie von der einen oder anderen Seite kommen. Wir sind im Gegenteil dafür, daß möglichst freie Selbstverwaltung innerhalb der Landwirtschaft Platz greife. Wenn diese möglichst freie Selbstverwaltung den weitesten Spielraum hat, dann, glaube ich, wird auch eine Besserung der Verhältnisse in der Landwirtschaft eintreten.

Es ist hier auch von dem Herrn Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft über das

Genossenschaftswesen gesprochen worden und man hat betont, daß die Kritik, die in dieser Richtung geübt wurde, nicht berechtigt sei. Der Herr Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft ist, wenn ich mir, da ja auch er an unserer Partei Kritik geübt hat, eine kleine Kritik erlauben darf, überhaupt mehr als Parteimann aufgetreten wie als ein über den Parteien stehender Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft. Auf den Beobachter, der in die Verhältnisse nicht eingeweiht ist, hätte es fast den Eindruck machen können, als ob sich der Herr Staatssekretär durch eine Kritik, die an unserer Land- und Forstwirtschaft geübt wurde, persönlich getroffen gefühlt hätte.

Wir, die wir hier im hohen Hause versammelt sind und die Verhältnisse besser kennen, schämen die Person des Herrn Staatssekretärs, der ganz mit dem Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft zu verwachsen sein scheint. Für uns eingeweihte Beobachter sind, glaube ich, solche Erfahrungen nicht notwendig und von uns wurde auch nicht die Person des Herrn Staatssekretärs angegriffen — ich hatte wenigstens nicht den Eindruck, der ich doch bei den Verhandlungen anwesend war —, sondern es wurde lediglich Kritik geübt an dem Staatsamt, für welches selbstverständlich man nicht immer und in allen Dingen den obersten Leiter verantwortlich machen darf; denn wenn der jeweilige Leiter eines Staatsamtes für alles verantwortlich sein sollte, was in seinem Kessort vorgeht, wäre er wohl der geschlagenste Mensch, den es überhaupt auf der Welt gibt.

Ich bin vom Genossenschaftswesen zu einem anderen Punkt übergesprungen und es sei mir gestattet, zum Genossenschaftswesen zurückzukommen. Ich betrachte das Genossenschaftswesen als überaus wertvoll, wenn es nicht die Vorstufe oder den ersten Schritt zur langsamten Enteignung, zur Sozialisierung von Grund und Boden bildet. Der Herr Kollege Austerlitz lacht ganz verständnisvoll. Ich bin — ich muß sagen — ein wenig betrübt darüber, daß der Herr Kollege Dr. Bauer nicht hier ist, den ich überaus hoch schaue, weil er immer offen und ehrlich all das ausspricht, was seine Partei will. Er steht auf dem Boden des Erfurter Programms vom Anfang bis zum Ende. Wir können diesen Standpunkt selbstverständlich nicht einnehmen, weil wir gegen jede Enteignung sind. (Abgeordneter Austerlitz: Gegen jede?) Nein, Sie korrigieren mich ganz richtig! Dort, wo Auswüchse zu verzeichnen sind, die der Volksgesamtheit schaden, sind auch wir für die Enteignung. Wenn also das Genossenschaftswesen nicht die erste Stufe zur Expropriation unserer Landwirtschaft sein soll, sind wir vollkommen damit einverstanden und wir finden darin eine überaus glückliche Lösung im Interesse, vielleicht des gesamten Volkes. Ich bin aber der Meinung, daß sich der Apparat, namentlich für

unsere Ernährung, auch hier nicht immer und zu jeder Zeit verbilligen wird. Wir haben ja während des Krieges derartige Einrichtungen geschaffen. Wenn sie auch nicht Genossenschaft geheißen haben, war schließlich und endlich der Grundgedanke noch derselbe. Wir haben den schädlichen Zwischenhandel zwischen Konsumtoren und Produzenten ausgeschaltet. Wenn aber in Zukunft der Apparat so sein soll, wie es beispielsweise die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt war, so muß ich offen erklären, daß wir heute auf diesen Apparat ruhig verzichten können, denn die Regie eines derartigen Apparates ist so kostspielig, daß wir damit nie und nimmer einverstanden sein können. Ich will hier nicht ins Detail gehen; wir haben ja einen diesbezüglichen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Überwachung der Gebarung der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt eingebraucht. Auch die Linke des Hauses, wenn dies auch ihren sonstigen Grundsätzen nicht entspricht, ist damit einverstanden, denn sie hat wiederholt nicht nur hier im Hause, sondern auch in Versammlungen erklärt, daß die Zustände dort, da es sich ja um eine junge Einrichtung handelt, gewissermaßen um eine Erstgeburt nicht so sind, wie man das verlangen muß; es müßten Reformen durchgeführt werden. Nun, meine sehr Verehrten, wäre schon Zeit gewesen, Reformen durchzuführen. Es werden Reformen durchgeführt, aber, in peius, zum Schlechteren, nicht zum Besseren. Ich kann nicht und will auch nicht den Staatssekretär für Volksernährung voll und ganz dafür verantwortlich machen, aber den einen Wunsch möchte ich aussprechen, daß er sich der Dinge recht warm annimmt. Denn gerade in der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt scheinen mir Dinge vorzukommen, die gar nicht geeignet sind, das Ansehen des Staates zu heben und noch viel weniger unsere Volksernährung. Denn die Bestechungsgeschichten, die in der Kartoffelabteilung nunmehr in Behandlung sind, beziehungsweise jetzt das Gericht beschäftigen, wenn nur ein Bruchteil so ist, wie die Blätter zu berichten wissen, müssen schon als offener Skandal bezeichnet werden. Die Untersuchungen werden vielleicht noch mehr ergeben als wir erwartet haben.

Wir sind Anhänger des freien Eigentums. Alle diejenigen, die selbst einmal Eigentum besessen haben, beziehungsweise Eigentum besitzen, und wenn dasselbe noch so klein war, werden mit mir den Standpunkt des freien Eigentums vertreten. Nehmen Sie die ärmste Witwe, die ein oder das andere Huhn ihr Eigen nennt, nehmen Sie einen Arbeiter oder eine Arbeitersfrau her, die eine Ziege ihr Eigen nennt. Glauben Sie vielleicht, daß diese Leute zugunsten städtischer Ideologen auf ihr Eigentum freiwillig verzichten werden? Nein, ich glaube, das fällt keinem Menschen ein und deshalb ist es ungültig, von vornherein jeden Eigentumsbegriff zu

vermeiden. Ich bin der Meinung, daß jedem seine Freiheit und sein Recht gegeben werden soll, aber im Rahmen des Ganzen, so daß Rechte und Freiheiten der anderen nicht benachteiligt werden.

Ich stehe weiter auf dem Standpunkte, daß unsere Zwangswirtschaft unbedingt abgebaut werden muß; nicht von heute auf morgen, aber sie muß abgebaut werden. Wir kennen die Früchte der Zwangswirtschaft nunmehr zur Genüge, wir kennen sie aus der Not, die uns alle bedrückt. Der Widerwille allein, der gegen die Zwangswirtschaft im Kreise der produzierenden Bevölkerung mit Recht herrscht, läßt für ferne Zeiten eine Besserung unserer Volkswirtschaft nicht erhoffen. Sie mögen sagen: Ja diese Leute soll man dazu zwingen! Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen, den Vertretern der Linken des Hauses, ein praktisches Beispiel bringe. Wenn Sie heute hergehen und einen Uhrmacher zwingen, alle Tage Uhren zu machen, auf denen, sagen wir, das Monogramm Karl des Letzten oder womöglich sein Bildnis ist, so werden Sie finden, daß der Arbeiter wahrscheinlich sagen wird: Sie können mich zu allem verurteilen, aber daß ich etwas mache, was meiner inneren Überzeugung jeden Tag widerspricht, das tue ich nicht. Ich will auf die Rechte des Hanses dieses Beispiel nicht anwenden und sagen, auf der freien Wirtschaft wäre das Monogramm Karl des Letzten darauf und deshalb wollen Sie Karl den Letzten haben, nein, ich will dieses Beispiel nicht anwenden, weil es nicht zutreffend wäre. Aber das Monogramm „Zwangswirtschaft“ ist es, das unsere Landwirtschaft nicht verstehen kann, und deshalb der Rückgang in unserer Produktion.

Ich hätte wenigstens erwartet, daß der Herr Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft uns eine Art Agrarprogramm bringt. Aber er hat eigentlich nur auf Anwürfe, die im Laufe der Debatte gemacht worden sind, erwidert und hat nur so vorübergehend drauf verwiesen, was das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft bereits gemacht hat, er hat dabei erklärt, es sind überall Widerstände, namentlich in den Ländern, auch bei den interessierten Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung, infolgedessen gehen die Reformarbeiten, die wenigen, die man begonnen hat, nicht weiter. Nun sind aber die Reformarbeiten im Sinne der Landwirtschaft notwendig, wenn wir an einen Wiederaufbau der Landwirtschaft denken wollen. Wir müssen gerade bei der Landwirtschaft Reformen durchführen, sonst können wir unmöglich daran denken, das zu erreichen, was wir erreichen wollten.

Im Rahmen dieser Reformtätigkeit ist in erster Linie die Reformtätigkeit in bezug auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und auf die Bauern selbst notwendig. Wir müssen zu Verhältnissen kommen, die nicht nur so sind, wie sie vor dem

Krieg waren, sondern zu Verhältnissen, die besser sind, wenn die Landwirtschaft ihre Pflicht der Volksgesamtheit gegenüber erfüllen soll.

Wenn die Landwirtschaft mit einer Produktionshebung rechnen soll, so müssen wir alle Bedingungen auf dem Lande verbessern. Wir müssen nicht allein in bezug auf die Bewirtschaftung unserer Landwirtschaftsgüter eine Besserung eintreten lassen, sondern wir müssen hauptsächlich auch eine Besserung aller Arbeitsverhältnisse eintreten lassen. Nun bin ich aber ein Gegner der jetzigen Methode, des jetzigen Systems, wonach man plamäfig auf das Land hinauszieht und dort — nicht im Sinne einer Demokratie mit sozialen Reformen kommt — sondern direkt die Landarbeiter revolutionär organisieren will. Ich bin gegen eine derartige Reform, ich bin hier nicht für Revolution, sondern für Evolution, denn nur im Wege der Evolution werden wir unsere Landwirtschaft zur Gesundung bringen.

Wir müssen aber auch Einrichtungen treffen, die geeignet sind, zu verhüten, daß unsere Landwirtschaft, wenn sie von einem Unglück betroffen wird, einfach von Grund und Boden zieht. Heute sind die Verhältnisse so, daß, wenn zum Beispiel ein Bauer abbrennt, er glatt von seinem Gute weggeht. Denn keine einzige Versicherungssumme — unter Umständen ist er überhaupt nicht versichert — würde es ihm ermöglichen, seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Ich hätte deshalb gemeint, daß das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft eine Vorlage einbringen wird über die obligatorische Einführung der Feuerversicherung, die Versicherung für Hagelschlag, eine obligatorische Viehversicherung, und zwar nach Grundsätzen, die den heutigen Verhältnissen Rechnung tragen. Alles das ist unterblieben. Der Herr Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft hat uns nur mitgeteilt, daß ein Plan für eine Krankenversicherung bestehé. Nun bin ich der Meinung, daß wir für unsere Landwirtschaft auch eine obligatorische Altersversicherung haben müssen. (Zustimmung.) Dann kann der Bauer, dann kann der Bauernknecht und die Bauernmagd beruhiger in die Zukunft blicken, dann wird es nicht mehr vorkommen, daß ein derartiges Abwandern vom Lande stattfindet, wie es bis jetzt der Fall gewesen ist. Ich bin weiters der Meinung, daß wir die Arbeit unserer Landwirtschaft in Zukunft anders einschätzen müssen, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Ich nenne hier nur ein Beispiel aus der Bewertung unserer Kriegsinvaliden. Unsere Kriegsinvaliden aus der Landwirtschaft sind am niedrigsten klassifiziert worden, weil sie nicht als qualifizierte Arbeiter in Betracht kommen. Wer wirklich Landwirt ist, wird sagen, daß die Landwirtschaft auch nicht von heute auf morgen erlernt wird und daß der landwirtschaftliche Arbeiter genau so ein qualifizierter

Arbeiter ist wie der Arbeiter in der Industrie. Wir müssen unsere landwirtschaftlichen Arbeiter höher qualifizieren, dann wird auch keine derartige Landflucht eintreten wie sie bis jetzt immer vorhanden war. Das Gegenteil wird dann eintreten: Wir werden auf dem Lande mit mehr Arbeitskräften zu rechnen haben als bis jetzt und wir werden die Möglichkeit haben, unsere Landwirtschaft wieder aufzubauen. Wir halten das, wie ich mir früher zu sagen erlaubte, auch in anderer Beziehung, nicht allein für die Hebung unserer Landwirtschaft, nicht allein für die Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse für notwendig, sondern auch aus dem Gedanken heraus, daß durch die Zurückführung unserer Industriearbeiter, die ja heute ohnehin schon zum größten Teile arbeitslos sind, physisch und auch geistig wieder gesund werden. Wir hätten es gerne gesehen, wenn unser Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft uns heute, noch lieber hätten wir es aber gesehen, wenn er uns schon früher mit entsprechenden Reformplänen gekommen wäre. Das ist unterblieben und daher sind wir leider nicht in der Lage, für das Budget des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft zu stimmen. (Beifall.)

Präsident (welcher während vorstehender Rede wieder den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt die Frau Abgeordnete Rauscha.

Abgeordnete Rauscha: Hohes Haus! Ein Schlagwort beherrscht heute einen Teil des Volkes; Schuld an der Tenerung ist die sozialdemokratische Regierung! Das ist in allen bürgerlichen Zeitungen, in den allerchristlichsten sowie in den allerjüdischesten, von der „Reichspost“ angefangen bis zum „Neuen Wiener Tagblatt“ täglich zweimal zu lesen. Meine Frauen und Herren! Wir alle wissen es, daß solche Behauptungen blanke Lügen sind, denn es ist den Verbreitern dieser Behauptungen so gut bekannt wie uns allen, daß der Bizekanzler Fink genau so wie die Herren Staatssekretäre Stöckler, Ramel, Miklas Zerdik, Waiß und Resch über jeden Verdacht erhaben sind, als Mitglieder der roten Internationale gewertet zu werden. Wenn also die sozialdemokratische Regierung an allem Übel schuld ist, so tragen die christlichsozialen Mitglieder der Regierung dieselbe Verantwortung wie die von uns gestellten Staatsmänner. Dieser Regierung, die das tragische Gesicht hat, die ganzen Verbrechen und Todsünden der vielhundertjährigen Habsburgerherrschaft zu übernehmen, die natürlich an allem Übel die Schuldtragende ist, die die Schuld daran trägt, daß die wahnfimmen Preise heute bestehen, dieser Regierung und der Republik schreibt man alles in die Schuhe, der Nationalversammlung gibt man die Schuld, man gibt den Gemeindevertretungen die Schuld, und alles nur deshalb, weil endlich einmal auch wir dazu gekommen sind, in allen

Ämtern unsere Stimme erheben zu können. Schuldtragend an diesem Elend und an dieser großen Not sind nur diejenigen, die diesen Krieg angezettelt haben, der selbstverständlich zur Niederlage Österreichs und zum Zusammenbruch der alten Monarchie geführt hat. Dieser Zusammenbruch, der uns im alten Reiche getroffen hat, ist erst dann eingetreten, als dieses Österreich arm war, die Soldaten an der Front keine Schuhe, keine Kleider mehr hatten. Solange noch Lebensmittel vorhanden waren, wurde uns während der Kriegsjahre im Hinterlande alles weggenommen und alles wurde an die Front geschickt und es hat immer geheißen: Es geschieht nur, um die Soldaten zu beruhigen. Und als dann nichts mehr da war, als Kleider, Schuhe und alles weggegeben war, als die Zivilbevölkerung nichts mehr hatte und alle Lebensmittel erschöpft waren, als auch für den ausgehungerten Acker keine Düngemittel mehr vorhanden waren, erst da haben diese Herrschaften, diese kaiserlichen Ratgeber und Generäle die unerbittliche Notwendigkeit eingesehen und die Herrschaft den andern übergeben.

Ja, meine geehrten Frauen und Herren, so haben wir das Erbe in diesem Österreich übernommen und tagtäglich sehen wir die kranken, elenden, siechen, tuberkulösen Kinder, die dieser Krieg geschaffen hat, in den Ausspeisungen der Amerikaner. Wir sehen sie alle Tage in den Tuberkulosefürsorgestellen, wir sehen sie in den Spitälern und diejenigen, die fünf Jahre lang unsere Feinde gewesen sind, sie ernähren unsere Kinder, trotzdem man während des Krieges gar oft hörte: Gott strafe England! Die Feinde sind es jetzt, die heute unsere Kinder vor dem Hungertode bewahren. (Zustimmung.)

Wir haben in Österreich eine große Bauernschaft und ich weiß, nicht alle Bauern sind so rücksichtslos gewesen und haben uns nichts gegeben, aber es ist nur ein kleiner Teil, der die Not und das Elend des Volkes in unseren Großstädten mitempfunden hat. Die Herrschaften, die diesen Krieg zu verantworten haben, haben sich in Sicherheit gebracht und uns und unsere Kinder in diesem ausgehungerten Land in Elend und Not zurückgelassen. (Zustimmung.) Und heute hört man Worte für die Bauern. Aber wir wissen es, gerade wir Wiener Neustädter empfinden es furchtbar: Die Bauern, auch die Bauernfrauen wissen das Elend der Stadtfräulein nicht zu würdigen. Auch die Proletariermutter sieht ihr Kind und sie muß seit dem Jahre 1915 und 1916 sehen, wie ihre Kinder hungernd in die Schule gehen müssen, und kann ihnen nicht mehr das Stückchen Brot mitgeben — Milch kennt man in den Großstädten überhaupt nicht mehr. Es ist nicht mehr möglich, die Säuglinge zu versorgen. Wir in Wiener Neustadt sind nicht mehr imstande, die Säuglinge bis zu einem Jahre mit Milch zu

versorgen, und die armen Würmer, die dem zweiten Lebensjahr entgegengehen, kennen Milch überhaupt nicht mehr. Gehen Sie aber hinaus und schauen Sie, wie draußen die Bauern noch Milch in Überfluß haben. Das wage ich ruhig zu behaupten, weil ich oft hinauskomme und beobachte, wie diese Leute heute noch leben. Ich glaube, das ist nicht christliche Nächstenliebe; denn auch wir sind nicht schuld an dem Kriege. Die Schuldigen sind zum Teile davon gegangen und wir müssen büßen. Und da meine ich, es sollen sich auch die Bauern an die Brust schlagen und fragen: Können wir diese große Masse des Volkes zugrunde gehen lassen? Ich glaube, nein! Die armen unschuldigen Kinder können auch nichts für die Kriegsfolgen.

Ein wirtschaftliches Trümmerfeld ist die Erbschaft, die uns der alte Staat hinterlassen hat. Und da Christus der Herr es verachtet, das Beispiel der Fisch- und Brotvermehrung auch bei uns noch anzuwenden, und auch die Stathalter und Bevollmächtigten Gottes das nicht instande sind, wird man auch verstehen, daß auch die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung dieses Kunststück nicht fertig bringen. (Rufe: Sehr gut!) Wir müssen uns vielmehr auf den rauhen Boden des wirtschaftlich Bestehenden stellen, aus dem Trümmerfelde des Zusammenbruches retten, was zu retten ist, und alle zusammenarbeiten, um aus diesem Staate einen wirklich starken Bau zu machen. Wir wissen, daß die Lebensverhältnisse der großen Masse des Volkes sehr schwere sind, wir alle fühlen es, und wenn man von den hohen Löhnen der Arbeiter und eines Teiles der Beamenschaft spricht, so müssen wir schon sagen, daß diese unter den elendesten Verhältnissen leben müssen. Stellen Sie sich die Einnahme eines Arbeiters pro Woche mit 1000 K vor. Ich habe mir eine Statistik zusammengestellt, aus der hervorgeht, daß die Ausgaben einer Familie von vier Personen nur für das Notdürftigste pro Woche über 700 K betragen, wovon man sich, meine verehrten Frauen und Herren, nicht satt essen kann. Wir sind ja in der Großstadt auch nicht mehr gewöhnt, uns satt zu essen, aber jeder Mutter muß das Herz brechen, wenn sie sieht, wie ihre Kinder der Tuberkulose entgegengehen, während auf der anderen Seite die Bauernschaft schreit: Der Arbeiter hat einen hohen Lohn, es geht im ganz gut! (Abgeordnete Popp: Wie viele verdienen über 1000 K?) Und wie viele sind es, die diese hohen Löhne verdienen? Schauen Sie auf die Eisenbahner und auf die Fixangestellten, unter welch elenden Verhältnissen diese Menschen leben, dann werden Sie solche Leute nicht verurteilen, wenn sie vielleicht dunkle Geschäfte machen. Ich habe bis jetzt nur von den notwendigen Nahrungsmitteln gesprochen, zum Leben gehören aber auch noch Kleider, Schuhe, Wäsche und viele Kleinigkeiten, die nur die Frau im Haushalte

würdigt. Wenn Kinder im Hause sind, sind auch noch die Lernbedürfnisse zu befriedigen. Daraus sieht man schon, was der Arbeiter mit seiner Einnahme von 1000 K machen kann. Sie müssen aber bedenken, daß man während des fünfjährigen Krieges sich keine Wäsche und keine Kleider nachschaffen konnte, man ist buchstäblich zugrunde gegangen. Dazu kommt, daß die Proletarierbevölkerung der großen Städte aufs Land hinausgegangen ist und den Bauern das letzte Stück Wäsche verpfändet musste, um ein bißchen Mehl und Brot für die hungernden Kinder zu bekommen. So, meine verehrten Frauen und Herren, ist es dem Proletariat und der Beamenschaft in Österreich während des Krieges gegangen.

Einer meiner Vorredner hat erwähnt, daß der Bauer in Salzburg nur 5 K für das Kilogramm Lebendgewicht Fleisch bekommt. Ich bitte, wir haben ganz andere Preise; wir im Wiener Neustädter Bezirk haben, da wir jahrelang kein Fleisch von unseren Bezirkshauptmannschaften hereinbekommen konnten, den Bauern auf dem Lande draußen schon 25 bis 30 K für das Kilogramm angeboten, trotzdem geben sie kein Fleisch her. Wir haben uns gedacht, wenn wir ihnen so viel zahlen, werden sie uns vielleicht doch einmal Fleisch hereinbringen, aber die Bauern sehen viel lieber, daß das österreichische Vieh über die ungarische Grenze geht; dann kommt es als ungarisches Vieh zurück und die ausgehungerte städtische Bevölkerung muß das Fleisch mit über 100 K pro Kilogramm bezahlen. So schaut die Wirklichkeit aus. Vor nicht langer Zeit hat man in unserem Bezirk die Bauern wegen der Aktion „Kinder aufs Land“ zu einem Amtstage zusammengerufen und ich habe ihnen damals ins Gewissen geredet und sie gebeten, daß sie in unserem Staate doch auch machen können, was das Ausland tut, zumal das Ausland gewiß darauf sieht, ob die Bauern auch für die hungernden österreichischen Kinder etwas abgeben. Diese Herren waren damals sehr erregt und haben das und jenes angeführt, und als ich ihnen erklärte, daß sie eher den Schweinen die Milch geben und daß doch in jedem Haushalt am Abend ein halber Liter Milch für die ausgehungerten Proletarierkinder übrig bleiben müßte, erwiderten sie mir: Ja, aber die Tuberkulose können diese Kinder uns bringen! Wenn es aber, meine verehrten Frauen und Herren, in der Großstadt so weiter geht, so wird die Tuberkulose auch nicht vor dem Lande draußen Halt machen, und wenn sich auch die Bauern mit einer Mauer umgeben könnten, nutzen würde es ihnen nichts. Die Massen haben bis jetzt fünf Jahre gehungert, und wenn Sie, meine Herren, darauf verweisen, daß die Bauersfrau während des Krieges das und jenes machen mußte, dann verweise ich Sie darauf, was alles die Proletarierfrau mitmachte,

müßte, ihren Mann hat man ins Feld geschickt, sie müßte die Erzieherin der Kinder sein und müßte zugleich verdienen gehen, und wenn sie ihrem armen Kinde etwas zu essen geben wollte, müßte sie sich mit hungrigem Magen die ganze Nacht anstellen, und das wenige, was sie gehabt hat, hat sie dem armen Kinde gegeben. Die Leute draußen auf dem Lande — ich gönne es ihnen ja — haben diesen Hunger nicht kennen gelernt, das kann ich ruhig sagen, denn man hat gesehen, wie diese Leute gelebt haben. Wenn man sagt, der Bauer muß arbeiten, dann muß man auch verstehen, daß jeder städtische Arbeiter auch arbeiten muß. Vor nicht langer Zeit hat man noch in diesem Hause gegen den Achtstundentag Protest eingelegt. Aber der Arbeiter, der nicht an der Front gestanden ist, der in den Betrieben fünf Jahre gedorbt und gehungert hat, wo die Zuchtrute über ihm geschwungen wurde, wo ihm kein Sonntag gewährt war, wo, in den Munitionsfabriken die Schichten durchgegangen sind, dieser Arbeiter ist ausgebunet bis auf den letzten Tropfen Blut und von ihm können wir heute nicht verlangen, daß er noch länger arbeiten soll. Was wir vom Arbeiter verlangen, wird er auch tun, er wird schaffen, was in seinen Kräften liegt, aber daß auf seinen Schultern die ganze Last der Kriegsfolgen ruhen soll, das weist der Arbeiter entschieden zurück. Unser verehrter Viktor Adler ist es ja gewesen, der immer gegen den Rüstungswahnismus der früheren Regierungen Stellung genommen hat, und wir Sozialdemokraten haben immer gegen den Krieg gewettet, während die Herren von der anderen Seite im Kriege eine Erlösung gesehen haben. Wir haben gewußt, daß die Wirtschaftspolitik, die in diesem Österreich getrieben worden ist, nur in einen Krieg auslaufen kann, und wenn ein Vorredner erklärt hat, man könne einer Arbeiterin eine Ziege wegnehmen, so sage ich: das fürchten wir gar nicht! Wenn die Herren glauben, daß die Bauernschaft dadurch geschädigt worden ist, daß man die Arbeiterschaft weggezogen hat, so sehe ich auf der andern Seite kleine Bauern, die nur eine Kusche und einen ganz kleinen Acker besitzen, deren Söhne sehr gerne Landwirte sein möchten, aber gezwungen sind, in die Fabrik zu gehen. Vor Jahren waren uns die Landarbeiter nicht so lieb und wert, weil wir gewußt haben, daß sie uns, wenn sie in die Fabrik kommen, schädigen, weil sie nicht aufgeklärt sind. Nicht wir Sozialdemokraten haben vor dem Krieg den Bauernstand zugrunde gerichtet, sondern die Großkapitalisten und die Großgrundbesitzer haben ihn dorthin gebracht, wo er vor dem Kriege gestanden ist. Wir haben furchtbar gelitten, wir haben auf uns genommen, was die anderen verbrochen haben, aber wir sind nicht gewillt, das länger mit Geduld hinzunehmen. Wir haben gehungert und haben uns seit Jahren nicht mehr an-

essen können. Schauen Sie sich nur das Elend und die Not des Volkes an, denken Sie an die vielen armen Witwen und Waisen, die der Krieg geschaffen hat. Die müssen buchstäblich verhungern, aber wieder sind es die Feinde, die fünf Jahre mit uns im Krieg gestanden sind, die jetzt daran gehen, den armen Kindern des Proletariats in den Städten zu helfen. Ich möchte an Sie appellieren, daß die Bauernschaft auch zeigen soll, daß sie gewillt ist, den armen hungrigen Städtern zu helfen.

Zum Schluß aber möchte ich schon darauf verweisen, daß Sie nicht immer sagen sollen, die Bauern hätten gehungert. Die Bauern kennen noch keinen Hunger. Wir aber haben gehungert; wir haben den Hunger mit Geduld auf uns genommen, wir haben für ein Vaterland gehungert, das nie ein Vaterland für uns gewesen ist, und wir sagen es ruhig, wir werden das zu tragen wissen und wie werden dem Staate die Arbeit leisten, die er braucht. Die Arbeiterschaft weiß genau, daß sie sich nur dann helfen kann, wenn ein Abbau der Preise erfolgt, und das, was der Bauer fürchtet, das erwarten wir mit Ungeduld, denn wir wissen, daß sich dann unsere Baluta bessern wird, und daß dann für den Arbeiter, auch wenn er keinen höheren Lohn hat, ein menschenwürdiges Dasein möglich ist. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Schneidmadl; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Schneidmadl:** Hohes Haus! Die Intensivierung der Landwirtschaft ist sicherlich ein wichtiges volkswirtschaftliches Problem, und ich meine, daß auch die Herren von der Gegenseite zugestehen müssen, daß wir Sozialdemokraten diesem Problem nicht nur volles Verständnis entgegenbringen, sondern daß wir in jeder einzelnen Frage bereit gewesen sind, alles zu tun, was möglich gewesen ist, um eine Intensivierung der Landwirtschaft zu erreichen. Die Intensivierung der Landwirtschaft ist vor allem notwendig im Interesse der künftigen Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirtschaft überhaupt. Denn die Herren von der Landwirtschaft müssen sich damit vertraut machen, daß der Schutzwall des entwerteten Geldes, der heute unsere rückständige landwirtschaftliche Produktion vor der Auslandskonkurrenz schützt, fallen wird. Und die Herren von der Landwirtschaft scheinen ja ein besonderes Bestreben zu haben, diesen Zeitpunkt möglichst bald herbeizuführen, denn sie kämpfen mit großer Energie für die Anpassung der Preise an den Weltmarkt. In dem Maße, als sich die Preise an den Weltmarkt anpassen, wird auch der Schutzwall schwinden, der heute unsere Landwirtschaft schützt, in dem Maße, als sich die Preise der landwirt-

schäftlichen Produkte an den Weltmarkt anpassen, muß sich auch die Kaufkraft der übrigen Bevölkerung an diese Preise anpassen und es wird die landwirtschaftliche Produktion der Auslandskonkurrenz preisgegeben sein. Wer die Rücksichtigkeit unserer Landwirtschaft kennt, wer weiß, wie rückständig die landwirtschaftlichen Methoden bei uns sind, für den gibt es keinen Zweifel, wer in dem mörderischen Konkurrenzkampf, der dann einzutreten wird, auf der Strecke bleiben wird.

Wir haben ein Interesse daran, daß unsere Landwirtschaft nicht niederkonkurreniert wird, weil wir zu den vielen wirtschaftlichen Katastrophen, die wir in Deutschösterreich schon über uns haben ergehen lassen müssen, nicht noch eine neue hinzukommen lassen wollen. Wir sind dafür, daß unsere landwirtschaftliche Produktion modern gestaltet wird, denn es ist eine Sache, die, wie ich meine, selbstverständlich ist, daß unsere Landwirtschaft in Zukunft nicht wird damit rechnen können, daß man sie etwa deswegen, weil sie rückständig ist, durch ein Schutzzollsystem vor der Auslandskonkurrenz schützt.

Eine landwirtschaftliche Produktion, die bestens imstande ist, uns nur wenige Monate zu ernähren, die uns heute, wie der Herr Staatssekretär für Volksernährung gesagt hat, nur 60 oder etwas mehr Tage im Jahre zu ernähren vermag, kann nicht den Anspruch erheben, daß sie durch besondere Zollmaßnahmen geschützt, künstlich am Leben erhalten werden müsse. Unsere Landwirte müssen daher auch selbst trachten, aus eigener Kraft sich emporzuarbeiten und die landwirtschaftlichen Betriebsmethoden modern zu gestalten.

Wenn man die Redner von der Gegenseite zu dem Kapitel „Landwirtschaft“ gehört hat, hat man manchmal den Eindruck gewonnen, als ob unsere Landwirte sich vorstellen würden, daß diese armelige Republik, dieser arme, durch den Friedensvertrag und den Krieg so zugerichtete Staat zu einer landwirtschaftlichen Kinderbewahranstalt werden soll. Der Staat soll dem Landwirt alles mögliche geben; wenn eine Senkgrube gebaut wird, muß er eine Subvention haben und wenn ein Stall gebaut wird, so muß vom Staat Zement beige stellt werden; wenn der Staat aber Steuern braucht, muß er den Großbauern von der Steuer befreien.

Auf diese Weise wird es nicht gehen, sondern es werden unsere Landwirte schon auch trachten müssen, daß sie aus eigener Kraft ihre Betriebe modernisieren, aus eigener Kraft die landwirtschaftliche Produktion heben und modern gestalten.

Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion ist aber auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse notwendig. Wir wissen, daß wir heute viel mehr Waren einführen als wir ausführen und wir haben ein Interesse

daran, unsere Ausfuhr zu steigern und die Einfuhr zu vermindern, wir haben infolgedessen auch ein allgemein volkswirtschaftliches Interesse daran, möglichst viele landwirtschaftliche Produkte ins Lande zu erzeugen, um so das Quantum der aus dem Ausland einzuführenden landwirtschaftlichen Produkte herabzudrücken. Volkswirtschaftlich haben wir also an der Intensivierung der Landwirtschaft dasselbe Interesse wie an der Förderung unserer industriellen und gewerblichen Produktion.

Es ist die Förderung der Landwirtschaft und die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion von diesem Gesichtspunkt aus also auch ein eminentes Interesse der städtischen und industriellen Bevölkerung und Sie müssen schon verstehen, daß wir, denen man immer sagt: Ihr habt ja doch in diesen Sachen nichts dreinzureden, weil ihr keine Bauern seid, uns denn doch auch um diese Frage kümmern.

Aber die Intensivierung der Landwirtschaft, die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert nicht nur Meliorationen und Kommissionen, Bodenverbesserungen, Beschaffung von erstklassigem Zuchtmaterial, von Samen usw., eine entsprechende Besitzverteilung des vorhandenen landwirtschaftlichen Bodens, die Anwendung der Ergebnisse der Wissenschaft, der Technik, der Chemie usw., die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, die Intensivierung unserer Landwirtschaft erfordert vor allem auch eine physisch und geistig hochentwickelte und leistungsfähige landwirtschaftliche Arbeiterschaft.

Je intensiver der landwirtschaftliche Betrieb ist, um so höhere Anforderungen werden an den landwirtschaftlichen Arbeiter gestellt. Und da muß ich schon sagen, daß wir uns eitlermaßen darüber gewundert haben, wie die Herren von der Gegenseite zur landwirtschaftlichen Arbeiterfrage Stellung genommen haben. Für die Herren ist das Problem furchtbar einfach: Es gibt Agitatoren, die gehen auf das Land hinaus, hetzen die Leute auf, die landwirtschaftlichen Arbeiter werden unzufrieden, fordern ungeheure Löhne und dadurch ist das ganze Problem entstanden; wenn es diese Agitatoren nicht gäbe und wenn niemand die landwirtschaftlichen Arbeiter aufhetze, dann hätten wir keine Landflucht und keine Leinentot.

Ein geistreicher Schriftsteller hat einmal gesagt: Die Landflucht ist die Form, in der sich der Klassenkampf auf dem Lande vollzieht. Und ich glaube schon, daß dieses Wort einen tiefen Sinn beinhaltet. Der landwirtschaftliche Arbeiter lebt in den denkbaren trostlossten Verhältnissen, er ist rechtlos. Die Schutzbestimmungen, die für den industriellen und gewerblichen Arbeiter gelten, haben für den landwirtschaftlichen Arbeiter keine Geltung,

er entbehrt vielfach heute noch des Schutzes einer starken und kräftigen gewerkschaftlichen Organisation, er vermag sich daher dem Druck nur zu entziehen, indem er flieht.

Wenn Sie von diesem Gesichtspunkte aus die Landflucht betrachten und wenn Sie sich weiter erinnern, daß es diese Landflucht schon zu einer Zeit gegeben hat, wo noch eine gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter überhaupt nicht bestanden hat, dann müßte Ihnen doch auch die Erkenntnis werden, daß die Landarbeiterfrage und die Frage der Landflucht nicht das Produkt der Verhezigung einiger Agitatoren ist, die auf das Land hinausgehen, sondern daß die Landflucht das Produkt der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ist, die auf dem flachen Lande herrschen. Wenn wir die landwirtschaftliche Produktion heben wollen, müssen wir vor allem dafür sorgen, daß die Arbeitskräfte, die die landwirtschaftliche Produktion braucht, ihr auch erhalten werden. Und da meinen wir schon, daß die Methoden, die von der Gegenseite zur Lösung der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage anempfohlen werden, schädlich wirken und das Gegenteil von dem bewirken müßten, was sie bewirken sollen. Sie wollen Arbeiter für die landwirtschaftliche Produktion haben, Sie wollen die auf dem Lande Arbeitenden auf dem Lande erhalten. Da hat zum Beispiel die steiermärkische Landwirtschaftsgesellschaft eine schriftliche Enquête veranstaltet und Gutachten eingeholt, was zu tun sei, um der brennenden Landarbeiterfrage Herr zu werden. Da sagt zum Beispiel die landwirtschaftliche Filiale Kraubath, es wäre gut, ein Gesetz zu schaffen, womit die Industrie verhalten wird, auf längere Zeit keine landwirtschaftlichen Arbeiter aufzunehmen. Ein gewisser Franz Achen aus Jöhndorf sagt, daß die Arbeiter, welche vor dem Kriege in der Landwirtschaft tätig waren, auch jetzt aus der Industrie entfernt und wieder der Landwirtschaft zugeführt werden sollen. Ein anderer sagt (*liest*): „Bei unseren Bergleuten sind Töchter zu Hause, welche bei einem Besitzer in den Dienst gehen könnten, solche sollten zur Arbeit gezwungen werden.“ Und die landwirtschaftliche Filiale Riegersburg hat den Vogel abgeschossen. Sie sagt: Eine ländliche Arbeiterorganisation soll geschaffen werden als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische. Diese Organisation ist in Anlehnung an die Pfarrbauernräte oder an die Filialen zu denken.

Eine landwirtschaftliche Arbeiterorganisation soll also geschaffen werden, nicht etwa um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Landwirtschaft zu bessern, sondern um dem Verband der Land- und Forstarbeiter, der heute 50.000 Mitglieder zählt und von Woche zu Woche stärker wird, ein Gegengewicht entgegenzustellen. Ein anderer hat überhaupt gemeint, daß man die Organisation

der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter verbieten soll, denn es sei eine Ungehörigkeit, wenn sich landwirtschaftliche Arbeiter auch organisieren. Übrigens hat einer meiner Kollegen, der vor mir gesprochen hat, ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Grahame, gesagt, daß für die Industriearbeiter eine Organisation ja sicherlich notwendig und berechtigt ist, für die landwirtschaftlichen Dienstboten aber nicht. Meine Herren! Mit diesen Methoden werden Sie die Landarbeiterfrage nicht lösen und werden Sie die Landarbeiter nicht dazu bewegen, daß sie auf dem Lande draußen bleiben.

Es ist eine vollständige Verstellung der Tatsachen, wenn heute auch gesagt worden ist, daß die Sozialdemokraten hinausgehen und dem Landarbeiter sagen, er solle in die Stadt kommen. Wie ich da die hübsche Sonntagspredigt des Kollegen Hösch angehört habe, der mit viel Pathos geschildert hat, wie sozialdemokratische Agitatoren hinausgehen und dem Landarbeiter sagen, er solle in die Stadt kommen, habe ich mich einigermaßen darüber gewundert. Welches Interesse hätten wir in den Städten, wo es Arbeitslose in Massen gibt, die landwirtschaftlichen Arbeiter von der Produktion herauszunehmen und sie in die Stadt zu ziehen, damit sie das Heer der Arbeitslosen und Unorganisierten noch vermehren? Wir haben nie ein Interesse daran gehabt, daß die ländlichen Arbeiter von der Landwirtschaft weggehen und in die Stadt kommen, sondern wir haben ein großes Interesse daran, daß sie draußen bleiben. Wenn aber die landwirtschaftlichen Arbeiter vor dem Krieg und jetzt zum Teil wieder und später, wenn die wirtschaftliche Krise in Industrie und Gewerbe überwunden sein wird, in wieder stärkerem Maße der Industrie der Stadt zuströmen, dann hat das dieselben Ursachen, die die Flucht der Bauern vom Land im Mittelalter gehabt hat, als die Bauern von den Grundherren drangsaliert worden sind, als sie Hörige gewesen sind. Damals bestand der Rechtsgrundfaß: „Stadtluft macht frei“ und die Bauern sind in die Stadt gegangen, um freie Menschen zu werden und der Knechtschaft zu entrinnen. Vor dem Kriege sind landwirtschaftliche Arbeiter in die Stadt gezogen und auch heute gehen sie in die Stadt, weil das Kulturniveau des industriellen Arbeiters, ein weit höheres ist, als das des landwirtschaftlichen Arbeiters, und um wieder einen Schriftsteller zu zitieren — es ist Kapp —, will ich folgendes sagen: Die meisten, die über die Landarbeiterfrage sprechen und darüber klagen, vergessen, daß auch der Landarbeiter eine Seele hat. Sie vergessen, daß auch der Landarbeiter das Bedürfnis hat, Anteil zu nehmen an der Kultur, Anteil zu nehmen an dem, was das arbeitende Volk in der Stadt sich kraft seiner Organisation erkämpft hat. Wenn Sie heute sehen, wie der land-

wirtschaftliche Arbeiter wohnt, wenn Sie sehen, daß die Wohnung des landwirtschaftlichen Arbeiters, der Stall und das Magazin ein und derselbe Raum ist, dann werden Sie schon begreifen, daß die tatkräftigeren Arbeiter am Lande draußen, diejenigen, die Unternehmungslust und Unternehmungsgeist haben, gerade die besten Kräfte der Landwirtschaft den Rücken kehren und in die Stadt gehen, weil sie wissen, daß sie dort, wenn es ihnen auch noch so schlecht geht, wenigstens eine Wohnung haben werden, die nicht gleichzeitig ein Stall ist. Dadurch gehen gerade die besten, die tatkräftigsten Menschen der Landwirtschaft verloren und die Kranken, die Siechen, diejenigen, die keine Unternehmungslust mehr haben, die bleiben der Landwirtschaft.

Deshalb sagen wir uns; Wenn wir nicht wollen, daß unsere Landwirtschaft zugrunde geht, wenn wir nicht wollen, daß zu den vielen wirtschaftlichen Katastrophen, die bereits über uns hereingebrochen sind, auch noch die komme, daß unsere Landwirtschaft infolge der ausländischen Konkurrenz, die später eintreten wird, zugrunde geht, dann müssen wir dafür Sorge tragen, daß unserer landwirtschaftlichen Produktion die Arbeitskräfte gesichert werden.

Da ist vor allem notwendig, meine Herren, daß die vormärzlichen Gesindeordnungen endlich einmal beseitigt werden. Wenn man die Gesindeordnungen, die heute noch in Niederösterreich, Oberösterreich, in Steiermark und in den anderen Ländern gelten, ansieht, wenn man da findet, daß der Arbeitgeber, der Dienstgeber noch das Recht der Züchtigung hat . . . (Rufe: Wo denn?) Ja, er hat in der Dienstbotenordnung noch das Recht der Züchtigung, nur wird gefragt, er darf dieses Recht der Züchtigung nicht missbrauchen und es darf der Dienstnehmer an Leib und Leben nicht Schaden leiden. Erschlagen darf er ihn nicht, da kommt er schon mit dem Strafgesetz in Konflikt, aber schlagen kann er ihn wohl. Und was kann dem Dienstgeber passieren, wenn er etwa seine Befugnisse, die in der Dienstbotenordnung wirklich recht weitherrzig abgesteckt sind, überschreitet? Es kann ihm höchstens passieren, daß er zu dem Gemeindevorsteher vor geladen wird, denn der Richter ist in den meisten der Fälle der Gemeindevorsteher. Während der Arbeiter in der Stadt, wenn er von seinem Arbeitgeber misshandelt wird, zu Gericht gehen kann, ist der Arbeiter auf dem Lande draußen nach der Dienstbotenordnung schutzlos. (Abgeordneter Wimmer: Da müssen Sie die Dienstbotenbücher besser lesen!) Ja, es gibt auch Dienstbotenbücher, weil Sie davon sprechen. Der Steckbrief, der bei der gewerblichen Arbeiterschaft endlich einmal beseitigt worden ist, besteht noch auf dem Lande draußen und ist in den Dienstbotenordnungen vorgesehen. (Berichterstatter Eisen-

hut: Das ist schon alles weg und schon längst überholt!) In der Tiroler Dienstbotenordnung heißt es, daß der Dienstgeber darauf Einfluß zu nehmen hat, daß sich die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht über ihre Verhältnisse kleiden, es heißt, daß er sein Züchtigungsrecht durch eine Verschärfung der Haushaltungsordnung anwenden kann, daß auch strengere Mittel zulässig sind, nur Misshandlungen, wodurch der Dienstbote am Körper Schaden nimmt, sind unzulässig. Über die Schlafstätten enthalten alle Dienstbotenordnungen nicht die geringste Anordnung. Es zählen alle diese Dienstbotenordnungen eine ganze Fülle von Pflichten auf, die der Dienstnehmer hat. Er hat sicherlich Pflichten, aber ob es gerade notwendig ist, daß man sagt, daß der Dienstbote die Ermahnungen des Dienstgebers beobachten entgegenzunehmen hat, weiß ich nicht. Das ist kein Arbeiterrrecht, das in die moderne Zeit noch hineinpaßt. Man sieht da von entwöhnten Dienstboten, die von der Polizei, beziehungsweise von der Gendarmerie zurückgeholt und zwangswise zum Dienstantritte verhalten werden können; kurz und gut eine Reihe von Bestimmungen, die heute in diesen Dienstbotenordnungen noch gelten und die an sich schon bewirken, daß sich jeder Arbeiter auf dem Lande draußen, der einigermaßen frei fühlt, diesem Druck dadurch zu entziehen sucht, daß er in die Stadt geht.

Es wird also notwendig sein, daß man diese Dienstboten- und Gesindeordnungen durch modernes Recht ersetzt. Man wird es aber nicht den Landtagen überlassen dürfen, dies zu tun, sondern wir stehen schon auf dem Standpunkte, daß auch der gesamte landwirtschaftliche Arbeiterschutz dem Staatsamt für soziale Verwaltung zugehören soll. Wir sind gar nicht damit einverstanden, daß etwa dann nach der Verfassungsreform in dem Bundesstaate, der da werden soll, so wie es in den beiden Verfassungsentwürfen, die unter dem Namen des Herrn Staatssekretärs Mayr in die Öffentlichkeit gelangt sind, ausgedrückt ist, die Frage der Regelung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse und Arbeiterschutzbestimmungen den Ländern überlassen werden soll. In dieser Beziehung haben wir bereits unsere Erfahrungen gemacht. Es gibt bis heute noch keine Krankenversicherung für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter; die Vorlage befindet sich jetzt im Hause. Der Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist man erst in der Republik näher getreten, weil sich auf dem Lande draußen bereits eine starke Landarbeiterorganisation gebildet hat. Man könnte auch in dieser Beziehung ein Wort Bismarcks variieren und sagen: Gäbe es keine Landarbeiterorganisation und gäbe es nicht so viele Menschen, die sich vor dieser Landarbeiterorganisation fürchten, dann würden auch die geringen Fortschritte, die bisher auf dem Gebiete des Schutzes

der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft gemacht worden sind, nicht gemacht worden sein. (Beifall.) Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Schutz der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft Bundesache sein soll und daß überhaupt ein modernes Landarbeiterrecht zu schaffen, eine der dringlichsten Aufgaben der Gesetzgebung sein wird.

Neben der Schaffung von modernen Arbeiterschutzbestimmungen für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist es eine Selbstverständlichkeit, daß ihnen auch das Kooalitionsrecht und die volle Kooalitionsfreiheit gesichert werden muß. Die Vorschläge, die da beispielsweise bei der steirischen Landwirtschaftsgesellschaft erstattet worden sind, können natürlich nicht ernst werden; deswegen nicht, weil die landwirtschaftlichen Arbeiter doch schon einigermaßen wehrfähig geworden sind und andererseits auch deshalb nicht, weil es ein Unglück für unsere Landwirtschaft selbst bedeuten würde; weil es bedeuten würde, daß gerade die besten Arbeiter aus der Landwirtschaft vertrieben würden.

Notwendig wird dann auch sein, daß Land- und Forstwirtschaftsinspektoren eingeführt werden, so wie wir Gewerbeinspektoren haben, die dafür Sorge tragen, daß die Arbeiterschutzgesetze eingehalten werden, daß die Schutzausrüstungen an den Maschinen sind usw. Dazu brauchen wir, wenn wir ein modernes Landarbeiterrecht haben, auch Organe, die darüber wachen, daß die Schutzbestimmungen, die für den land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter gelten, eingehalten werden. (Zwischenrufe.) Ich weiß schon, daß es den Herren nicht angenehm wäre, wenn jetzt unvermutet . . . (Berichterstatter Eisenhut: Die Schutzausrüstungen bei den Dreschmaschinen nehmen die Arbeiter selber herunter!) Es mag ja sein, daß man solche Schutzausrüstungen herunternimmt. Das war früher auch so, aber wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Gewerbeinspektoren eine überaus wichtige Einrichtung sind und werden nicht darauf verzichten, weil vielleicht irgendwo eine unbedeckte Schutzausrüstung heruntergenommen wurde. Wir meinen, daß es überaus notwendig sein wird, daß ähnliche Einrichtungen für die Land- und Forstarbeiterchaft getroffen werden.

Die Tatsache werden Sie nicht aus der Welt schaffen, daß der landwirtschaftliche Arbeiter sich organisiert, das liegt im Zuge der Zeit, das ist ein Produkt der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse am Lände, das werden Sie weder mit pathetischen Sonntagspredigten noch mit Vorschlägen, so wie sie in der steirischen Landarbeitergesellschaft gemacht werden, aus der Welt schaffen. Die Tatsache besteht, daß die Land- und Forstarbeiter sich organisieren, 50.000 in Deutschösterreich, 650.000 in Deutschland gehören heute ihrer Gewerkschaftsorganisation an. Das ist ein Beweis, daß der Gedanke der Organisation auch in der Landwirtschaft nicht

zu hemmen ist. Wenn Organisationen bestehen, dann wird es auch dazu kommen, daß Verträge abgeschlossen werden und es würde auch unserer Landwirtschaft nicht schaden, wenn Organe da wären, die, so wie im Gewerbe die Gewerbeinspektoren, vermittelnd eingreifen und trachten, den Vertragsabschluß zu erleichtern. Wenn Verträge bestehen, wird es auch notwendig sein, daß Organe da sind, die überwachen, daß diese Verträge eingehalten werden. Ich meine daher schon, daß über die Frage der Bestellung von land- und forstwirtschaftlichen Inspektoren, die einen ähnlichen Aufgabekreis wie die Gewerbeinspektoren in Industrie und Handel und im Gewerbe haben, schon zu diskutieren wäre und daß man darüber nicht ganz einfach lächelnd zur Tagesordnung hinweggehen kann.

Es ist uns zwar gesagt worden, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter heute glänzend leben, daß sie hohe Löhne haben und daß es ihnen an nichts fehle. Ich war einigermaßen überrascht darüber, denn ich habe kürzlich ein Blatt in die Hand bekommen, das den Herren von der rechten Seite sehr nahesteht, und darin aus dem Bielachtale eine „Dienstbotenbitte“ abgedruckt gefunden; darin heißt es: Keine Not treibt uns, eine dringende Bitte öffentlich an unsere Herrenleute, die Bauern, zu richten. Sie lautet auf Gewährung höherer der Teuerung entsprechender Löhne. Jeder andere Arbeiter hat solche bereits erzwungen, dort, wo ihm Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Weil es ein christlicher Arbeiter ist, der diese „Dienstbotenbitte“ geschrieben hat, verabscheut er den Zwang und rechnet auf die Einsicht der Arbeitgeber, denen er seine ganze Kraft lehnt. Ich weiß ja nicht, ob er sich nicht damit verrechnet, ich wünsche ihm viel Glück dazu, aber er scheint bis jetzt wenig Einsicht gefunden zu haben, denn er sagt: Wir essen an dem Tische des Bauern das tägliche Brot und es mundet uns besser als das aller übrigen Volkschichten. Dafür arbeiten wir aber auch nicht acht Stunden mit allerlei Pausen und Urlauben, sondern stehen zur Verfügung vom frühen Morgen bis in den späten Abend. Aber was sollen wir mit 30, 40 Kronen Monatslohn anfangen? (Abgeordneter Eisenhut: 1000 K zahlen wir pro Monat und die Kost!) Mir ist doch der „Stadt und Landbote“ von St. Pölten vom 5. Februar in dieser Frage auch kompetent; und es ist nicht einfach von der Hand zu weisen, wenn da ein Bauernknecht im Namen vieler diese Dienstbotenbitte an seine Herrenleute stellt und die Angabe macht, daß 30 bis 40 K pro Monat gezahlt werden. Ich weiß, daß diese Verhältnisse tatsächlich bestehen, aus meiner täglichen Erfahrung. Es ist nämlich gar nicht so, wie es die Herren hier dargestellt haben, daß die Agitatoren aufs

Land hinausgehen und die landwirtschaftlichen Arbeiter aufheben, sondern es ist vielfach umgekehrt; die landwirtschaftlichen Arbeiter kommen von draußen zu uns herein und sagen: Herr, was sollen wir machen, wenn wir nur soundso viel Lohn haben? Wir sagen ihnen einfach darauf: Macht das, was alle anderen arbeitenden Menschen machen; schließt euch in einer Organisation zusammen, verlaßt euch auf eigene Kraft, denn wer sich selbst hilft, dem hilft Gott. Aber wir machen schon die Erfahrung, daß diese Verhältnisse auf dem Lande draußen bestehen und müssen sagen, daß es notwendig ist, daß in diesen Belangen eine Besserung eintritt. Sie werden den Landarbeitern und den Forstarbeitern das Recht nicht streitig machen können, daß auch sie sich eine Organisation schaffen, so wie Sie ihre Organisationen haben; und in diesem Falle wird die Bauernorganisation als Unternehmerorganisation. So wird auch die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft ihre Organisation ausbauen.

Ich bin überzeugt, daß das nicht zuletzt im Interesse der land- und forstwirtschaftlichen Produktion selbst gelegen ist. Dadurch, daß Sie es dem land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ermöglichen, seine Organisation anzustalten, in seiner Organisation tätig zu sein, geben Sie dem landwirtschaftlichen Arbeiter ein Stück Kultur, geben Sie dem land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter die Möglichkeit, daß er selbst mithilft, seine Lage und seine Verhältnisse zu bessern. Wenn Sie eine gewerkschaftliche Organisation der Industriearbeiter betrachten, so finden Sie dort, wie eine ganze Reihe von Bertramsmännern arbeitet, wie dort die Tugend der Solidarität und die Tugend der gegenseitigen Hilfe gepflegt wird. Es ist das etwas, was auch dazu beiträgt, dem Arbeiter-Lebensinhalt zu geben. Das dürfen Sie auch dem landwirtschaftlichen Arbeiter nicht versagen. Solange die einzige Abwechslung des landwirtschaftlichen Arbeiters auf dem Lande draußen nur das Wirtshaus ist, solange werden Sie die Landflucht haben und solange werden Sie auch die Tatsache haben, daß das Kulturniveau des landwirtschaftlichen Arbeiters weit tiefer ist als das des industriellen Arbeiters, daß also die Stellung der gewerblichen Arbeiterschaft, die soziale Lage der Industriearbeiterchaft eine geradezu magische Anziehungskraft auf den Landarbeiter ausübt. Hebung der sozialen Lage der Landarbeiterchaft, Ermöglichung der Organisation der Landarbeiterchaft, Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetze auf dem Lande, das ist ein wichtiges Erfordernis der Förderung unserer landwirtschaftlichen Produktion.

Ich habe davon gesprochen, daß wir eine geschulte landwirtschaftliche Arbeiterschaft brauchen. Deswegen verstehe ich es nicht, wie von Seiten der Landwirte ein solcher Widerstand gegen die Schul-

reform geleistet wird. Wir wundern uns immer wieder darüber, wie man die Absichten unseres Staatsamtes für Unterricht hinsichtlich der Schulreform missversteht, wie man sie missdeutet und wir haben vielfach das Gefühl, daß man sie absichtlich missdeutet.

Gerade Sie auf dem Lande draußen müßten ein Interesse daran haben, daß das Schulwesen, das auf dem Lande vielfach noch sehr im argen liegt, modern gestaltet wird, daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter die Gelegenheit haben, sich die Grundlage für die Erwerbung von Wissen in der Schule anzueignen. Auch das ist ein Stück Kultur, das Sie dem landwirtschaftlichen Arbeiter nicht weigern dürfen, das Sie ihm freudig geben sollen, weil es dazu beiträgt, den landwirtschaftlichen Arbeiter draußen auf dem Lande zu halten. Deswegen, meine Herren, versuchen Sie nicht, die landwirtschaftliche Arbeiterfrage dadurch zu lösen, daß Sie Zwangsmaßregeln vorschlagen, wie das von einigen Seiten geschieht. Suchen Sie die landwirtschaftliche Arbeiterfrage auch nicht dadurch zu erklären, daß Sie sie als ein Produkt der Verhetzung gewissenloser Agitatoren hinstellen, sondern suchen Sie die landwirtschaftliche Arbeiterfrage in dem Sinn aufzufassen, daß sie ein Produkt der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf dem Land ist und daß alles getan werden muß, die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiterchaft zu heben. Darüber geben wir uns keiner Täuschung hin, daß die landwirtschaftliche Arbeiterfrage nicht rechtlos gelöst werden kann, so wie es überhaupt unmöglich ist, die Arbeiterfrage zu lösen, solange es eine kapitalistische Wirtschaftsordnung gibt. Aber was auch innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und solange sie besteht, geschehen kann und was sofort in Angriff genommen werden muß, das ist, daß der gewaltige Unterschied zwischen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Industriearbeiter dadurch abgebaut wird, daß die soziale Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter durch gesetzgeberische Maßnahmen und dadurch, daß man der Organisation kein Hindernis in den Weg stellt, gehoben wird. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Juß.

Abgeordneter Juß: Hohes Haus! Das Kapitel Forstwirtschaft schließt zwar mit einem Altivum ab, nichtsdestoweniger kann ich mich mit demselben, soweit ich in der Lage bin, Einsicht zu haben, doch nicht befremden. Die Forste in Gamberdon in Vorarlberg haben ein Ausmaß von 871 Hektaren und aus diesen Forsten ist innerhalb 14 Jahren gar kein Holz geschlägert worden, mit Ausnahme jenes für die Servitutsberechtigten.

Ebenso ist es auch mit den anderen Forsten. Wir haben da ein Ausmaß von insgesamt 2000 Hektaren. Bei dieser Fläche haben wir ständig vier Forstgehilfen und einen Forstmeister. Früher war die Sache anders. Früher hat man Forstgehilfen angestellt, die konnten naturgemäß während des Jahres nur vier bis fünf Monate Beschäftigung haben, weil die Schneeverhältnisse gar nicht gestatteten, in der anderen Zeit in diesen Forsten zu sein. Und so hat der Angestellte mit seiner Nebenbeschäftigung sein Durchkommen gefunden und der Staat hat das mit einer Bagatelle von Lohn machen können. Heute haben wir immer Angestellte dort, die auf diese Weise den Staat so belasten, daß man fürchten muß, daß er aufgezehrt werden wird. Es ist natürlich volkswirtschaftlich nicht zu verstehen, daß man so viele Angestellte auf einen so kleinen Komplex hinausgibt, daß wieder alle Erträge aufgezehrt werden und so wieder die Steuerkraft der Steuerzahler belastet wird.

Es ist schon längst ein Gesetz zur Neuregulierung der Servitutsrechte vorgelegt worden. Ich würde es begrüßen, wenn dieser Entwurf möglichst bald Gesetz würde, damit auf diese Weise die Sache erträgnisreicher gestaltet werde. Diese Forste wurden im Jahre 1830 den Gemeinden vom Staat mit einem Viertel weggenommen. Wenn der Staat diese Forste den Gemeinden überlassen hätte, so hätte er davon wenigstens Grundsteuer und Äquivalentsteuern gehabt, so aber hat er nichts davon gehabt. So wurde in unserem Staat gewirtschaftet. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, darauf hinzuweisen, daß in diesem Bereich Änderungen eintreten müssen.

Ebenso ist es auch bei uns draußen, wenn man die Bahnen betrachtet, auch da sehen wir nichts, als die größte Miszwirtschaft. Wir im Vorarlberg leiden unter dieser Miszwirtschaft am ärgsten, weil wir die größten Entfernungen von ganz Österreich aufweisen. Wir müssen mit diesen hohen Tarifen alles in unser Land bringen, was wir von hier aus beziehen und leiden daher am ärgsten darunter. Bei den Bahnen sind auch viel zu viel Beamte angestellt, weshalb es nicht möglich ist, daß erträgliche Frachtkräfte eingeführt werden. Wenn wir dagegen unser Nachbarland betrachten, wo Bahn und Post die Hauptentnahmen des Staates bilden, so müssen wir uns sagen, unser Land kann eben den Vergleich mit diesem Staat nicht aushalten. Es wird eben in allen Monopolsachen und staatlichen Betrieben schlecht gewirtschaftet.

Wenn wir die Monopolgegenstände hernehmen, so bekommt man nicht einmal mehr Tabak in diesem Staat. Dieser Staat ist nicht einmal imstande, Buchenlaub zu einem horrenden Preise genügend zu verkaufen. Nur im Schleichhandel kann man diese Sachen bekommen, Tabak und alles

mögliche, nicht nur ausländischen, sondern auch Tabak von der österreichischen Regie. Das ist das Merkwürdige, daß man auf der einen Seite den Bauern den Schleichhandel vorwirft und auf der anderen Seite gerade mit staatlichen Monopolgegenständen den größten Schleichhandel treibt. Im letzten Winter konnten sich unsere Bauern das Petroleum, welches sie gebraucht haben, nur im Schleichhandel erwerben, sonst hätten sie nicht existieren können.

Bei solchen Zuständen in einem Staat kann man nicht von einer ordentlichen Demokratie sprechen, sie halten auch den Vergleich mit einer anderen Demokratie nicht aus. Darum ist es notwendig, daß in dieser Demokratie auch einmal mit dieser Sorte von Leuten eine bessere Ordnung geschaffen wird. Wir Vorarlberger sind vermöge unserer Beziehungen zum Auslande mit der Demokratie ganz gut bekannt, wir sind mit der Demokratie von Jugend auf verwachsen, Tausende unserer Landsleute sind in ihrer Jugend in diese Demokratien und Republiken hinausgegangen, die kennen die Verhältnisse draußen, sie mußten sich dort ihr Brot suchen, weil sie in unserem Staat schon früher nicht genug Brot hatten, und sie haben draußen ihr Brot gefunden, wirkliches Brot, nicht nur aus aller Herren Länder und Mühlen zusammengekochtes Brot, wie wir es für die Arbeiter haben, während wir für Schleich- und Kettenhändler und dieses Geschmeiß Weißgebäck haben. Das sind keine annehmbaren Zustände in einem Staat, mit denen die Bevölkerung zufrieden sein kann.

Wir kennen aber auch eine zweite Demokratie, die uns weiter entfernt ist und die verteuftest Ähnlichkeit mit unserer Demokratie hat. Dort ist auch eine große Korruption gewesen, die Monopolgegenstände waren dort schon nach dem ersten Kriege furchtbar teuer und wenn ein Arbeiter kam 14 Tage in dieser Demokratie gewesen ist, war er schon imstande, im Schnüggel alles aus dem Auslande zu bekommen. Wenn man diese Demokratie im weiteren verfolgt, so hat sie ganz genau verteuft Ähnlichkeit mit der unseren, dieselben Einrichtungen, wie bei uns; auch dort herrscht stets Furcht vor der Monarchie und ich kann mir darum diese Furcht hier nicht anders erklären, als daß man das Gefühl hat, daß unsere Demokratie nicht einmal das geleistet hat, was die schlechte Monarchie leistete. Darum sollte man trachten, nicht auf diese Furcht hinzuweisen, sondern sollte trachten, daß diese Demokratie verbessert wird, daß sie zu einem Staat der Ordnung führt. Das wäre leicht zu machen, gegenüber dem alten Österreich, diesem verlotterten Staat, in dem wir wirklich nie verwöhnt worden sind. Nach einem solchen Staat sollte eine Demokratie doch auftreten können.

Der Staatssekretär für Inneres hat auf den Mangel an zentraler Gewalt hingewiesen. Dieser Mangel mag bestehen; wo liegt aber die Schuld? Wenn Sie wollen, daß die Länder Ihnen beim Ausbau der zentralen Gewalt entgegenkommen, müssen Sie zuerst die Unordnung hier in der Zentrale beheben. Hier sehe ich die größte Unordnung in ganz Deutschösterreich. Sie können von der Bevölkerung in den Ländern gewiß nicht verlangen, daß sie all das Geschmeiß im Sommer ausnahmslos aufnimmt, damit des Land ganz kahlgefressen wird. Die Regierungen hätten auch draußen gar keine Macht mehr, wenn sie einem solchen Verlangen stattgeben würden. Wenn Sie dem Ruf, der draußen immer mächtiger erhoben wird, daß mit diesen Leuten Ordnung gemacht werden soll, nicht Folge geben, dann werden Sie das Vertrauen der Länder nicht erringen können und dann kann diese zentrale Gewalt nicht geschaffen werden. Der Staatssekretär für Volksnährung hat gesagt, daß in diesem Staat die Schieber ja ganz gut auf ihre Rechnung kommen, und er hat auf der andern Seite darauf hingewiesen, wie viel der Staat für die verbilligten Lebensmittel daraufzahlt. Nun, meine Herren, wir haben im Anfang hunderttausende Arbeitslose gehabt, man hat diese Leute kontrollieren müssen, der Staat hat für ihre Erhaltung aufkommen müssen. Sind wir imstande gewesen, das zu leisten, so müssen wir auch imstande sein, die Schieber und Kettenhändler zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß Leute, die keine ordentliche Arbeit leisten, auch nicht mehr doppelt versorgt werden und auch keine verbilligten Lebensmittel erhalten. Wenn wir nicht so weit Ordnung schaffen können, sind wir gewiß auch nicht imstande, den Arbeitswillen derart zu heben, daß dieser Staat wieder in die Höhe kommen kann. Nur wenn diese Gegensätze ausgeglichen werden, wenn diejenigen, die eine Doppelversorgung haben und nichts tun, sondern nur den Staat volkswirtschaftlich schädigen, kontrolliert werden und keine Lebensmittel mehr bekommen — die Schieber sollen sich gegenseitig selbst betrügen —, dann kann wieder Ordnung und Arbeitswille im Lande einziehen.

Der Herr Kollege Witternigg hat von Ländertrottelosis gesprochen. Ich kann versichern, daß diese Krankheit in Vorarlberg sehr schwer heilbar ist. Wir sind im Anfang kaum ein paar Dutzend Männer gewesen, die gesagt haben: Wir wollen von diesem verlotterten Staatswesen, das zusammengebrochen ist, nichts mehr wissen. Die Zahl dieser Männer ist aber inzwischen so gewachsen, daß es heute, prozentuell ausgedrückt, so viele sind, als die österreichische Krone von ihrer Kaufkraft verloren hat. Das kann man ruhig von der Vorarlberger bodenständigen Bevölkerung behaupten und

das ist deshalb gekommen, weil wir noch nicht gesehen haben, daß diese Demokratie gegenüber der alten Monarchie besser gewesen wäre. Wir wollen einmal Tatsachen sehen, dann kann sich die Lage vielleicht auch in Vorarlberg wieder bessern.

Der Herr Kollege hat uns Furcht vor den Steuern machen wollen. Er hat gesagt, Vorarlberg könne sich nicht erhalten, die Länder könnten sich überhaupt nicht erhalten, die ganzen Steuern zahlt Wien. Diese Furcht verfängt nicht bei uns. Wir wissen ja, daß Wien am meisten Steuern zahlt.

Wir wissen aber auch, wie künstlich dieses Gebäude aufgeführt wird. In einer Stadt wie hier, wo vom Staat heute so viele Milliarden an Gehältern, Zinsen, Zuschüssen hineingeworfen werden, soll überhaupt nichts mehr an den Staat zurückfließen? Das ist nicht denkbar, die Stadt hat auch etwas zu leisten. Wenn so viele Milliarden hinge-worfen werden, sollen sie auch zurückströmen. Diese Bauten, diese Steinbauten sind gewiß nicht nur mit dem Schweife der Wiener gebaut worden, hier ist auch die Arbeitskraft der Länder daran. Es hat schon früher Herr Kollege Niedrist darauf hingewiesen, wie künstlich die Steuern herfließen. Es ist kaum zehn Minuten, da habe ich einen Brief bekommen, wo die gleiche Klage, betreffend die Staatsbahnen, geführt wird, daß all die Steuern nur künstlich auf die Stadt hergezogen werden. Wenn wir auf dem Lande nur Lasten haben, wie wir sie jetzt neuerdings bei der Bahn bekommen, so ist es kein Wunder, wenn wir nicht die Steuerkraft haben, wie sie die Stadt hat. Aber wenn wir uns dann selbst verwalteten, so müssen wir aufkommen, ein Arbeitsvolk muß aufkommen. Ich habe noch nie gehört, daß der Honig von den Drohnen gewonnen wird, sondern immer nur von den Arbeitsbienen, und das Verhältnis und der Prozentsatz der Arbeitsbienen und Drohnen ist auf dem Lande entschieden günstiger als in der Stadt Wien. Darum ist diese Furcht nicht begründet.

In einer anderen Sache ist diese Furcht, diese Trottelosis, wie Kollege Witternigg gemeint hat, draußen in Erfüllung gegangen. Den Leuten, die im Anfang nicht für die Selbständigkeit von Vorarlberg waren, sind heute die Augen so ziemlich aufgegangen, so daß heute unsere Stellung eine leichte ist. Sie haben nicht geglaubt, daß in einer Demokratie der Staatskanzler die verachtete und so sehr verspottete Habsburger Haushaltspolitik wieder einführen will und daß, wenn die Länder zusammenhalten wollen, dann die Entente anruft, um sie wieder zusammenzuhalten. Das haben sie nicht erwartet, darum haben sie sich provisorisch angelösst.

Wenn wir nicht imstande sind, diesen Staat wieder auf die Höhe zu bringen, Ordnung in diesem Staate zu schaffen, damit das Volk, das jetzt durch zwei Jahre zugesehen hat, ohne nur im geringsten

zu sehen, daß wir irgendwie vorwärts kommen, wo vielmehr jeder das Gefühl hat, wir gleiten täglich mit größerer Schnelligkeit dem Sumpfe zu, dann wird es, wenn wir noch einmal dazu kommen, wieder in den Sumpf zu kommen, wird der Staat wieder kleiner werden und es werden wieder weniger sein, die den Karren aus dem Sumpfe ziehen wollen. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Wikan.

Abgeordneter Wikan: Hohes Haus! Zu den interessantesten Problemen unserer Volkswirtschaft gehört die Forstwirtschaft. Es ist heute von den Abgeordneten leider sehr wenig darüber gesprochen worden, mit Ausnahme des Herrn Staatssekretärs, der sich darüber ausgelassen hat. Nun sehen wir gerade, daß heute Holz der einzige Rohstoffartikel ist, der vom Auslande sehr begehrt wird. Jener wichtige Artikel, das Rohstoffholz, wird aber bei uns nicht so verwaltet und bewirtschaftet, wie es eigentlich sein sollte. Holzbesitz würde bei uns gleich Goldbesitz werden, und es wäre nur notwendig, die Kunst zustande zu bringen, auch von Staats wegen die Holzbewirtschaftung so einzurichten, wie es unsere Privatproduzenten verstehen. Mit Holz wird heute ein ungeheures Geschäft gemacht.

Wir haben 38.000 Geviertkilometer Wald, davon sind ungefähr drei Fünftel Gebirgswald. Und dieser Wald, der für die Erhaltung der klimatischen Verhältnisse und auch unserer Gebirgswässer so notwendig ist, ist in großer Gefahr. Es hat schon ein Redner erwähnt, daß heute unsere privaten Unternehmer den Holzbestand zugrunde richten, indem sie an Stellen schläfern, die erst in Jahrzehnten reif zur Schlägerung werden, während in Gegenden, die zur Bringung weniger günstig liegen, das Holz jahrelang herumliegt, das schon reif zur Schlägerung gewesen wäre. Auch muß von Seiten des Staatsamtes für eine plannmäßige Bewaldung der Gebirge vorgesorgt werden; das liegt schon im Interesse der Wasserkräfte, die wir ja in Zukunft zur Ausgestaltung unserer Wirtschaft heranziehen wollen.

Zu dieser wirtschaftlichen Bedeutung des Waldes kommt nun noch seine Bedeutung für die Volksgesundheit. Wer einmal im Sommer einige Wochen in einer Waldegegend zugebracht hat, muß der Erhaltung des Waldes das Wort reden. Unser Verein „Naturfreunde“ hat, indem er die Arbeiter mit den heimatlichen Bergen, Wäldern und Seen vertraut gemacht hat, indem er sie an Sonntagen hinausgeführt hat, die Heimatsliebe in den Arbeitern geweckt; das ist ein besonderes Verdienst dieser sozialistischen Vereinigung.

Wir müssen diese Wälder vor der Vernichtung, die ihnen droht, retten. An den ungeheuren Holzpreisen der letzten Zeit haben die verschiedensten Kreise ihr Süppchen gekocht. Sehen wir uns die Leute an, die heute mit Holz beschäftigt sind? Ehemalige Offiziere, Bankbeamte, Fleischhacker, Wirt, kurz alle möglichen Leute, die nie Holz geschlägert und geforstet haben, beschäftigen sich heute mit der Holzförderung, alles Leute, die nur das eine gut verstehen: Geschäfte zu machen.

Der Herr Berichterstatter, Kollege Eisenhut, hat am Schlusse seines Berichtes gewissermaßen den Vorwurf erhoben, daß die Arbeiterschaft durch die hohen Löhne, die in der Forstwirtschaft gefordert werden, eigentlich mit die Ursache sei, daß es nicht möglich ist, die Forstwirtschaft rentabel zu gestalten. Wir müssen diesen Vorwurf ganz entschieden zurückweisen. Nicht die Arbeiterschaft ist die Ursache, daß die Holzpreise so hoch gestiegen sind, sondern die Profitsucht der Holzproduzenten. Im Jahre 1919 hatten die Holzarbeiter einen Stundenlohn von 2 K 50 h und der Preis eines Festmetres Holz war 100 K. Im Jahre 1920 stieg der Stundenlohn auf 6 K 50 h, der Preis eines Festmetres Holz aber auf 700 und 800 K. Sie sehen also eine Steigerung des Arbeitslohnes um 160 Prozent, bei einer Steigerung der Preise um 600 Prozent, in vielen Teilen um noch viel mehr. Die Herren Waldbesitzer haben es allerdings ausgezeichnet verstanden, große Gewinne zu erzielen, indem sie die Abstockungspreise gewaltig in die Höhe trieben. Im Jahre 1919 zahlte man noch am Stocke einen Preis von 30 und 35 K für den Festmeter, im Jahre 1920 schon 300 bis 350 K. Wir sehen also, daß nicht die Lohnsteigerungen die eigentliche Ursache der hohen Holzpreise waren, sondern die ungeheure Profitsucht der Waldbesitzer, Produzenten und Händler.

Es ist auch unbedingt notwendig, daß man den Arbeitern im Forst eine Lebensmöglichkeit gibt.

Die Forstarbeiter haben keine Möglichkeit eines Mehrbezuges an Mehl, Brot und Fleisch. Sie sind genau so wie die industriellen Arbeiter darauf angewiesen, die Lebensmittel zu kaufen. Sie müssen sie kaufen, weil in den Gebirgsgegenden kaum genügend Kartoffel gesetzt werden, damit sie sich satt essen können. Man hat den Forstarbeitern in den staatlichen Forsten fast alle Servitutsrechte genommen. Sie sind nur darauf angewiesen, was sie auf die Karte bekommen. Die schwere Arbeit, die im Forste verlangt wird, kann man aber nicht von unterernährten Menschen und Invaliden verlangen, dazu gehören vollwertige und kräftige Menschen. Diesen Menschen muß man durch entsprechende Löhne auch die Möglichkeit geben, sich entsprechend zu ernähren, um sich Lebensmittel zu

kaufen. Wenn wir ihnen die Schaffensfreudigkeit geben wollen, die bei den Forstarbeitern so notwendig ist, müssen wir ihnen auch eine bessere Kost geben. Denn der Grundsatz gilt hier wie überall: Eine magere Kost, eine geringe Arbeitsergiebigkeit.

Wenn wir die Beteiligung an der Handelswirtschaft betrachten, so finden wir, daß hier eigentlich alle mitarbeiten. Die Handelsangestellten und alle, die da mitarbeiten, verstehen es sehr gut, Holzgeschäfte zu machen. Bei uns im Ennstal zum Beispiel hat ein Handlungsgesellschafter sich nie mit solchen Geschäften befaßt hat, sein Kommissionshandwerk an den Nagel gehängt und sich dem Holzhandel ergeben. Heute steht er einem großen Direktorium vor und hat für ein einziges Vermittlungsgeschäft, das er für ein Holzabstckungsgeschäft durchgeführt hat, 240.000 K Provision erhalten. (Hört!) Man sieht, daß man bei diesen Geschäften glänzend verdienen kann, wenn man es nur richtig versteht. Diese großen Händlern und Spekulanten werden alle Wege geebnet. Es ist heute darauf hingewiesen worden, daß sich die Länder gegenseitig absperren. Oberösterreich hat das auch getan und die Ausfuhr von Rund- und Nutzholz ohne Transportbewilligung verboten. Der mittlere und der kleine Bauer oder der kleinere Waldbesitzer sind vollkommen außerstande, derartige Transportbewilligungen von der Landesregierung zu erhalten. Aber die großen Haifische, die den Waldbrauch im großen betreiben, bekommen die Transportbewilligungen gleich hundertstückweise. Auch die Strompolizei, die bei diesen Flößen im Tätigkeit treten soll, versagt zuweilen. Wenn das Flöß nicht angehalten wird, gibt der Betreffende die Transportbewilligung nicht ab und das Holz geht schwarz durch. Es sollte also bei der Verwendung der Strompolizei eine erhöhte Vorsicht walten. Es ist heute schon davon gesprochen worden, man solle keine Namen nennen, und ich will mich auch daran halten. Es ist sehr bedauerlich, was für Leute an diesen Unternehmungen beteiligt sind, Leute, die man von dieser Gesellschaft lieber fern sehen möchte, die sich wirklich nicht mit dieser Arbeit beschäftigen sollten. Aber infolge der Rentabilität ist die Beteiligung sehr stark.

Besonders möchte ich auf den ungeheuren Holzpreis verweisen. Wir haben im letzten Winter gesehen, daß wir hier in Wien einen Holzpreis von 1 K 80 h bis 2 K 40 h bezahlen mußten. Wie ist dieser ungeheure hohe Preis zustande gekommen? Im Gebirge hat man seinerzeit das Holz um 19 und 20 h pro Kilogramm verkauft. Wie ist nun dieser ungeheure Preis entstanden? Dadurch, daß man Nutzholz ausgeführt hat. Eine große Firma in Oberösterreich hat das ganze Nutzholz, 20 Meter lange Stämme, nach Wien geführt, es aber nicht zu praktischen Nutzholz verarbeiten lassen, sondern es verkleinern lassen und einfach Brennholz daraus

gemacht, das natürlich infolge des hohen Preises mit großem Gewinne verkauft wurde. Hier muß ich schon die Wiener in Schuß nehmen, besonders wie der Wiener Gemeinderat und die niederösterreichische Landesregierung daran gegangen sind und eine gewisse Strecke des Wienerwaldes der Bevölkerung freigegeben haben. Sonst hätte die Wiener Bevölkerung im Winter elendiglich frieren können.

Allerdings die „Reichspost“ ist ganz enttäuscht gewesen und in einem Artikel hat sie geschrieben: „So wie der Neumann und der Sefer hat mir einer gewütet und das war Nero, als er Rom angezündet hat.“ Natürlich hat sie auf das ungeheure Verbrechen hinweisen wollen, das die Sozialdemokraten hier begangen, sie hat sagen wollen, der Lueger hat den Wienerwald aufgebaut und der Neumann reißt ihn nieder. Volkswirtschaftlich und gesundheitlich war es tatsächlich von ungeheurer sozialer Bedeutung, daß man dem Volk den in der Nähe befindlichen Wienerwald zur Verfügung gestellt hat. Die Bevölkerung weiß ganz gewiß auch dafür ihren Dank abzustatten. Dieser Wald, um den den Christlichsozialen so leid gewesen ist, wird auch wieder nachwachsen.

Ich möchte darauf zurückkommen, daß von Staats wegen leider viel zu wenig getan wird, um dem ungeheuren Brennholzmangel, dem Heizmaterialmangel abzuhelpfen. Zur Linderung des Heizmaterialmangels haben wir im Frühjahr des vorigen Jahres das sogenannte Torfgesetz beschlossen. Die Gewinnung von Torsbriketts sollte dieser Brennmittelnot abhelfen. Bis heute ist aber die Torschicherei, die Ausbeutung der Torflager nicht richtig angepackt worden, weil das Staatsamt dieser Aufgabe nicht nachkommen kann. Da wird immer nur gerechnet und kalkuliert, zur Förderung der Sache aber wird nichts getan. Es ist nicht möglich, daß man die so notwendigen Torsbriketts auf den Markt bringt. Ich muß schon bitten, daß von Seite des Staatsamtes der Förderung der Moorökologie ein bedeutend größeres Augenmerk zugewendet wird als bisher, daß man die Moorökologie, die sehr leicht in die Wege geleitet werden kann, endlich energisch in Betrieb setzt. Wenn hier nicht Vorsorge getroffen wird, werden wir diesen Winter wieder eine ungeheure Kälte zu leiden haben. Hier mitzuarbeiten, ist Pflicht und Schuldigkeit der Staatsforstverwaltung.

Es wurde heute, insbesondere von dem Herrn Staatssekretär Stöckler, der Fall Reichraming angeführt. Ich möchte auf diesen Fall zurückkommen, weil ich die Verhältnisse kenne, und ich muß sagen, daß der Abschluß des Vertrages mit Reichraming eine sehr gewagte Sache gewesen ist. Einen Abstockungsvertrag auf 20 Jahre abzuschließen, bedeutet doch mehr oder weniger eine ganz empfindliche Schädigung des Staates. Wenn dieses Konsortium von zehn großen Holzfirmen — es sind auch hier

wieder lauter große Leute, die daran beteiligt sind — um die Holzbringung sich befürmern muß, hätte auch der Staat die Sache machen können. Warum überläßt man das wieder einer sogenannten Aktiengesellschaft, und warum hat man nicht zu diesem Zweck eine gemeinnützige Genossenschaft gegründet, die die Ausbeutung der Forste hätte vornehmen können? Das hätte ganz gut geschehen können.

Es ist auch von der Waldbahn gesprochen worden. Man hat eine Bahn gebaut mit ungeheuren Kosten, wie schon ausgeführt worden ist, und voriges Jahr ist die Forst- und Domänenverwaltung Reichraming sowie der Betriebsrat der Verwaltung an das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft herangetreten, es möge Vorsorge treffen, daß die Windbrüche, die im Gebirge liegen und über 40.000 Festmeter betragen, hinuntergeschafft werden. Ein Erlaß hat ihnen bedeutet, es sei nicht möglich, daß das gemacht werde. Das Staatsamt hat geschrieben (liest):

„Der Verwaltung wird eröffnet, daß die Einstellung des Waldbahnbaues gegenwärtig nicht möglich erscheint, da die Dringlichkeit der Fertigstellung des Waldbahnbaues, welche mit Erlaß des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni, 3. 13586 und 15856 vom 13. September 1919 neuerlich betrieben wurde, die Einstellung der Bauarbeiten nicht zuläßt. Auch müßten freiwerdende Arbeitskräfte zur Brennholzerzeugung für die Stadt Steyr herangezogen werden, für welche nur ein Drittel ihres Bedarfes aus den oberösterreichischen Forstforsten gedeckt erscheint.“

Der bei Verwendung der Arbeiter zur Räferholzaufbereitung bis zum Zeitpunkte der erwarteten Fertigstellung der Strecke Branzl—Dienbach zu erzielende Erfolg hinsichtlich Befreiung der Räfergefahr ist nun auch nicht mehr ausschlaggebend.

Es war ihnen eigentlich gar nicht darum zu tun, in diesen Forsten wirklich zu arbeiten, und ich kann Ihnen mitteilen, daß ich erst vor 14 Tagen an dieser Strecke gewesen bin, und daß in dem ungeheuer ausgedehnten Waldgebiete Tausende von Fichten zu sehen sind, die heuer infolge der ungeheuren Verheerung, die dort der Voronenfärer angerichtet hat, kein Grün mehr angezeigt haben. Es wäre schon notwendig gewesen, daß man vom Staatsamte für Land- und Forstwirtschaft nachgesehen hätte. Der Herr Staatssekretär Stöckler hat auch eine kommissionelle Besichtigung dort vorgenommen, aber mir scheint, daß der Forstrat, oder wer es war, den Staatssekretär nicht in dieses Gebiet geführt hat, daß man ihm jene ungeheueren Schäden nicht gezeigt hat. Es werden hier immer gewisse Potentinsche Dörfer noch gezeigt, aber in die wirkliche Quelle des Schadens wird man nicht hineingeführt. Ich spreche dem Staatssekretär nicht

im mindesten die gute Absicht ab, hier helfend einzugreifen. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß das, was dieses Konsortium zusammenbringt, auch der Staat hätte zusammenbringen müssen. Es ist keine Entschuldigung, wenn man sagt, der Staat hätte dies nicht durchführen können, denn wenn Private das Geld aufbringen, könnte es auch der Staat aufbringen. Für die Lebensmittel für die Forstarbeiter muß doch auch der Staat vorsorgen; die ganzen Zubuden, die die Holzarbeiter bekommen, müssen vom Landeswirtschaftsamt beigestellt werden. Deswegen könnte auch in dieser Beziehung vorgesorgt werden.

Diese ungeheure Verpachtung auf so lange Zeit hat in der Arbeiterschaft eine sehr beunruhigende Wirkung ausgelöst, und zwar deswegen, weil wir befürchten, daß die umliegenden Städte, die mitten im Waldgebiete liegen, diesen Winter wieder kein Holz bekommen werden.

Aber noch etwas anderes hat dabei mitgespielt. Da drinnen ist eine vierhundert Jahre alte Messingindustrie, die vom Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft seit Jahrzehnten eine Wasserkraftanlage gepachtet hat. Diese Wasserkraftanlage ist nun dem Unternehmer gekündigt worden und soll diesem Konsortium zur Verfügung gestellt werden. Diese uralte Unternehmung ist dadurch dem Ruin preisgegeben und die dort beschäftigten Arbeiter, die mit ihren Familien insgesamt 400 Köpfe ausmachen, sollen nach den Verfügungen, die bereits erlossen sind, in den neu zu errichtenden Sägewerken und in dem Schlag arbeiten. Diese Leute,

— diese alte Firma war nämlich auch keine besondere Freunde ihrer Arbeiter, sie hat die Ausbeutung der Arbeiter ziemlich gut verstanden — sind meist alte Arbeiter, welche sehr heruntergekommen, unterernährt und schlecht beisammen sind. Diesen mutet man nun zu, daß sie auf ihre alten Tage die Hacke, die Säge und den Sapel nehmen und in den Forst gehen sollen. Das ist eine Zumutung, die doch wirklich etwas stark ist. Ich möchte an den Herrn Staatssekretär Stöckler das dringende Eruchen richten, die Zurücknahme der Kündigung der Wasserkraftanlage, die diesen Betrieb gefährdet, zu veranlassen. Ich glaube, wenn die Herren dieses Konsortiums so viele Millionen Kronen im Vermögen haben, können sie sich auch eine neue Wasserkraftanlage schaffen, die sie eben zur Verarbeitung ihres Holzes benötigen.

Mir kommt es vor, daß bei der ganzen Geschichte von Seiten des Staatsamtes viel zu wenig Energie aufgewendet wird und daß in diesem Staatsamte leider viel zu viel Bürokraten, zu viel Juristen sind. Wir haben im Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1919 in den 25 Ressorts, die dort untergebracht sind, 16 Juristen als Vorstände und nur neun Fachleute. In

den forstwirtschaftlichen Abteilungen sind von acht Vorständen nur zwei Fachleute. Bei aller Hochachtung vor den Juristen glaube ich, sollten bei der Land- und Forstwirtschaft — und da werden auch die Bauern mit mir einverstanden sein — in erster Linie Fachleute berufen werden, die sich wirklich mit einem gewissen Verständnis dieser Sache widmen.

Aber auch noch ein anderer Verlust wird hier hervorgerufen. Der Oberbau unserer Bahnen befindet sich in einem derart desolaten Zustande, daß wir viele Jahre brauchen werden, um ihn auszubessern. Es wird nun eine ungeheure Menge von Schwellen benötigt und diese Schwellenerzeugung ist in den Händen von Privatpersonen. Hier wäre es wieder Aufgabe des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft einzuschreiten, die Bäume, die man dazu braucht, die Lärchen, Fichten und Buchen zu beschlagnahmen und sie von Genossenschaften verarbeiten zu lassen. Man braucht nicht den ungeheuren Profit, den diese Herren einstecken, von Staats wegen zu bezahlen. Ich kann besonders krasse Fälle anführen. Ende 1919 kauften die Lieferanten diese Schwellen den Festmeter um 160 bis 180 K., die Staatsbahndirektion in Wien mußte den Festmeter mit 600 K bezahlen. Sie sehen, daß gerade hier der Unternehmergeinnß ungehinderter entscheidend ist. Hier könnte das Staatsamt bei sachgemäßer Verwaltung mit einem ungeheuren Profit abschneiden. Es würde mindestens 50 Prozent ersparen, wenn es das in eigener Regie durchführen könnte. Was wir überall und immer anstreben, das wird leider in diesem Falle nirgends durchgeführt.

Ein anderes Beispiel, das auch vielleicht Kollege Abram besprechen wird, will ich bezüglich der Holzwirtschaft in Tirol anführen. In Tirol hat man auch mit derartigen Experimenten gearbeitet. Ich weiß nicht wie weit sie gediehen sind, aber ich befürchte sehr stark, nachdem in Oberösterreich dieser Holzvertrag auf 20 Jahre zustande gekommen ist, daß er auch in Tirol zum Abschluß kommen wird, und das betrachte ich als eine ungeheure Schädigung der Land- und Forstwirtschaft, des Staatsäckels. Insbesondere wenn Tirol das durchführt, wenn der Tiroler Landesrat auf diesem Standpunkte steht und er das befürwortet, so tritt eine ungeheure Schädigung des Staates ein. Wenn der Tiroler Landesrat auf der anderen Seite verlangt, daß ihm das ungeheuer große Kahlgebiet mit den großen Jagden geschenkt werden soll, möchte ich schon das Staatsamt für Finanzen darauf aufmerksam machen, genau zuzusehen, daß es nicht im Interesse der Tiroler auf zwei Seiten auf einmal ganz gewaltig geschädigt wird. Wir sehen weiters, wenn wir diese Sache betrachten, wie hier der Zwischenhandel einer der gefährlichsten Faktoren ist, besonders bei der

Holzproduktion, und hier könnte von Staats wegen der Zwischenhandel ausgeschaltet werden.

Es wird immer auf die Begehrlichkeit der Arbeiter hingewiesen. Es schließt auch dieser Vorschlag mit einem Defizit von über zweieinhalb Millionen ab und da wird natürlich die ganze Schulde in dem Schlussschluß des Berichterstatters den Arbeitern zugeschoben. Da möchte ich denn doch sagen, der Arbeiter kann nur knapp sein Leben fristen, der Produzent versteht es aber, aus seinem Waldbesitz ein ansehnliches Stück Geld herauszuschlagen. Die kleinen und großen Waldbesitzer haben sich durch ihren Waldbesitz eine finanziell bessere Situation herausschlagen können, aber den Riesengewinn streichen eben die Spekulanten von dem ganzen Unternehmen ein.

Deshalb meine ich, es wäre notwendig, daß alle diese Agenten, die vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse sind, in den großen Genossenschaften vereinigt werden sollen. Die Arbeiterschaft hat sich die großen Konsumgenossenschaften, die großen Konsumentenorganisationen geschaffen. Auf der anderen Seite sollen sich die land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaften bilden und diese sollen dann gemeinsam arbeiten. Dann wird es möglich sein, daß dieser furchtbare schädliche Zwischenhandel allmählich ausgeschaltet wird. Die Voraussetzung dazu ist hier gesetzlich geschaffen. Wir müssen — und es ist heute darüber schon ein paarmal gesprochen worden — so sehr wir alle Feinde des Zwanges sind, ich persönlich am meisten, nachdem das Wiederbesiedlungsgesetz so ungeheueren Schwierigkeiten in seiner Durchführung begegnet, eine äußerst strenges Abbauzwangsgesetz einführen. Den fleißigen Bauer, der in seiner Wirtschaft fleißig beschäftigt ist, wird dieses Abbauzwangsgesetz nichts machen, aber demjenigen, der nicht ordentlich anbaut, soll man auf gesetzliche Weise beikommen können. Das sollte gesetzlich geregelt werden, dann würden auch die Herren von rechts sicher zustimmen. Zur Zeit des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft müssen wir alle ein Opfer bringen. Denn wer seine Pflicht tut, wird es nicht als einen Zwang empfinden, wenn wir überhaupt aus diesen Verhältnissen herauskommen wollen. Der Herr Kollege Schneidmadl hat bereits darauf hingewiesen, wie es mit unserer Schulbildung steht. Um mit dem Herrn Professor Wagner zu reden, möchte ich schon sagen: Sagen Sie nicht immer hot, wenn wir hätten sagen, sondern gehen Sie mit uns in der Schulfrage vorwärts. Wir brauchen auch in der Landwirtschaft eine ganz gewaltige Verbesserung des Schulwesens. Das „Linzer Volksblatt“, eine Zeitung der Christlichsozialen, hat darauf verwiesen, daß wir in bezug auf die Wirtschaft gegenüber dem Deutschen Reiche wie 1:2 stehen und daß es notwendig ist, die alte mangel-

hafte Schulbildung ganz gewaltig zu verbessern. Wollen wir unsere Produktion heben, wollen wir, daß unsere Wirtschaft vorwärts geht, wollen wir unsere Produktion in der Land- und Forstwirtschaft fördern, daß sie so wird wie im Deutschen Reiche, dann heißt es lernen, lernen und wieder lernen.

Deshalb möchte ich zum Schlusse kommen und sagen: Ihre Aufgabe wird es sein, mit zu sorgen für eine bessere Verpflegung der Arbeiterschaft, dann wird auch von selbst wieder erhöhte Arbeitslust und Arbeitsfreude eintreten. Von unterernährten Menschen kann man aber keine Freunde zur Arbeit verlangen. Es müssen aber alle mitarbeiten, damit wir uns diesem Zustande nähern. Geben wir den Forstarbeitern, den Förstern und Jägern einen Lohn, von dem sie leben können, dann werden sie ganz bestimmt im Interesse der Gesamtheit wirken, dann wird sich auch überall der Standpunkt zur Geltung bringen, der gesunde volkswirtschaftliche Standpunkt wird siegen, daß alle Menschen, die arbeiten, ein Recht auf Leben haben. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Buchinger; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Buchinger: Hohes Haus! Der Staatsvoranschlag, der jetzt in Verhandlung steht, bietet ein überaus trostloses Bild unserer Staatsfinanzen. Die Ausgaben überschreiten bei weitem die Einnahmen. Die Aussichten, dieses Defizit zu decken, sind geradezu trostlos. Dieses Bild hat sich in den letzten Tagen noch verschlechtert, weil uns die Regierung einen neuen Nachtragsvoranschlag vorgelegt hat. Die Frage, wie die Staatseinnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen seien, beschäftigt sämtliche Kreise, naturgemäß auch die Landwirtschaft. Es ist nicht einerlei, in welchem Ausmaße die Landwirtschaft dazu herangezogen wird, ohne daß sie in ihrer Produktion und in ihrem Schaffensbedürfnis geschädigt wird. Jeder Stand, speziell auch der Bauernstand, ist sich dessen bewußt, daß er dem Staate geben muß, was dem Staate gebührt; aber eine einseitige Belastung wird dieser Stand nicht vertragen, und sollte die Belastung einseitig sein, so können Sie versichert sein, daß die Produktion entschieden darunter leiden wird. Unser Staatshaushalt braucht in erster Linie eine sparsame Wirtschaft. Daß das Defizit durch die Entwertung unseres Geldes hervorgerufen wird, ist sicher. Wenn wir uns die Einnahmeposten näher betrachten, so finden wir, daß wir kaum die Gehälter und Bedürfnisse unserer Staatsangestellten damit bestreiten können. Was ich am meisten in dem Budget vermisste, ist, daß die Ausgaben so wenig produktiv angelegt sind. Die meisten Ausgaben dienen zur Bestreitung

von Personalauslagen, für die Hebung der Produktion wird sehr wenig ausgegeben.

Wir wissen, daß das Ausland mit seiner guten Valuta bei uns alles zusammenkaufst; auf der andern Seite sind wir krampfhaft bestrebt, so viel als möglich aus dem Auslande hereinzubekommen und zu kaufen. So sind wir ganz bettelarm geworden und werden von allen Seiten mehr oder weniger ausgeraubt. Daß wir nicht alle Lebensmittel in unserem Staate selbst erzeugen können, um unsere Bevölkerung versorgen zu können, ist klar. Aber wir müssen uns doch auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen vor Augen halten, wer dieses furchtbare Defizit, das einige Millionen täglich ausmacht, decken, wer es bezahlen soll. Wir wissen, der alte Staat hat an der Landwirtschaft furchtbar gesündigt, er hat ihr nicht jene Beachtung geschenkt, welcher sie eigentlich bedurfte hätte. Als die Engländer erklärt, daß derjenige den Krieg gewinnen werde, der den letzten Laib Brot zur Verfügung hat, da hätte die Landwirtschaft eigentlich Wunder wirken sollen. Die Landwirtschaft leistete und leistet auch jetzt sicherlich ihr Bestes und Möglichstes, aber zaubern konnte sie gewiß nicht. (Zustimmung.) Daher dürfen wir nicht in die weite Ferne auf Einfuhrmöglichkeit unseres Blick richten, sondern müssen möglichst viel im eigenen Lande zu erzeugen trachten. Unserem total verarmten zusammengebrochenen Staate können wir nur dann auf die Beine helfen, wenn wir möglichst wenig einführen müssen, und das können wir bei den Lebensmitteln nur dann, wenn unsere Landwirtschaft so viel als möglich in ihren Erträgen steigerungsfähig wird. Wenn die Erträge gesteigert werden, dann können wir im Gesamtinteresse für unsere Bevölkerung arbeiten. Ich erkläre auch von dieser Stelle aus, wir, von seiten der Bauernschaft sind mit diesem Staatsvoranschlag in bezug auf das Kapitel Landwirtschaft ganz und gar nicht zufrieden. Wir sehen, daß die Landwirtschaft in dieser Zeit eine sehr stiefmütterliche Behandlung erfahren hat. Der Bauernstand ist einer der wenigen Stände, der wirklich produktive Arbeit leistet, und ich hoffe auch, daß dieser Stand seine Schaffensfreudigkeit auch in der Zukunft nicht verlieren wird. Wir, die Bauernschaft haben entschieden Pflichtbewußtsein und ich appelliere an sämtliche Stände, daß sie auch ihrerseits ihre Pflicht erfüllen und an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten. Für Faulenzer, Nichtstuer, Schleichhändler und Schieber darf in unserem Staate gewiß kein Platz sein; alle sind verpflichtet, mitzuarbeiten. Unterstützen Sie daher die Arbeit, insbesondere auch die Arbeit unserer Landwirtschaft.

Mit den Problemen und der Lösung der landwirtschaftlichen Frage beschäftigen sich ja alle Kreise und leider mischen sich sehr viele hinein, die nicht immer das Richtige von der Landwirt-

schaft verstehen. Bei uns ist es bei vernünftiger Wirtschaft und wenn uns auch der Staat noch an die Hand geht, leicht möglich, daß wir auch unsere Hektarerträge sicherlich noch verdoppeln. Speziell auf dem Gebiete der Viehhaltung und des Wanderunterrichtes müssen wir noch stark Hand ans Werk legen.

Was die Unterrichtsfrage anbelangt, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß unsere Bauernsöhne und die landwirtschaftliche Bevölkerung überhaupt landwirtschaftlichen Fachunterricht genießen soll. Dem Aufbau unserer landwirtschaftlichen Fachschulen müssen wir das größte Augenmerk zuwenden. Wir auf dem Lande draußen wollen nicht, daß unsere Kinder und die Kinder unserer Arbeiter ungeschickt sein sollen, als anderswo. Denn in der Landwirtschaft liegt die Zukunft unseres gesamten Staates. Ein Gebiet, auf dem wir noch sehr viel nachzutragen haben, ist das der Saatzauberwirtschaft und des Versuchswesens. Ich hebe ausdrücklich hervor, daß die Samenkontrollstation in jeder Art und Weise mustergültig vorangegangen ist.

Weiters müssen wir jederzeit trachten, daß Theorie und Praxis miteinander verbunden werden. Wir müssen wissen, daß mancher Theoretiker mit furchtbaren schlechten Beispielen vorangegangen ist und daß so mancher Bauer von der Theorie nichts wissen will, aus einem einfachen Grunde: bei uns liegt der Fehler darin, daß die Praxis vorwiegend auf der Theorie aufgebaut ist; dann kommt einer mit ganz verkehrten Ansichten hinaus und will diese Ansichten in die Tat umsetzen lassen. Wir, von Seiten des Bauernstandes, sagen aber: in erster Linie gehört in die Landwirtschaft die Praxis und dann auf diese Praxis gehört eine vernünftige Theorie und dann wird sich die Theorie mit der Praxis zum gemeinsamen Wohle leicht verbinden lassen.

Weiters brauchen wir Mustergüter, die vom wirtschaftlichen Standpunkt aus geleitet werden und als praktische Beispiele wirken sollen. Das ist nicht gleichgültig. Speziell der Bauer betrachtet es oft mit scheelen Augen, daß gerade er derjenige sein soll, von dem man es als selbstverständliche Pflicht erwartet, daß er von Früh bis in die Nacht, bis die Sonne untergeht, die ganze Arbeit leisten soll. Um die Arbeit schaut sich niemand um, aber wenn die Zeit der Reife kommt, wenn man vor der Ernte steht, dann kommen die Helfer und Retter: Wie ist es eigentlich mit der Beschlagnahme, mit der Preisbildung und mit der zentralen Bewirtschaftung? Wir verlangen bezüglich der Preisbildung der neuen Ernte nichts anderes als den Friedenszustand. Wenn wir erreichen können, daß wir mit unseren Produkten dasselbe kaufen können wie im Frieden, so wären wir voll und ganz zufrieden. (Abgeordneter Schiegl: Was müßte dann der Arbeiter für einen Lohn bekommen?) Die Löhne der Arbeiter sind schon den

Weltmarktpreisen der Industrieartikel angepaßt. (Widerspruch.) Ich kenne die Verhältnisse vielleicht zu wenig, aber ich glaube, daß sie schon ausgeglitten sind. Für 100 Liter Milch hat man vor dem Kriege schon ein Paar Schuhe, für 100 Kilogramm Weizen ein Paar Stiefel erhalten können. Wenn wir jetzt die Friedensrelation bezüglich der Preise erhalten, so sind wir selbstverständlich voll zufrieden. Was unsere Landwirtschaft so schwaniert, das ist die einseitige Zwangswirtschaft. Jetzt wird sogar schon wieder von der Kontingentierung gesprochen. Die Zwangswirtschaft darf nicht einseitig nur für die landwirtschaftlichen Produkte ausarten, sondern es muß auch eine gewisse Kontingentierung für die industriellen Artikel, die die Bauern brauchen, bestehen. Die Zwangswirtschaft hatte doch in erster Linie nur den Erfolg, soviel wie möglich die Produktion zu verhindern, während wir alle Kräfte für die Produktionsförderung zusammennehmen sollten. Gerade die Wirtschaft der Zentralen hat uns mehr oder weniger an den Rand des Abgrundes gebracht.

Speziell die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt hat sicherlich nicht ihren Zweck erfüllt, sie hat, kurz gesagt, versagt, land- und sachfremde Elemente, die die Produktionsverhältnisse der einzelnen Länder sicherlich nicht kennen, denen die Lösung der verschiedenen Fragen ein Buch mit sieben Siegeln ist, sind dort beschäftigt. Die Art und Weise, wie die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt mit uns Bauern verkehrt, spottet jeder Beschreibung und ich möchte diese Art und Weise dahin charakterisieren, daß die Leute in der Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt mit uns Willkür treiben. Im alten Staate hat es sicher keine Behörde gegeben, welche mit einer solchen Machtvolkommenheit ausgerüstet war wie die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt. Mit harter Hand und kaltem Herzen will sie uns Bauern rechtlos machen. Die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt, als solche hat sich ihre eigene Organisation in der Behandlung der Bauern zugrunde gelegt. Wir haben auch diesbezüglich schon unsere Vorstellungen erhoben, aber taub und blind war man dagegen und die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt macht ihre Fehler weiter wie früher. So scheint es, daß es gerade mit der Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt am besten stehen muß, aber dem Staat ist mit dieser Anstalt am wenigsten geholfen. Ich habe mir erlaubt, in der Nationalversammlung einen Antrag einzubringen, daß die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt einmal Rechnung legen soll. Wir haben als Volksvertreter die Pflicht, einen Bericht zu verlangen, wie es eigentlich dort ausschaut, wie viel Geld oder wie viel Defizit dort ist. Man sollte zwar damit rechnen können, daß in der Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt, wenn man die Einkaufs- und die Abgabepreise in Betracht zieht, ein Überschuß vorhanden ist, ich befürchte aber, daß dort bei dieser Wirtschaft ein furchtbares Defizit herauskommen wird. Ich glaube

nicht, daß die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt gewillt ist, überhaupt Rechnung zu legen. Ich habe mit Fachleuten gesprochen, die meinen, daß die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt nicht imstande sein wird, überhaupt einmal ein klares Bild ihrer Tätigkeit zu geben. Ich habe schon erwähnt, daß die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt an der Spannung zwischen Ein- und Verkaufspreisen engagiert ist und dabei kolossal viel Geld verdient. Ich bin ein Mann der Praxis. Als Kommissionär der Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt kann ich Ihnen Daten zur Verfügung stellen, daß Hafer mit 160 K und Gerste mit 200 K pro 100 Kilogramm laut Höchstpreis abgegeben wurden. Mit telegraphischer Befehl wurden wir über Auftrag der Bezirkshauptmannschaft Tulln berechtigt, diesen Hafer mit 166 K und die Gerste mit 206 K abzugeben. (Hört! Hört!) Das wäre eigentlich pro Waggon ein Spielraum von 600 K gewesen. Das war Mitte März. Mitte April bekamen sämtliche Gemeinden den Auftrag und die Verpflichtung, 236 K für 100 Kilogramm Gerste zu bezahlen, und für Hafer 190 K. Bei einem Waggon Gerste würde die Anstalt also 3600 K und bei einem Waggon Hafer 3000 K verdienen. Das ist meines Erachtens eine ganz gewöhnliche Preistreiberei oder vielleicht gar eine Schieberei. (Beifall.) Von der Tschecho-Slowakei wurden 25 Waggons Saathafer und 25 Waggons Saatgerste importiert. Was leistet sich nun unsere Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt? Sie gab im Kompensationswege 85 Waggons Saatmais in die Tschecho-Slowakei (Hört! Hört!) und so stehen uns heute für Niederösterreich nur 20 Waggons Saatmais zur Verfügung. Wo soll da die Milch herkommen, wenn sogar Saatmais an die Tschecho-Slowakei abgegeben wird? (Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Das war doch jugoslawischer Mais, den wir gegen Saathafer hinausgeschickt haben!) Ich bringe ja nur Tatsachen vor und Tatsache ist, daß 85 Waggons im Kompensationsweg in die Tschecho-Slowakei gegangen sind und in Niederösterreich nur mehr 20 Waggons zur Verfügung stehen sollen. Ich kann überhaupt nicht begreifen, wie man noch 85 Waggons ins Ausland abgeben kann, wenn man selbst so wenig hat. Die Aufzeichnungen von der Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt habe ich schwarz auf weiß in der Hand, es sind ja Flugzettel zu diesem Zwecke hinausgegeben worden.

Ebenso war es bei den Kartoffeln. Die Bauernschaft begreift es nicht, daß sie Kartoffeln zu 1 K pro Kilogramm hat liefern müssen, während sie für holländische Saatkartoffeln 8 K zahlen muß. In manchen Bezirken wurden die Saatkartoffeln gar nicht benötigt, weil sie der Bevölkerung, besonders den Kleinhäuslern, zu teuer waren, und man hat ersucht, die Saatkartoffeln, bevor sie zu-

grundegehen, dem Konsum zuzuführen. Die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt hat sich aber sogar getraut, dem Getreideinspektor von der Bezirkshauptmannschaft zu sagen: Wenn Sie die Kartoffeln dem Konsum zur Verfügung stellen, werden Sie angezeigt und bestraft! Ebenso war es im St. Pöltn Lagerhaus. Da wurde auch geantwortet, daß die Kartoffeln nicht zum Konsum verwendet werden dürfen. (Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß: Das hat das Staatsamt für Volksnahrung angeordnet, nicht die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt, weil wir dem Auslande gegenüber die Verpflichtung übernommen haben, daß sie ausschließlich für Saatzwecke verwendet werden!) Das ist entschieden ein Fehler, denn wenn die Kartoffeln zu Saatzwecken zu teuer waren, können wir sie doch nicht verfaulen lassen oder fischerlich nicht dem Auslande zurückschicken.

Weiters haben wir schwere Differenzen hinsichtlich der Abrechnung. Die Leitung scheint hinsichtlich der Buchführung keinen kaufmännischen Geist zu haben, obwohl ein Professor einer Handelschule bei der Errichtung der Anstalt herangezogen wurde, um diese Dinge im richtigen Sinn und Geist einzurichten. Was war die Folge, ein Ratten Schwanz von Erlässen, von Edikten und zahllosen sinnlosen Buchungsblättern, aber von geschäftlicher Tätigkeit ist nicht viel zu merken. Ich bringe noch einige Daten, aus denen sich ergibt, welche furchtbare Buchungsfehler vorgekommen sind. Ein Lagerhaus um 695.120 K 29 h. (Hört! Hört!) Die Genossenschaft hat im Bewußtsein, daß sie nichts schulde, Einspruch dagegen erhoben. Die Folge war, daß ein Abgesandter der Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt hingekommen ist und gleich konstatiert hat, daß 435.000 K sich auf nicht durchgeführte Buchungen beziehen. Hinzu kommt des übrigen Betrages von 260.000 K wurde konstatiert, daß nicht die Genossenschaft, sondern andere Stellen das Mehl erhalten haben und daß die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt es verabsäumt hat, diese Stellen rechtzeitig zu verständigen und ihnen Fakturen über das gelieferte Mehl zu schicken, sondern daß sie die Fakturen dem Lagerhause geschickt hat. Auf diese Weise sollten die Bauern zum Handkiss kommen und zahlen. Noch ein zweiter solcher Fall ist in einem Lagerhaus vorgekommen und mir der Ehrlichkeit der Genossenschaft ist es zuzuschreiben, daß acht Waggon Mehl für die Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt, gesunden, wo überhaupt keine Faktura gelegt wurde. Diese acht Waggons wurden der Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt bekanntgegeben, sodaß sie zu dem Gelde gekommen ist. Weiters hat eine Genossenschaft eine Faktura von 58.951 K 40 h erhalten, wobei sie zu konstatieren in der Lage ist, daß sie die Waren nicht empfangen hat. Weiters wurde eine Genossenschaft für eine Mehlsendung mit etlichen 50.000 K belastet, die Mehlsendung ist per Nachnahme erfolgt,

die Belastung besteht aber heute noch für die Genossenschaft. Ich glaube, daß da von einer bedeutenden Ordnung, was die Buchführung anbelangt, nicht die Rede sein kann. Ich bin mir bewußt, daß der Kriegs-Getreide-Berfehrsanstalt unter solchen Umständen der Boden zu heiß werden muß, und sie trägt sich hente schon mit dem Gedanken, in den einzelnen Bezirkshauptmannschaften, in den politischen Bezirken eigene Verkaufsgenossenschaften zu gründen, wo sie wahrscheinlich wieder das Patronat ausüben wird, wo die Herren als Oberbonzen herrschen und regieren wollen.

Unter solchen Umständen können wir von der Landwirtschaft der Kriegs-Getreide-Berfehrsanstalt nicht jenes Vertrauen entgegenbringen, das wir einer Institution entgegenbringen sollten, für die der Staat garantiert. Wir wissen ganz gut, daß wir ein solches Vertrauen nicht haben können, weil wir wissen, daß diese Anstalt unter dem Diktat einer Judenherrschaft steht. (Sehr richtig!) Dafür muß auch unser Ruf gehört werden, daß, wenn eine Rechnungslegung der Kriegs-Getreide-Berfehrsanstalt verlangt wird, dieselbe auch erfolge und daß die Kriegs-Getreide-Berfehrsanstalt unbedingt der Liquidation unterzogen werde. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es, da wir ja unser landwirtschaftliches Genossenschaftswesen so stark ausgebaut, haben, möglich sein wird, daß auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften auf die Verteilung den gebührenden Einfluß nehmen. Ich stelle mir das so vor, daß die Verteilung die Produzentenvereinigungen auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Konsumvereinigungen vornehmen sollen; wir haben es nicht notwendig, daß sich noch ein Dritter einmischt. Das, glaube ich, werden wir auch noch mehr erreichen.

Ich will Sie nicht mehr lange aufhalten, aber eines noch möchte ich erwähnen, für uns am allernotwendigsten ist, das ist die Öffnung der Landesgrenzen im punkto Viehverkehr. Ich weiß ganz gut, daß in manchen Ländern trächtiges Vieh oder Nutzvieh der Schlachtung zugeführt wird und bei uns mangelt es an dem nötigen Viehmaterial. Daß der Bauer nicht gewillt ist, sich das bieten zu lassen, ist selbstverständlich.

Wir, von seiten der Landwirtschaft sind uns aber auch voll und ganz bewußt, daß wir sozialen Maßnahmen für unsere landwirtschaftlichen Dienstboten nicht achtlos gegenüberstehen dürfen. Dafür ist es die Forderung unseres Bauernbundes, daß wir ehestens die Errichtung landwirtschaftlicher Krankenkassen, sowie die Alters- und Unfallsversicherung der landwirtschaftlichen Dienstboten erzwingen müssen. Wir wissen, was wir unseren landwirtschaftlichen Dienstboten schuldig sind. Beweis dafür: Die Bauern arbeiten mit ihrem Knecht oder Dienstboten auf dem Acker draußen und sie essen

auch an demselben Tisch. In der Regel hat der Dienstbote keine andere Röst als der Bauer. Stören Sie nicht dieses patriarchalische Verhältnis! Wenn dieses patriarchalische Verhältnis gestört wird, wird es nicht nur ein Schaden für die Bauern sein, sondern den größten Schaden werden die Konsumenten haben. (Sehr richtig!) Es darf nicht vorkommen, daß ostentativ gehetzt wird — ich muß es hier leider sagen. In Oberösterreich war ein Fall, wo jemand zu den Dienstboten sagte: Von morgen an übt Ihr passive Resistenz! Das Vieh läßt lange im Stall, bringt keine Milch herein, der Knecht braucht einen ganzen Tag dazu, wozu er früher eine Stunde brauchte! Wenn solche Hezereien getrieben werden, seien Sie sicher, daß die Bauernschaft das abwehren wird, da sie solche Hezereien sich nicht bieten lassen kann. Daß solche Worte oft Begeisterung hervorrufen können, namentlich wenn sie zu Jugendlichen gesprochen werden, ist sehr begreiflich. (Abgeordneter Eisenhut: Wer hat das gesagt?) In Oberösterreich ist es gewesen! (Abgeordneter Eisenhut: Wer denn?) Wenn die Herren den Namen wissen wollen: der Gerichtskanzlist, Arbeiterrat Specht.

Ich werde die Geduld des Herrn Präsidenten nicht mehr lange in Anspruch nehmen und mich kurz fassen. Ich muß nur noch auf eines zurückkommen. Mit großem Bedauern, mit Befremden konstatiere ich, daß ein deutscher Bauer heute vom Herrn Staatssekretär Stöckler so zurechtgewiesen werden mußte. Ich weiß nicht, hat der Betreffende unrichtig gesprochen, zumindest war er unrichtig informiert. Ich meine, daß ein Bauer überall die Wahrheit sagen soll.

Herr Kollege Schöchtner verlangt, daß ein eigenes Staatsamt für Forstwirtschaft errichtet werden soll. Das geschieht also von einer Seite, die immer behauptet, daß wir viel zu viele Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre haben. Von dieser Partei und von diesem Herrn hätte ich es nicht erwartet, daß er noch ein neues Staatsamt für Forstwirtschaft verlangt. Wir können da nur das sagen, daß man schon bei der Reform der Verfassung unser Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft mit größerer Kompetenz ausstattete, damit es auch für die gemeinsamen Interessen des Bauernstandes arbeiten kann. Wir sind stolz auf unseren Staatssekretär Stöckler, wir sind froh, daß heute ein erfahrener praktischer Landwirt, ein Bauer, an der Spitze des Staatsamtes steht. Ich glaube, dieser Mann mit seinem praktischen Hausverstand hat der Landwirtschaft und unserer ländlichen Bevölkerung die größten Dienste geleistet.

Ich erkläre auch ausdrücklich von dieser Stelle, daß es uns, der Bauernschaft, niemals einfallen wird, Klassenpolitik zu treiben. (Zustimmung.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir den Gewerbetreibenden, den Arbeiter und auch den Fir-

besoldeten brauchen. Wenn einer dieser Stände nicht auf seine Rechnung kommt, dann muß das ganze Uhrwerk zum Stillstand kommen. Wir verlangen einen gesunden, kräftigen Bauernstand, nur ein solcher kann die Grundsäule dieses Staates sein. Wir wissen, daß in dieser schweren Zeit das gegenseitige Vertrauen der einzelnen Stände vielfach geschwunden ist, aber der Bauernstand hat immer gegen jede Klassenvorherrschaft gekämpft. Wir verlangen nur gleiches Recht und auch für uns die gleiche Freiheit. Jeder Streik erschüttert die Volkswirtschaft und der Betrieb des Staates muß mehr oder weniger still stehen. Wir fühlen uns berufen, wirklich praktisch mitzuarbeiten am Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Dazu wird der Bauernstand jederzeit seine Hand bieten. Ich richte von dieser Stelle aus den Appell an sämtliche Stände: Arbeiten Sie mit am Wiederaufbau, denn so kann es auf die Dauer nicht weitergehen! Wir verlangen im freien Staate Österreich freie Staatsbürger, wir brauchen freie Bauern. In Zukunft wird der Bauernstand die Freiheit haben müssen, die ihm gebührt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Bretschneider.

Abgeordneter Bretschneider: Hohes Haus! Ich wurde von meinen Klubgenossen aus Oberösterreich gebeten, hier sofort die Richtigstellung einer Bemerkung des Herrn Kollegen Buchinger vorzunehmen, der gesagt hat, es soll der Gerichtsanalist Specht in Oberösterreich vor Landarbeitern eine Rede gehalten und sie aufgefordert haben, passive Resistenz zu üben. Ich werde nun ersucht, hier gleich zu konstatieren, daß an dieser Geschichte kein wahres Wort ist (*Hört! Hört!*), daß diese sonderbare Geschichte auch schon mehrmals berichtet wurde und wieder von neuem auftaucht. Herr Specht, der Vizebürgermeister in Eferding ist, genießt allgemeines Vertrauen infolge seiner unparteiischen Haltung und es ist ganz unbegreiflich, von welcher Seite derartige Verdächtigungen und Ausstreuungen stammen. Das will ich also vorausgeschickt haben.

Ich muß aber doch noch ein bißchen Ihre Zeit in Anspruch nehmen, denn ich habe beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft etwas vorzubringen, was unbedingt ausgesprochen werden muß. Mit großer Emphase hat der Herr Abgeordnete Dr. Mataja vor einigen Wochen hier im Parlament gegen den Terrorismus der Arbeiterräte gewettet, die dem armen Bauer in der Brotfabrik Fritz Mendl es verwehrt hätten, weiter in Arbeit zu bleiben.

Mit großer Emphase hat auch der Chef der christlichsozialen Partei, Kollege Kunischak, erst vor

einigen Wochen bei der Behandlung des Budgets über den Terrorismus der Arbeiterräte gesprochen. Unter großer Aufmerksamkeit seiner Parteigenossen und unter ungeheurem Beifall hat der Herr Kollege Kunischak das verderbliche, terroristische Treiben der Arbeiterräte, die kein Gesetz und keine Autorität anerkennen, zu schildern vermocht. Aber wie hat noch Kollege Mataja anlässlich der Vorgänge in Neunkirchen Worte der Entrüstung gefunden, als Direktor Zweifel, der, wie man nachträglich erfahren hat, selbst die Arbeiter misshandelte, sie mit Ohrenfeigen und Fußtritten traktierte und eine solche Erregung in der Arbeiterschaft auslöste, daß eine Unbesonnenheit sondergleichen geschah, aus seinem Bureau herausgeschleppt und auf öffentlichem Platze misshandelt worden ist! Wie hat da der Herr Kollege Mataja über den Terrorismus, über die ungeheure Gesetzlosigkeit und Anarchie, die in Neunkirchen herrschen soll, gewettet und verlangt, daß die Missstäter sofort verhaftet und dem Strafgericht überliefert werden sollen! Wie hat er Tag für Tag durch seine Parteipresse zu heilen verstanden, damit mir ja die Missstäter von Neunkirchen möglichst bald hinter Schloß und Riegel kommen sollen! Wie ist über die Bewaffnung der Ternitzer Arbeiter gesprochen worden! Die Arbeiter in Ternitz sind bewaffnet, sie gefährden die Ruhe und Ordnung im Innern und es sei die höchste Zeit, daß die Arbeiter in Ternitz entwaffnet werden. Es ist natürlich an der Bewaffnung der Arbeiter in Ternitz kein wahres Wort. Aber das eine wissen wir und das werde ich Ihnen vortragen, daß ganz andere Dinge auf dem flachen Lande geschehen.

Wir werden uns nun ein bißchen ansehen, wo eigentlich wirklich der Terrorismus ausgeübt wird. Mein Kollege Schneidmndl aus St. Pölten hat dargelegt, wie sich die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterorganisation immer mehr und mehr entwickelt. Der neue Geist der Zeit bringt das mit sich. Die vielen Heimkehrer, die vier Jahre der schwersten Leiden mitgemacht haben, sind auch anders geworden. Sie gehen wieder zurück in das Dorf, wieder zu ihren Patriarchen, ihren früheren Dienstgebern. Sie sind aber nicht dieselben Menschen geblieben. Die ungeheure Tenterung der Gebrauchsartikel bringt es mit sich, daß auch der Landarbeiter mit dem körperlichen Verdienste, den er heute noch immer hat — ich werde Ihnen einige Streiflichter dafür geben — nicht auskommt und keinen anderen Ausweg findet als der Industriearbeiter: er will und muß sich der Organisation seiner Branche genossen anschließen. Wir sehen also landwirtschaftliche Ortsgruppen der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter entstehen. Wir sehen aber, daß hier wie vor 40 Jahren die gewerbliche und industrielle Arbeiterschaft um jeden Fußbreit Rechts auf Organisation kämpfen mußte, dieselben Erscheinungen auf dem flachen Lande zutage treten.

Der Herr Staatssekretär Stöckler hat heute das schöne Wort gesprochen und es Ihnen, seinen Kollegen, zugerufen: „Gönnen wir dem Arbeiter seinen Lohn, er verdient ihn!“ Ich möchte diesen Ausspruch des Herrn Staatssekretärs Stöckler noch ein wenig erweitern und sagen: Gönnen wir ihm nicht nur einen auskömmlichen Lohn, sondern dieselbe Freiheit und dasselbe Recht auf Organisation, das auch wir heute alle für uns in Anspruch nehmen! (Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Das hat er ja!) Dann gestatten Sie, Herr Kollege Dr. Gürtler, daß ich Ihnen nachweise, daß dies de facto nicht der Fall ist. Wir haben vom Herrn Kollegen Buchinger gehört, der quasi gesagt hat: Mischt ihr von der Stadt euch nicht in die Verhältnisse zwischen Bauer und Arbeiter hinein, stört unseren patriarchalischen Frieden nicht, lasst uns in Ruhe!

Nun, meine Herren, wenn Sie das wollen, dann müssen Sie die Arbeiter aber auch ganz anders behandeln, als dies aus den mir zur Verfügung stehenden Beispielen zu entnehmen ist. Ich habe hier eine Reihe von Daten, die ich aus sehr zuverlässigen Quellen bekommen habe, es sind meist Arbeiter, Vertrauensmänner, die im öffentlichen Leben stehen, Bürgermeister, Vizebürgermeister und Gemeinderäte, die mir die Daten zur Verfügung stellten. Sie können daraus ersehen, wie es mit der Entlohnung in herrschaftlichen Betrieben oft bestellt ist (Ruf: Das sind ja keine Bauern!) und wie es auch mit dem Recht auf Organisation auf dem flachen Lande bestellt ist. In meinem Wahlkreise, dem St. Pöltener Wahlkreise, zahlte die Besitzerin des Gutes Kleinwafferhof im Bezirke Böheimkirchen, eine ehemalige Gräfin, ihren Arbeiterinnen monatlich 100 K und den Arbeitern 200 K. An Deputaten gab sie pro Person und Woche 1 Kilogramm Mehl und 16 bis 12 Kilogramm Kartoffeln. Ich überlasse es der hohen Nationalversammlung, sich ein Urteil zu bilden, was die Leute mit monatlich 100 bis 200 K Lohn, die auf einen großen Gutshofe, wie Sie hören, Deputate von 1 Kilogramm Mehl und 16 bis 12 Kilogramm Kartoffeln wöchentlich bekommen, machen sollen, wenn sie drei oder fünf Kinder haben. Wie sollen sich diese Arbeiter, die keine Kleider, keine Schuhe von der Herrschaft bekommen, Kleidung und Bekleidung mit ihrem Lohn von 100 oder 200 K anschaffen? Als sich die Arbeiterschaft dieses Gutshofes, heißt es weiter, „bei dem Verbande der Land- und Forstarbeiter organisiert hatten und eine Deputation zu der ehemaligen Gräfin sandte, erklärte diese den Leuten, daß sie ihnen die verlangte volle Werkstattung nur dann gewähren könnte“ — sie verlangen also jetzt vor allem Werkstattung und nicht mehr diese so schmal bemessenen Deputate — „wenn sie aus der Organi-

sation austreten und die Mitgliedsbücher ihr abliefern, welchem Verlangen auch teilweise entsprochen wurde.“

Nun, was hätten die armen Teufel machen sollen, die da dieser ehemaligen Gräfin schutzlos ausgeliefert sind? (Hört! Hört!)

Darauf fand eine Versammlung der Unternehmer des dortigen Bezirkes statt, in der der Beschluß gefaßt wurde, daß die Unternehmer die Löhne nicht mehr erhöhen und kein organisierter Arbeiter aufgenommen werde.“ (Hört! Hört!) Herr Dr. Gürtler, da haben Sie einmal Nummer eins. Das sind allerdings noch größere Leute.

Von einem zweiten Fall in Prottes hören wir folgendes: Wir hören von Terror, der da geübt wird. Den Herren sind nach dem Ausfälle der Gemeindewahlen anscheinend zu viele Sozialdemokraten gewählt worden. (Ruf: den Terror haben die eben von Ihnen gelernt!) Von uns haben sie ihn nicht gelernt! Sie können ganz ruhig sein, von der Arbeiterschaft können sie nur Zucht, Ordnung und Disziplin lernen (Ruf: Oho!), den Terror haben sie von den Industriellen gelernt, von den Krupp und Lenz haben sie ihn gelernt, von uns können sie ihn nicht gelernt haben. Da heißt es: „Nach den Gemeindewahlen im Jahre 1919 haben die im christlichen Bauernbund organisierten Grundbesitzer den Kleinbesitzern und Häuslern, die sich zumeist aus Eisenbahnhäusern und sonstigen Arbeitern rekrutierten, die bisher immer geleistete Mithilfe durch Pferde- kraft und Fuhrwerk verweigert, da diese Kleinhäusler in ihrer Mehrheit sozialdemokratisch gewählt hatten und eine sozialdemokratische Gemeindevertretung einzusetzen. Ganz besonders verweigerten die Grundbesitzer die Bespannungskraft bei der Ernte und der darauf folgenden Feldarbeit, trotzdem dies gegen das Interesse des gesamten Staates verstößt. Dieselbe Schwierigkeit wird den Kleinhäuslern auch jetzt in der Anbauzeit gemacht.“

Ganz das gleiche hat sich auch sofort nach den Gemeindewahlen im Tullnerfeld zugetragen. Ich habe davon auch den Herrn Kollegen Buchinger verständigt. Auch dort sind es Kleinhäusler, die Pachtgrund in Anspruch genommen haben. Es ist die Herrschaft in Mauerbach, die früher einmal einem griechischen Grafen oder Baron gehört hat, jetzt aber einem Bürgerlichen — ich weiß nicht, wie er heißt — gehört. Dieser wollte schon einmal den Robot einführen und hat außerdem nicht mehr, was er bisher seinen Kleinpächtern gegenüber getan hat, das Kleinführwerk zur Anbau- und Erntezeit zur Verfügung stellen wollen. Dieses schlechte Beispiel haben auch gleich die anderen Gemeinden nachgeahmt. Es ist das, was ich jetzt sage, nicht nur in Prottes geschehen, sondern wo anders ist man ebenso vorgegangen. Man will also den Kleinhäusler vollständig depozessieren. Man verlangt von den

Kleinhäuslern für die Beistellung von einem Wagen zum Mist- und Düngerausführen, um ein Fadl Heu oder die Ernte einzuführen, einen Preis, den ein solcher armer Teufel absolut nicht erschwingen kann und es findet sich in manchen Orten kein einziger Bauer, der soviel Herz und Gefühl hätte, daß er das, was er bisher immer getan hat, wenn der Kleinhäusler den Bauern bei seiner Wirtschaft und bei der Erntearbeit geholfen hat, tut, nämlich sein Fadl Heu, seine Kartoffeln und seine Ernte einzuführen. Wir verstehen die Verhältnisse sehr gut (*Zwischenrufe des Abgeordneten Luttenberger.*) Wir leben nicht auf dem Mönde, Herr Kollege Luttenberger, und wissen sehr gut, viel mehr als Sie, was auf dem flachen Lande vorgeht.

Wir kommen jetzt zu einer ganz anderen merkwürdigen Erscheinung, die wir bisher nur bei den allerverschärfsten Millionennmenschen gesehen haben, bei einem Artur Krupp, bei einem Schoeller, bei einem Alfred Lenz. Es ist merkwürdig, daß auch hier so wie beim Auftreten und bei der Entwicklung der industriellen Arbeiterorganisationen dieselben Mitteln angewendet werden, um diese junge Organisation nicht nur in ihrem Keime zu zerstören, sondern auch die Leute mit demselben Terrorismus, wie er von den Industriellen Jahrzehnte früher geübt wurde, einzuschüchtern, damit sie aus der Organisation austreten sollen. Wir haben hier folgende Erscheinung zu sehen. Es wird nämlich ein Steckbrief gegen diejenigen Leute erlassen, die der Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter angehören. Die Besitzer der Forstdomänen im Waldviertel sind es, von denen ich spreche. (*Abgeordneter Dr. Görtler: Lauter Bauern!*) Lassen Sie mir nur ein bissel Zeit, man fängt bei den Großschädleten an, das muß Ihnen ja eine Freude machen! Als im Herbst 1919 unter den Land- und Forstarbeitern im Waldviertel eine Bewegung zur Erreichung zeitgerechter Löhne ausbrach, haben die Unternehmer diese Bewegung der Arbeiter mit allen Mitteln der Niedertracht bekämpft. Wir haben zum Beispiel eine vertrauliche Mitteilung der organisierten Arbeiter, daß organisierte Arbeiter durch eine besondere Bezeichnung auf dem Entlassungsschein, die nur den Herren Gutsinhabern bekannt ist, nicht mehr aufgenommen werden und sie wirtschaftlich zugrunde gerichtet würden. Es ist die schwarze Liste, etwas was selbst das Strafgesetz verpönt. Es wurde dies in der am 31. Oktober 1919 in Waidhofen an Thaya stattgefundenen Versammlung der organisierten land- und forstwirtschaftlichen Interessenten beschlossen und den einzelnen Leuten mitgeteilt. Es wird hier die Anlegung einer schwarzen Liste geübt und es sollen also die Leute, welche der Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter angehören, ganz einfach

geächtet und in ihrer Existenz und in ihrem materiellen Fortkommen vernichtet werden. Auf den Gutshöfen des ehemaligen Grafen Gatterburg in Rez und Kleinhöflein, können wir auch sehen, wie es dort bestellt ist. Als im Juni des vorigen Jahres sich die landwirtschaftlichen Arbeiter des genannten Besitzers organisierten und zeitgerechte Löhne wünschten, wurden die Vertrauensmänner und ein Teil der Arbeiter, die sich zur Erreichung ihrer Forderungen irgendwie bemerkbar gemacht hatten, von dem damaligen Direktor der Güter, Herrn Tor, im Einvernehmen mit dem Besitzer entlassen, aus ihren Wohnungen rücksichtslos gekündigt und es konnte die Wohnungskommission von Rez nur nach großen Schwierigkeiten und nachdem eine der Arbeiterräumen bereits abgezogen wurde, einige dieser Leute wieder unterbringen. Wir sehen auch hier, wie man mit einem Terror sondergleichen vorgeht.

Ein weiterer Terror hat sich am 3. März 1920 abgespielt, und zwar beim Gutsherrn Löw aus Angern in Schönkirchen. Ein Rutscher namens Johann Harasta ging dorthin und wollte Arbeit haben. Er erhielt die Antwort, daß nur unorganisierte Arbeiter aufgenommen werden; falls jemand mit der Organisation beginnen wolle, würde er sofort entlassen werden. Das war das erste, mit dem man ihn begrüßte. Meine Herren! Da haben wir noch eine kleine Blätterlese, wie es auf den großen Höfen von einigen Herrschaften aussieht, und da möchte ich noch sagen, wie es bei den anderen Grundbesitzern und Landwirten bestellt ist, wenn es sich darum handelt, die freie Meinungsäußerung des politischen Gegners zu achten. Es ist in Niegelsburg ein Protokoll mit den Vertrauensmännern des Schevenhüllerschen Gutes und in Gegenwart des Verbandssekretärs Franz Krump und des ersten Gemeinderates Alois Schillinger aufgenommen worden.

Ich muß mich da an den Wortlaut halten. Das Protokoll enthält das, und ich will ja nicht etwas sagen, was hinterher vielleicht als eine Entstellung des wahren Tatbestandes angesehen werden könnte (*liest*):

„Die Vertrauensmänner geben an, daß Forstmeister Philipp die Arbeiter dadurch zwingt, aus der Organisation auszutreten, daß er ihnen die Lebensmittelzubüßen verweigert. Zweitens erhalten die Arbeiter nur dann die vom Gutsinhaber Schevenhüller gewidmeten Bächesorten, wenn sie aus der Organisation austreten. Drittens: Forstmeister Philipp verlangt, daß ihm zum Beweise des Austrittes aus der Organisation die Mitgliedsbücher übergeben werden. Viertens: Beiliegende 9 gewerbliche und 22 politische Mitgliedsbücher hat Forstmeister Philipp den Arbeitern abgenommen.“

und am 2. Februar 1920 durch den Assistenten Garrais dem Kassier Alois Schillinger zugeschickt."

Wir sehen also hier, wie dieser Herr Forstmeister des Khevenhüllerischen Gutes wirtschaftet; ob mit oder ohne Zustimmung des Herrn Gutbesitzers, das weiß ich nicht. Ein zweites Protokoll, das noch aufgenommen worden ist, schildert die Verhältnisse auf diesem Gute noch ganz anders. Daraus sehen wir, daß dieser Herr Forstmeister vom Größenwahnismus besessen ist, und wie er selbst die Autorität der Nationalversammlung, die gewählt wurde, achtet. Den intervenierenden Verbandssekretär der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterorganisation hat er seinen Leuten gegenüber als einen Lumpen hingestellt. Vom Staatskanzler Dr. Renner sagt er ebenfalls den Arbeitern gegenüber, dieser verkaufe Deutschösterreich um einen Kilo Weizen. Wie es mit der Führung der Wirtschaft auf diesem Khevenhüllerischen Gute bestellt ist, darüber gibt das Protokoll einen ganz anderen Aufschluß. Man kommt da zu dem Schlusse, zu sagen, daß es höchste Zeit wäre, wenn ein derartiges Gut, welches so schlampig bewirtschaftet wird, auf Grund eines Sozialisierungsgesetzes dem Land oder der Gemeinde überantwortet würde, damit der Grund und Boden, der dort brachliegt, zur Ernährung der Allgemeinheit wieder verwendet wird. Es wird hier folgendes angeführt: „Die Wirtschaftsgebäude sind im Verfall. Ein Stall ist durch Einsturz bereits unbewohnbar, ein zweiter für die darin beschäftigten Arbeiter lebensgefährlich. Die der Herrschaft gehörigen Wohnhäuser der Arbeiter drohen diesen über den Köpfen einzustürzen. Bis vor einigen Wochen wohnte in einem derartigen Wohnhause, dem das halbe Dach fehlt, eine alte Frau, welche buchstäblich bei Regenwetter bei Nacht über ihr Bett den Regenschirm spannen mußte.“

Über 70 Joch, mit Breiten von circa 15 Joch, liegen seit Jahren brach. Die Herrschaft liefert infolgedessen wenig oder nichts ab und müssen die Ortseinwohner für das vorgeschriebene Gemeindekontingent voll aufkommen, worüber sie bittere Klage führen“. Sie sehen also hier, wie ein großer Parasit an den Bauern noch sündigt und dann hören wir noch, daß die Bauern von diesem großmächtigen Herrn Forstmeister mit dem großen Maul und seinem großen Verwaltungsgenie gar nichts mehr zurückbekommen. Es heißt hier auch, daß die Ortseinwohner jahrelang auf die Wiedergabe warten müssen oder dafür einen willkürlich festgesetzten geringen Preis erhalten. (Liest):

„Den Handwerkern, Maurern, Schlossern etc., welche für die Herrschaft arbeiten, werden die Rechnungsbeträge willkürlich herabgesetzt und müssen sie ebenfalls monatelang auf die Zahlung warten. Den Arbeitern, die trotz der enormen Teuerung geringe Löhne von drei bis acht Kronen erhalten, zog Forst-

meister Philipp, der dort eine förmliche Thronenwirtschaft etablierte, zwei Kronen vom Taglohn ab.“

Um die Not seiner eigenen Arbeiter zu mildern, hat, wahrscheinlich in einem lichten Augenblicke, der Gutsinhaber Khevenhüller aus der Schweiz, wo er sich befindet, wahrscheinlich auch seit den Tagen des Zusammenbruches, einige tausend Kronen an den Forstmeister Philipp geschenkt und verlangt, er möge diesen Betrag unter die bedürftigen Arbeiter verteilen. Aber man weiß nur so viel, daß nur ganz geringe Beträge von diesen mehreren tausend Kronen, und zwar mir an jene Arbeiter ausgesetzt wurden, welche ihm zum Beweis ihres Austrittes aus der Organisation die Mitgliedsbücher übergaben. Die haben dann eine Unterstützung erhalten, die anderen aber nicht. (Liest):

„Der Forst wird derart ausgeholzt, daß man in großen Teilen davon zwischen den einzelnen Bäumen mit einem Ochsengespann sehr leicht umdrehen kann. Da die Wege durch die herrschaftlichen Holzführerwerke vollständig devastiert sind, fahren die Kutscher über Äcker und Wiesen der Dorfseinwohner und Gründanrainer, worüber diese ebenfalls bittere Klage führen. Die Gemeindevertretung legt Wert darauf und hat ein großes Interesse daran, daß diese Zustände geändert werden, daß die Arbeiter bessere Löhne erhalten und dadurch deren Lebensmöglichkeit gehoben wird.“ Und zum Schlusse wird noch gesagt: „Die Gemeindevertretung befiehlt es, daß verschiedene Entgelte bei der Bezirkshauptmannschaft Oberhollabrunn gar keine Erledigung finden.“ also auch ein Kapitel über den großen Wert unserer Bezirkshauptmannschaften.

Sie sehen hier das Los der Arbeiter auf einem herrschaftlichen Gute, das nichts weniger als beneidenswert ist. Das sind Leute, die es wirklich nicht notwendig hätten, die Arbeiter in so elenden Wohnungen unterzubringen, man möchte sagen eigentlich in Stallungen, wo sie noch frisch werden; sie erhalten auch keine genügenden Deparate. Aber es zeigen sich noch ganz andere Erscheinungen; das sind nur Streiflichter. Ich kann heute auch nicht mehr sagen, als nur darauf hinweisen, mit welchem Terror auch hier schon gegen jene Arbeiter in der Landwirtschaft gearbeitet wird, die von dem Rechte, sich mit ihresgleichen zu vereinigen, Gebrauch machen und wie auch hier schon die Steckbriefe und schwarzen Listen eingeführt werden. Wir wollen hoffen, daß der Herr Staatssekretär Stöckler derartigen Tendenzen entgegentritt, auch wenn sie unter den Mitgliedern des Bauernbundes auftreten, wenn der Herr Staatssekretär und Sie alle haben wollen, daß der Klassenkampf nicht schärfere Formen annimmt, als uns allen lieb ist; wir wollen hoffen, daß er es nicht zuläßt, daß der Ausbreitung der Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Hindernisse in den Weg gelegt werden;

denn es wird, ob man will oder nicht, die Organisation über alle hinweggehen, die sich ihr gegenüber noch so feindlich benehmen.

Aber wir sehen eine andere Erscheinung. Wir sehen, wie es in einzelnen Gebieten, zum Beispiel von Niederösterreich, heute gar nicht mehr möglich ist, daß unsere Parteigenossen dort Versammlungen abhalten (*Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Na! Na!*) und wie — sie girieren sich als christlichsoziale Parteimitglieder — gerade christlichsoziale Bürgermeister und christlichsoziale Funktionäre der Gemeinde alles mögliche unternehmen, damit ja keine sozialdemokratischen Versammlungen in ihren Orten stattfinden können. Am 8. November 1919 sollte in Hirschenhubers Gasthaus in Kirnberg an der March eine Volksversammlung mit der Tagesordnung „Die Not in Deutschösterreich“ stattfinden. Als Referent wurde hierzu der Kreissekretär unserer Partei aus St. Pölten berufen. „Lange vor Beginn der Versammlung“, heißt es hier, (*Liest:*) „hatten christlichsoziale Bauern aus der Umgebung das Versammlungslokal besetzt mit dem Auftrage“ (*Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Alfred Gürtler: Das kommt überall vor!* — *Zwischenruf: Das haben wir von euch gelernt!* — *Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Sehr richtig!*) Es ist aber eine Praxis, von der ich nicht weiß, ob sie nicht viele Jahre früher schon gegenüber den armen Teufeln von christlichsozialer Seite in jenen Orten angewendet wurde, wo die Christlichsozialen in der Mehrheit und die Sozialdemokraten in der Minderheit waren; in der glorreichen Ära Queger haben wir solche Dinge sehr oft erleben können. Also (*Liest:*) „Die Bauern hatten das Versammlungslokal besetzt mit dem Auftrage, den Referenten, wenn nötig mit Gewalt, am Sprechen zu verhindern.“ Es ist das ganz hübsch, wenn man weiß, mit welchem Eifer die Herren von der christlichsozialen Seite das ausgeschrotet haben, was sich vor 14 Tagen auf der Landstrafe abgespielt hat, wo einzelne Arbeiter verlangt haben, daß sie an der Versammlung des Bürger- und Ständerates teilnehmen dürfen. (*Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Und dabei ist alles hingeworden!*) Was ist hin geworden? Warum hat man die Leute nicht hineingelassen? Wir haben unsere Versammlungen niemals hinter verschlossenen Türen. Auch in der kleinsten, und ich möchte sagen, in der schwärzesten Ortschaft brauchen wir, um unsere gute und gerechte Sache vorzutragen, die wir als Sozialdemokraten vertreten, uns vor niemanden genieren. Wir halten keine Versammlungen hinter verschlossenen, sondern bei offenen Türen ab. Wenn nun durch diese offenen Türen alle hereinkommen und nicht etwa nur zuhören und sich an der Debatte beteiligen wollen, sondern wenn sie diese Gasfreundschaft so ausnutzen, daß sie einfach den Einberufer der Versammlung

hindern, daß er seine Ideen, sein Programm und seine Tagesordnung der Versammlung auseinander setzt, so erkläre ich, daß das nicht nur ein grober Missbrauch des Gastrechtes, sondern zugleich auch eine grobe Beschränkung der persönlichen Freiheit und der Freiheit der Meinungsäußerung des politischen Gegners ist, was kein Mensch gutheißen kann.

Es heißt hier aber noch weiter (*Liest:*) „Unmittelbar vor Beginn der Versammlung erschien der Gemeindevorsteher von Kirnberg namens Haiden, trat auf Genossen Müllner (so heißt der Kreissekretär) zu und forderte ihn mit den Worten: „Ziagn S' oh, sonst erleben S' was!“ (*Rufe: Hört! Hört!*) zum Verlassen des Lokales auf. Auf den Hinweis des Genossen Müllner, daß in der Republik freie Meinungsäußerung herrsche und in den Koalitionsvereinbarungen zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen die gegenseitige Respektierung der Versammlungsfreiheit enthalten sei, erwiderte der Gemeindevorsteher, „das gehe ihn nichts an, die Bauern wollen Sozialdemokraten nicht reden lassen“. (*Hört! Hört!*) Die Haltung der Bauernschaft wurde immer bedrohlicher, Schmähufe gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen ihre Vertrauensmänner in der Regierung, wurden ausgestoßen und es hatte mehrmals den Anschein, daß die ansgefechteten Bauern zu Täterschaften übergehen würden. Unter diesen Umständen verzichtete Genosse Müllner auf die Abhaltung der Versammlung, um Blutvergießen zu vermeiden. Es ist festgestellt, daß die Bauern tagelang vor der Versammlung vom Gemeindevorsteher und auch vom dortigen Pfarrer bearbeitet wurden, um die Versammlung zu verhindern. (*Rufe: Hört! Hört!*) Sie erklärten auch offen, daß sie sich ihrer Lieferungspflicht unter Umständen durch Anwendung von Gewalt entziehen werden“ — wahrscheinlich auch kein Terrorismus, ein politisches Benehmen. Wir haben auch Schießen gelernt, sagte Haiden, die Volkswehr soll nur kommen, wir brauchen keine Volkswehr, wenn sie aber kommen wird, werden wir es ihr schon zeigen, denn wir haben schießen gelernt. Das erklärt der gute Bürgermeister von Kirnberg an der March. Auch die Republik kam dort schlecht weg. Die Bauern entziehen sich beharrlich ihrer Lieferungspflicht, Beweis die Vorgänge, die sich anlässlich einer kommissionellen Kontrolle im Marchgebiet abgespielt haben.

Im Marcher Gebiete fanden, wie Sie ja wissen werden, am 25. Februar in Texing und in Kirnberg Amtshandlungen der Bezirkshauptmannschaft Melk, geleitet vom Herrn Statthalterrat Dr. Fraß in Anwesenheit der Gemeindevorstellungen statt, um in der Gemeinde die Apparitionierungsangelegenheiten zu regeln, was in diesen sowie auch in den angrenzenden Nachbargemeinden eine dringende Notwendigkeit ist, da in dieser Gegend durchwegs eine Fremderlwirtschaft nach den alten bekannten

Regeln der früheren Zeit herrscht. In der Gemeinde Texing verließ diese Amtshandlung verhältnismäßig ruhig. In Kirnberg hatte es schon den Anschein, etwas kritischer zu werden. Kurz vor Beginn der Amtshandlung, welche um 4 Uhr nachmittags anberaumt war, erschienen eine beträchtliche Anzahl aufgeheizter Bauern — begleitet von den christlichsozialen Mitgliedern, der Gemeindevorstellung, unter welchen auch Herr Pfarrer Zillisch nicht fehlte, obwohl Herr Zillisch kein Gemeinderatsmitglied ist, sondern nur gerne sein will, und vom Bürgermeister bei jeder Gelegenheit zu Besprechungen eingeladen wird, um sodann gegenüber Arbeitern sein Mütchen zu kühlen — im Konferenzlokal. Eine größere Anzahl blindwütiger Bauernsöhne haben nun — ich will das kurz sagen — mit Waffen in der Hand verhindert, daß die Gendarmen daran gehen könnten, Vieh zu requirieren. Sie wissen, es ist zu bedauerlichen Vorfällen gekommen und die Volkswehr, über die man dort so wacker schimpfte, ist in sehr schwere Bedrängnis gekommen. Die Großbauern, welche durch Schleichhandel und Wucherpreise gestoppte Geldsäcke haben und vor Übermut nicht mehr wissen, was sie anfangen sollen, glaubten nun in ihrer blinden Wut, über Arbeiterschaft und Behörden ungestraft herfallen zu dürfen und auf die Weise zu verhindern, daß ihre Praktiken die entsprechende Abhöhung finden.

Sie sehen also hier wieder, daß die Herren Bauern von Manz nichts weniger als gewillt waren, einer Amtshandlung keinen Widerstand zu leisten, sondern mit bewaffnetem Widerstand die Amtshandlung unmöglich machen wollten.

In Ruprechtshofen — das werden die Herren vielleicht auch gehört haben — ist es dem Vertreter der Bezirkshauptmannschaft Dr. Schuppner nicht viel besser ergangen. Auch dort haben die Bauernburschen mit Waffen in der Hand die Amtshandlung des Bezirkskommissärs Dr. Schuppner nicht nur zu verhindern gewußt, sondern Dr. Schuppner ist auch geschlagen und am Kopfe verletzt worden. Einen Volkswehrmann überfielen die mit Stöcken und Knüppeln ausgerüsteten Bauernbündler auf der Straße und schlugen ihn blutig, einen anderen wollten sie im Hofe des Gathauses nackt ausziehen.

Meine Herren! Da haben Sie wieder einen Akt des Terrorismus, der vielleicht nicht mehr vereinzelt dasteht. Sie werden vielleicht sagen, das sind doch nur einzelne Erscheinungen. Nein, meine Herren, es scheint mir heute Methode und System darinnen zu liegen. Denn was hören wir aus dem Neunkirchner oder dem Wiener Neustädter Gebiete? Der Terror der christlichsozialen Bauern kommt bei uns, besonders in den schwarzen Vierteln, ganz besonders zum Ausdruck. (Abgeordneter Dr. Alfred Gürler: In Neunkirchen?) Das ist im Wiener Neustädter Bezirk, im Kirchberger und Aspanger Gebiet. Gegenwärtig

können wir in diesen Orten überhaupt keine Versammlungen abhalten und wenn, so kann es nur unter der größten Gefahr für die beteiligten Referenten geschehen. Der Schleichhandel und der Schmuggel hat die Bauern dieser Bezirke vollständig rabiat gemacht.

Gelegentlich finden auch von der Bezirkshauptmannschaft einberufene Bürgermeistertage statt. Ein solcher tagte kürzlich in Aspang. Bei der Gelegenheit war es der Landesabgeordnete Pfarrer aus Grünbach, der bei der Eröffnung der Versammlung ganz offen erklärte, daß es ihm heute ein leichtes wäre, die anwesenden Sozialdemokraten durchprügeln zu lassen. (Abgeordneter Dr. Alfred Gürler: Unerhört!) Das ist amtlich festgestellt. Also die Sozialdemokraten, die an dem Bürgermeistertag krafft ihrer Funktion als Bürgermeister teilgenommen haben, hat der Herr aus Aspang einfach hinausprügeln lassen wollen. Diesen Ausdruck gebrauchte er vor dem Bezirkshauptmann und all den anderen Anwesenden. Tatsächlich nahmen die Bauern von dieser Minute an eine direkt feindselige Haltung gegen unsere Delegierten am Bauerntage ein. Wie es unseren Genossen, die in den versteckten schwarzen Gemeinden gewählt wurden, ergeht, ist ein eigenes Kapitel. Wenn sich die Schwarzen darüber aufblähen, daß wir Terror üben, so kann ihnen ruhig entgegengesetzt werden, daß sie es heute selbst noch wagen, die Organisationsangehörigkeit als Entlassungsgrund zu nehmen, wie es beispielsweise auch in Bernitz bei der Harzraffinerie Gorga der Fall war. Tatsächlich wurden dort unsere Genossen aus dem Betriebe entlassen bloß deshalb, weil sie der Gewerkschaft angehörten.

Wir haben hier also einen Fall, wo vor dem Bezirkshauptmann selbst auf einem Bürgermeistertag sozialdemokratische Bürgermeister, die daran teilnahmen, vom Bürgermeister des Ortes in einer solchen Weise behandelt wurden. Wenn das Sozialdemokraten getan hätten, wie hätten die Herren von der christlichsozialen oder deutschnationalen Seite die Sache ausgeschrottet! (Abgeordneter Dr. Alfred Gürler: Den es trifft, der schimpft!) Sie sollen nicht sagen, meine Herren, daß Sie nur lauter Lämmer hinter sich haben.

Die frommen und braven Bauern von Kirchschlag, Krummbach, Lembach, Aigen, Stang, kurzum die ganzen Bauergemeinden des Gerichtsbezirkes Kirchschlag sind mit Waffen versorgt. In jedem Bauernhaus kann man Gewehre und Munition finden. Sie sollen auch hören, wie die Herren Bauern zu diesen Waffen gekommen sind. Seinerzeit wurden Gewehre zum Schutz vor eventuellen Einfällen von Ungarn an die Bürgermeisterämter ausgegeben, unter dem ausdrücklichen Auftrag, sie unter Verschluß zu halten und nur dann auszugeben, wenn es notwendig ist. Heute haben die einzelnen

Bauern die Waffen in Händen. Alle Bemühungen, sie einzufordern, sind fruchtlos geblieben.

Es ist klar, daß die sich im Besitz der Waffen befindlichen Bauern sich sowohl in ihrer Umgangssprache, als auch sonst sehr rabiat geberden. Gewiß ist, daß sie während des Krieges durch die zwangsläufige Ablieferungspflicht viel Unbill erlitten haben. Diese erlittene Unbill suchen sie nun im allgemeinen auf die Republik zu überwälzen. Jede amtliche Person, die kommt und die Bauern an ihre Lieferungspflicht gemahnt, läuft Gefahr, von den Bauern erschlagen zu werden. Tatsächlich traut sich auch kein Mensch der Bezirkshauptmannschaft allein in die Bauerngemeinden, weil er nicht nur den Hohn und den Spott fürchtet, dem er unter allen Umständen begegnet, sondern auch fürchten muß, mit Brachialgewalt aus dem Hause vertrieben zu werden. Das Mitglied der Bezirkswirtschaftskommission Wandera hat mit dem Mitgliede des Bezirkswirtschaftsamtes Braunstorfer, der aber auch gleichzeitig Bezirksbauernrat ist, mit einem Beamten der Bezirkshauptmannschaft eine Erhebung über die Ablieferung des Vieches und Getreides durchgeführt. Bemerkt werden muß, daß die Bauern dieses Gebietes sich mit ihrer Ablieferungspflicht weit im Rückstande befinden, ihr Viech und sonstige landwirtschaftliche Produkte lieber im Schleichhandel als ungarische Ware in Verkehr bringen. Der Mann, der mir das schreibt, sitzt selbst im Bezirkswirtschaftsamt, kennt also die Dinge sehr gründlich. Die vorhin Genannten haben nun tatsächlich unter Einsicht ihres Lebens sich dieser Aufgabe unterzogen, die Bauern an eine erhöhte Lieferung zu mahnen. Der Bürgermeister von Sticksberg, der von dem Kommen der Kommission verständigt war, ist absichtlich weggefahren, der erste Gemeinderat und der Obmann des Ortsbauernrates erklärt gleicherweise im Anfang der Verhandlungen, daß ihnen durch die Anwesenheit des bei der Kommission mitanwesenden christlichsozialen Bezirkswirtschaftskommissionsmitgliedes Braunstorfer ihre Absichten über den Haufen geworfen würden. Offen erklärte der Obmann des Ortsbauernrates in Sticksberg, daß sie heute schon vorbereitet waren, die Kommission mit „Hackeln“ entsprechend zu empfangen. Ihr Standesgenosse Braunstorfer mußte alle Veredsamkeit aufbieten, um die Bauern zur Vernunft zu bringen und sie davor abzuhalten, gegen die Kommission tatsächlich vorzugehen. Wohlgemerkt, bei dieser Kommission war kein Arbeiterrat anwesend. Es war nur das Mitglied der Bezirkswirtschaftskommission und Braunstorfer mit den Beamten der Bezirkshauptmannschaft. Vom Arbeiterrat wurde überhaupt nichts geredet, hätte auch gar keinen Zweck gehabt. Wandera erschien in seiner Eigenschaft ebenfalls als Amtsorgan.

Das Ergebnis dieser Kommission war gleich Null. Die Bauern liefern nichts. Die Bauern ver-

kaufen ihr Viech im Schleichhandel als ungarische Ware. Das geht am deutlichsten daraus hervor, daß, wie in einigen Fällen (Krummbach, Kirchschlag, Stainz, Alten), die Bauern mit Waffengewalt die amtlichen Kommissionen, die die Zeichnungen des Vieches vornehmen wollten, vertrieben haben. Arbeiterräte waren bei all diesen Dingen überhaupt nicht dabei. Wie verworren die Verhältnisse in der „Buckligen Welt“ — man nennt die Gegend dort so — geworden sind, geht am deutlichsten daraus hervor, daß selbst die christlichsozialen Abgeordneten nur dann angehört werden, wenn sie mit den Bauern in das gleiche Horn stoßen, das heißt, Aufhebung der Zentralen. Der Bezirkshauernrat Kader hat in der Versammlung der Bauern in Kirchschlag offen erklärt, solange die Zentralen nicht aufgehoben werden, wird kein Viech geliefert. Alle Versuche der Bezirkswirtschaftskommission, in gütlicher Weise, unter Zuhilfenahme aller Compensationsartikel, wie Schuhe, Benzin, Petroleum, Leder, die Bauern zu einer erhöhten Ablieferung zu zwingen, scheiterten. Die Leute wissen sich im Besitze der Waffen und dieser Besitz verleiht Ihnen die Macht, jedem, der unbewaffnet von Ihnen diese Forderung durchsetzen will, mit allen Mitteln zu begegnen.

Aber noch etwas, was ich Ihnen zum Schlusse vor Augen führen will, was ebenfalls aus diesem Bezirk herrührt:

Mitte August langte an die Administration der „Gleichheit“ ein Schreiben des Zeitungsverleihes aus Kirchberg am Wechsel ein, worin unter Bezug auf eine mitfolgende Zuschrift des Bauern- und Bürgerrates ersucht wird, keine „Gleichheit“ mehr nach Kirchberg zu senden. In der Zuschrift das Bauern- und Bürgerrates heißt es ausdrücklich, daß, wenn die „Gleichheit“ nochmals kommen sollte, sie auf der Post durch den Bürger- und Bauernrat zurückgehalten wird. Unterschrieben ist diese Zuschrift des Zeitungsverleihes vom Bauernrat Jakob Hofer und vom Bürgerrat Michael Donhauser. Donhauser ist nebenbei auch noch Bürgermeister von Kirchberg am Wechsel. Tatsächlich mußte die Sendung der „Gleichheit“ eingestellt werden, da der Zeitungsverleihhaber in der Angst, daß er dadurch geschäftlich schwer geschädigt wird, sie nicht mehr vertreiben könnte, trotzdem eine starke Nachfrage nach dem Blatte in Kirchberg war und heute noch ist.

Im Auftrage des Staatsamtes für Heereswesen — jetzt kommt jene Sache, wo im Auftrage des Staatsamtes für Heereswesen die Einführung der Waffen vor sich gehen sollte — führte der Soldatenrat im Einvernehmen mit dem Volkswehrkommando Wiener Neustadt (Kreis IV) den Befehl aus, nach Kirchberg zu fahren und dort

die seinerzeit an die Bauern ausgegebenen Gewehre von den einzelnen Besitzern einzuholen und sie unter Verschluß der Gemeinde und Gendarmerie zu bringen. Der Bürgermeister weigerte sich, dieser Verordnung des Staatsamtes zu entsprechen und erklärte, absolut nichts zu unternehmen, damit die Gewehre abgeliefert werden. Wörtlich erklärte er: „Jeder, der zu mir kommt und das Gewehr von mir will, dem han ich den Schädel ein.“

Das ist die Hälfte von dem, was ich vorzubringen hätte. Ich werde mir aber das weitere noch aufheben, vielleicht wird sich noch ein andermal Gelegenheit bieten, um hier den Terror, der in allen Bezirken Niederösterreichs (Ruf: Auch in anderen Ländern!) wohl organisiert ist und sich immer breiter macht, auch außerhalb Niederösterreichs, von Zeit zu Zeit ein bißchen zu beleuchten.

Weil der Direktor Zweifel in Neunkirchen ein Ausländer, ein Schweizer ist, hat man es nicht unter der Würde gefunden, sich an eine fremde Macht, an die Schweizer Gesandtschaft zu wenden und sie nahezu anzubetteln, sie möge vorstellig werden, damit ja nur die Arbeiter verhaftet werden, es sei ja ein Ausländer, der geprügelt wurde.

Und was hat sich im Fischamend abgespielt, wo ein Franzose mit zwei Damen, darunter eine hochschwangere Frau, auf Geheiß des Bürgermeisters von Fischamend geprügelt wurde, weil der Chauffeur ein Mädchen niedergeführt hat, aber in der besten Absicht auszuweichen. (Zwischenrufe.) Es ist ein Bursche von links gekommen, das Mädchen von rechts, der Chauffeur machte eine rasche Wendung und überführte das Mädchen. Der Franzose mit seinen beiden Damen, auch die hochschwangere Frau, haben sich sofort um die Verunglimpfte bemüht, sie haben gezeigt, daß sie volles menschliches Mitleid hatten und alles tun wollten, um den bedauerlichen Vorfall wieder gutzumachen — es war ja nicht möglich, das Mädchen ist getötet worden —, nichtsdestoweniger sind sie auf Geheiß des Bürgermeisters tatsächlich mißhandelt worden. Wenn nicht so ein gottverdammter Arbeiterrat dazwischen gekommen wäre und den Franzosen und die beiden Frauen befreit hätte, wer weiß, wie sie noch wären verprügelt worden. Darüber hat aber die Presse der Christlich-sozialen geschwiegen, man hat nichts davon gehört. (Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Das ist doch klar!) Der Herr Abgeordnete Dr. Gürtler findet es so selbstverständlich, daß der Terror in Ihrer Partei heute zu einer ständigen Einrichtung wird. Ich werde Ihnen etwas sagen. Wenn Sie das zu einer ständigen Einrichtung machen wollen, dann wird man nach dem Evangelium sagen müssen: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten.“ Dann werden Sie sich nicht beklagen dürfen und nicht mehr auf die Sozialdemokraten hinhauen dürfen, wenn in Ihren eigenen Reihen der Terrorismus gutgeheißen wird.

Und wenn Sie ihm vielleicht noch Beifall klatschen, wenn sich der Terrorismus gegen Andersgeinnte richtet, dann werden Sie es eines schönen Tages noch erleben, welche Früchte ein solches Vorgehen zeitigt.

Wir können mit gutem Gewissen sagen, wir Sozialdemokraten haben anfangs dieser Woche wieder den Beweis erbracht, durch unsere große und mächtige Demonstration auf der Ringstraße, daß trotz der Teuerung und Not, trotz der Aufregung der Arbeiterschaft, wenn Hunderttausende von Proletariern aufmarschieren, sie Zucht und Disziplin zu halten verstehen. Wir können dies auch von einer anderen Partei verlangen, die sich rühmt, die Partei der Zucht und Ordnung zu sein, die sagt, es gibt in diesem Staate keine Autorität, nur Anarchie, man achtet die Gesetze nicht. Wenn Sie haben wollen, daß wirklich die Gesetze geachtet werden, dann fangen Sie zuerst bei sich an! Sie haben so viel vor Ihrer eigenen Tür zu kehren, daß sie ruhig das bißchen, was vor unserer Tür ist, uns überlassen können. Der Terrorismus auf dem flachen Lande ist viel ärger, als einzelne Unbesonnenheiten einzelner Arbeiterräte. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Luttenberger.

Abgeordneter Luttenberger: Hohes Haus! Ich will mich ziemlich kurz fassen, nicht so wie mein Vorredner, der geglaubt hat, mit dem Terror die landwirtschaftliche Produktion heben zu können. Ich glaube, das ist nicht notwendig.

Wenn man das Budget ansieht, so findet man, daß für die Landwirtschaft leider wieder nur zu einem verschwindend kleinen Teile vorgesorgt wird. Das ist wirklich sehr traurig. Denn gerade die Landwirtschaft ist ein Faktor, dem man das meiste Augenmerk zuwenden soll, nicht, so wie Kollege Schneidmädl gesagt hat, der Landwirt soll sich selber helfen, von Staats wegen wäre es nicht notwendig, weil die Landwirtschaft ohnehin nicht in der Lage wäre, die Bewohner dieses Staates zu ernähren. Gerade die Landwirtschaft, der Bauernstand, bildet die Grundlage des Staates und ist die Grundlage aller anderen Stände und Berufsschichten. Man wird mir einwenden: Ja, der Arbeiterstand. Gewiß ist die Arbeiterschaft notwendig. Aber die erste Grundlage des Staates ist und bleibt die Landwirtschaft, der Bauernstand. Darum wäre es sehr am Platze, man würde von allen Seiten des Hauses der Landwirtschaft mehr Augenmerk zuwenden. Es wird zwar von sozialdemokratischer Seite immer behauptet, daß sie das größte Interesse habe, für die Landwirtschaft zu sorgen. Bis nun aber hat sich das noch nicht gezeigt. Wenn man die Budgets im

alten Staate anschaut, sieht man immer wieder, daß gerade die sozialdemokratische Partei es war, die gegen das Budget und mithin auch gegen die Landwirtschaft gestimmt hat. (Abgeordneter Toller: Ihr habt unser letztes Hemd bekommen!) Herr Kollege, Sie haben aber noch eines an!

Zur Hebung der Landwirtschaft ist es gewiß nicht, daß man noch immer die Zwangswirtschaft aufrecht erhält. Sie werden nun sagen: der bläst wieder in dasselbe Horn. Das hat ja eine gewisse Berechtigung. Aber ist denn die Zwangswirtschaft danach angetan, die Produktion zu heben? Durchaus nicht. Versetzen Sie sich in die Lage eines Bauern. Er steht zeitlich früh auf, arbeitet den ganzen Tag, wobei der Erfolg seiner Arbeit stets vom Wetter abhängt. Und auf einmal kommt der Staat, jetzt wird alles requirierte, jetzt heißt es, soundso viel mußt du abliefern. Das mag seine Berechtigung gehabt haben während der Kriegszeit, teilweise auch nach der Kriegszeit, aber jetzt ist es im großen und ganzen nicht mehr notwendig. Warum? (Abgeordneter Witternigg: Weil die Leute alle zu essen haben!) Nein, Herr Kollege Witternigg, wir wollen ja auch, daß Sie leben können, so wie Sie es haben wollen. Aber wir sind doch nicht imstande, den Staat erhalten zu können. Warum denn die Leute sektieren, requirieren, warum ihnen die Gendarmerie und die Volkswehrleute ins Haus schicken? Sie sprechen immer wieder von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Wo ist denn die Freiheit auch für den Bauern? Genau so wie Sie die Freiheit für die Arbeiterklasse haben wollen, wollen wir für den Bauernstand Freiheit haben. Das ist es ja eben, was die Bauernschaft so furchtbar erbittert.

Dann erst die Preispolitik, die Bezahlung. 2 K für Korn und Weizen. Die Konsumenten müssen das Mehl um 10, 12 und noch mehr Kronen kaufen. Wie kommen sie dazu, das Mehl so teuer zu kaufen, und wie kommt der Bauer dazu, alles so billig abzuliefern oder wie kommt der Bauer dazu, draufzuzahlen? Denn zwei Kronen sind ganz und gar unter den Gestaltungskosten. Das ausländische Getreide müssen wir um 1500 K pro Meterzentner bezahlen. Wie kommt die einheimische Landwirtschaft, insbesondere der Bauer dazu, draufzuzahlen? Das ist gewiß kein Beweis für Ihre Behauptung, daß Sie dem Landwirt helfen wollen. Das ist gerade das Gegenteil.

Dann heißt es, der Bauer ist ein Wucherer. Gewiß zählt auch der Bauernstand manche Leute, die Wucher treiben. Die verurteilen wir auf das allerhärteste. Oder: er ist ein Schleichhändler und Schieber. Es sind auch solche Elemente unter uns. Aber wenn man das verallgemeinert, wie heute ein Herr von Ihrer Seite gesagt hat, die Bauern sind nur Wucherer und Schleichhändler, so ist dies wohl

nicht richtig. Schauen wir nach Wien herein, auf die Leute, die aus dem Osten hereingekommen sind. Ich will nicht nur auf die Ostjuden hinweisen — auch auf die christlichen Juden — die die ärgsten Schieber und Schleichhändler sind, die mit dem, was der Bauer ab liefert, Wuchergewinne erzielen zu ungünsten der Konsumenten und der Produzenten. Wir verurteilen gewiß auf das schärfste jeden Wucherer und Schleichhändler.

Rkehren wir noch einmal zurück zur Preispolitik! Der Bauer muß das Getreide um 2 K abliefern. Sagen wir nun, er braucht Kleie oder irgendein anderes Futtermittel, um das Vieh zu füttern. Es steht ja fest und läßt sich nicht leugnen, daß sich eine rationelle Viehwirtschaft nicht betreiben läßt, weil uns die notwendigen Futtermittel fehlen; mit Heu und Stroh allein kann man kein Vieh füttern. Er muß nun von der Kriegs-Getreide-Anstalt oder wie diese schönen Einrichtungen von Weltfremden heißen, Kleie um 2 K kaufen. Er bekommt ein minderwertiges Produkt und das gute Produkt mußt er um 2 K abliefern. Wo ist da die Gerechtigkeit?

Schauen wir uns die Kartoffelbewirtschaftung an, über die ja schon hente gesprochen wurde. Der Bauer mußte im Frühjahr die Kartoffeln um 1 K pro Kilogramm abliefern, und wenn er jetzt Saat-Kartoffeln braucht, muß er sie um 8, 10 und 12 K zurückkaufen. Während der ganzen Winterszeit haben die Konsumenten keine Kartoffeln gehabt und jetzt sieht man überall Kartoffeln, in Graz, überall bekommt man Kartoffeln genug, aber um welchen Preis! Ich weiß nicht, was das Ernährungsamt getan, wo es sie versteckt hat. Es scheint mir aber, gelinde gesagt, etwas faul zu sein im Ernährungsamt. Das sind alles Dinge, die nicht danach angetan sind, die Landwirtschaft zu heben, sondern die danach angetan sind, die Bauern noch mehr zu erbittern. Und warum sind sie erbittert? Gehen Sie einmal nach Steiermark und hören Sie, was die Leute dort sagen: Unsere gute, brave Bevölkerung soll für diese Kriegs-Getreide-Anstalt in Wien abliefern, die hauptsächlich von Juden und Schiebern besetzt ist; für die liefern wir nichts. Wir wissen genau, daß in den Städten die Arbeiter, die Beamten und alle anderen Konsumenten auch leben müssen, und wir sind gerne bereit, ihnen unsere Produkte zu geben; wir wollen sie nur nicht Leuten geben, die Wucherpreise erzielen! Daher ist es auch erklärlich, wenn es hier und da zu einem Trubel kommt.

Ich will nun auf die Ereignisse in der Oststeiermark, in Feldbach, zurückkommen. Von Seiten volksfremder, kommunistischer Hetzer ist die Erregung in die Bauernschaft hineingetragen worden. Es war sehr leicht, die Leute so zu erbittern, daß es zu Aufläufen gekommen ist. Die dortige Bevöl-

ferung hat seit Monaten, teilweise seit dem November, kein Stäubchen Zucker bekommen. Wie kommt es, daß der bäuerlichen Bevölkerung vom Staatsamt für Volksernährung selbst die geringe Zuckermenge nicht zugewiesen wird? Seit November haben diese Leute keinen Zucker bekommen und jetzt haben wir Mai, während die sozialdemokratischen Konsumvereine und die Bevölkerung in den Städten schon den Aprilzucker erhalten haben. Da möchte man wohl Aufklärung haben. Es ist also begreiflich, daß sich die Leute zusammenrotten und demonstrieren. Das Demonstrieren haben sie ja von der Arbeiterschaft gelernt, bei ihr haben sie Schule gemacht. Wir bedauern solche Vorfälle auf das Tiefste, aber die Gründe dazu waren vorhanden. Monatlang kein Zucker und jetzt kein Salz, kein Leder usw., lauter Artikel, die die Landwirtschaft außerordentlich notwendig braucht. Schade, daß die Herren von der sozialdemokratischen Partei aus dem Saal verschwunden sind. Ich glaube, es ist ihnen nicht angenehm, wenn man ihnen ein bißchen auf den Zahn fühlt.

Einer der Herren Borredner — es war der Herr Dannereder — hat gesagt, man solle beim Abbau der Preise zuerst bei der Landwirtschaft anfangen. Ja, ich bitte, man hat dort nicht begonnen, die Industrieartikel sind es, die zuerst in die Höhe gegangen sind; dann ist es erst schön langsam bei der Landwirtschaft dazu gekommen, aber bei weitem nicht in dem Maße, wie es bei der Industrie der Fall war.

Darüber, daß die Leute ihren Grund nicht bebauen, ist schon gesprochen worden. Wer den ganzen Krieg mitgemacht und gesehen hat, wie die Bauersleute gearbeitet haben, wie Greise, Mütter und Kinder, die Bäuerin von früh morgens bis spät in die Nacht hinein gearbeitet haben, wird das nicht sagen. Das kann nur einer sagen, der von der ganzen Landwirtschaft gar nichts versteht. Dann heißt es, wir haben keine Milch. Diesbezüglich wäre auch viel zu sprechen. Man sagt, die Schweiz und Deutschösterreich hätten gleich viel Melktüte. Das gebe ich ja zu, aber wieviel Einwohner hat denn die Schweiz? 3,5 Millionen und Deutschösterreich 6,5 Millionen. Der Herr scheint das nicht gewußt zu haben, das möge ihm zur Aufklärung dienen. Die haben draußen andere Verhältnisse und keinen Krieg gehabt. Dann sollen die Bauern die Milch vermässern. Es mag ja vorgekommen sein, daß hier und da so ein Gauner war, im allgemeinen ist das aber nicht zutreffend. Nur keine allgemeinen Verdächtigungen! Man sagt weiter, die Bauern versütteln das Getreide usw.

Noch einiges über die Organisierung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Es wird da behauptet, daß wir nicht haben wollen, daß sich die landwirtschaftlichen Arbeiter organisieren. Ich kann

den Herren sagen, daß wir selber die landwirtschaftlichen Arbeiter in unseren Bauernorganisationen organisieren. Es ist nicht richtig und wir verwahren uns auf das schärfste dagegen, daß man sagt, die landwirtschaftlichen Arbeiter bei den Bauern draußen seien die ärmsten. Es ist sehr interessant, daß von Seiten der Linken behauptet wird, daß die industrielle Arbeiterschaft die ärme Klasse ist und daß heute wieder einer behauptet hat, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter die ärme Klasse seien. Sehen Sie, so widersprechen Sie sich immer wieder. Auch wird behauptet, daß es nicht wahr sei, daß man hinausgehe und die landwirtschaftlichen Arbeiter verhezen will. Man könnte da mit sehr vielen Beispielen kommen. Ich habe hier ein Programm, von einem sozialdemokratischen Abgeordneten aufgesetzt, das tatsächlich Punkte enthält, durch die die Leute wirklich verhezt werden. Es wird hier auch von der achtstündigen Arbeitszeit gesprochen.

Der Herr Kollege Schneidmädl wieder hat gemeint, es wäre sehr angebracht, wenn man Inspektoren einsetzen würde, die die Landwirtschaft zu inspizieren hätten. Das brauchen wir durchaus nicht. Oder will er und vielleicht mit ihm die ganze sozialdemokratische Partei noch mehr Beamte schaffen und Leute, die vielleicht weltfremd sind, zu uns schicken? Wir brauchen das nicht, wir haben früher unsere Landwirtschaft betreiben können, haben früher unsere Leute erhalten können, wir brauchen keine Bevormundung Ihrerseits. Sie werden sich auch nicht gefallen lassen, wenn wir den Antrag stellen würden, wir wollen einen staatlichen Inspector haben, der Sie in den Fabriken, in den Industriezentren kontrollieren soll.

Es wäre noch manches anzuführen, aber die Zeit drängt sehr und ich sehe, der Herr Präsident wäre schon froh, wenn ich aufhören würde. Ich glaube, es ist heute über dieses Thema schon genug gesprochen worden. Es ist so manches gesagt worden, was nicht richtig ist. Ich will jetzt schließen, denn es kommt ein anderer Herr Redner. (Beifall.)

Präsident: Schließlich ist noch zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Abram; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Abram: Sehr geehrte Herren! Die Sozialdemokraten erwarten bei der heutigen Debatte, daß die bäuerlichen Vertreter insbesondere zu der sehr ernsten Frage der Ernährung der Industriearbeiter und damit zur Flottmachung der Industrie Stellung nehmen; doch das, was wir von den verehrten Vertretern der Landwirtschaft gehört haben, haben wir leider jetzt schon sehr oft gehört und es zeigt sich in den meisten Ausführungen, daß unsere verehrten bäuerlichen Kollegen der Tatsache, daß wir ja kein Agrarstaat sein können, sondern ein

Industrie- und Arbeiterstaat sein müssen, viel zu wenig Rechnung tragen. Wenn manche bürgerlichen Vertreter dies noch nicht einsehen, so ist mir das verständlich. Absolut verständlich ist es, daß Herr Dr. Straffner diesem Staate Deutschösterreich zumeistet, er könnte auf dem Wege der stärksten Förderung der Landwirtschaft sein Gedeihen finden und nur damit vorwärts kommen. Herr Dr. Straffner war der Meinung und hat der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß wir Sozialdemokraten jeden Kleinbauern etwa sozialisieren wollen, der eine oder zwei Ziegen oder eine Kuh hat. Er hat sich damit wieder auf den Standpunkt gestellt, den wir bei ihm schon öfters zu beobachten Gelegenheit hatten. Als er seinen Eintritt in das politische Leben vollzog, da hat er 43 Leitauffäße über Kartoffelbeschaffnahme und Bewirtschaftung geschrieben. Wir haben gemeint, es ist das eine besondere Bosheit gegen einzelne Personen unserer Partei im Lande. Heute habe ich aber aus seinen Ausführungen die Wahrnehmung gemacht, daß er leider den tiefgründigsten wirtschaftlichen Problemen unseres Staates konsequent aus dem Wege geht.

Meine Herren! Was wir in diesem Österreich bei aller Förderung der Landwirtschaft erreichen können, ist: entweder wir bauen mehr Getreide und haben dann keinen Wiesenboden und keine Förderung unserer Viehzucht, die eigentlich den wertvollsten Bestandteil unserer Landwirtschaft darstellt, oder wir haben Milchwirtschaft und Förderung der Viehzucht und können deswegen keinen nennenswerten Getreidebau haben. Die Tatsache ist feststehend, daß wir aus unserer Ernte nur 60 Tage zu leben vermögen in diesem Deutschösterreich von den ganzen Errüttungen unseres Getreidebaus, und an dieser Tatsache kann sehr wenig geändert werden, weil man auf den Felsenrücken und Hochalmen kein Getreide anbauen kann.

Wir müssen deshalb zu dem ganzen Problem, Ernährung der Bevölkerung, anders Stellung nehmen und in erster Linie an die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung denken. Und da muß ich bedauern, daß sowohl ein bürgerlicher Vertreter als fast sämtliche bürgerliche Vertreter gegen die Zwangswirtschaft sprechen und dadurch dem Freiheit der Schieber, der Schleichhändler und der Zahlungsfähigsten indirekt das Wort reden. Wenn wir eines tun müssen, so müssen wir diese Wirtschaft, diese Ablieferungspflicht noch verstärken. Wir müssen der bürgerlichen Bevölkerung klar machen, daß die Entfaltung der Arbeitskraft notwendig davon abhängt, daß in erster Linie der produktiv tätige Mensch etwas zu essen hat. Das kann nur geschehen, wenn Sie draußen jede Demagogie verabschieden und den Bauern sagen, in erster Linie sollen die Kinder der Arbeiter und sollen die Arbeiter ihre Milch bekommen, ihr Fett, soweit es die österreichischen Bauern zu stellen

vermögen. Sie müßten diesen Standpunkt einnehmen. Sie tun aber des Gegenteils, Sie reden gegen die Zwangswirtschaft, Sie wollen, daß dieses Wenige, das die österreichischen Landwirte zu produzieren vermögen, in diesem Staate freie Handelsware wird, für den Einkauf des Zahlungsfähigsten.

Das ist nun ein großer Fehler, den Sie begehen. Sie sehen bei den Arbeitern Zorn und Erbitterung gegen einen großen Teil Ihrer Berufskollegen, und wenn Sie dann wieder einmal genötigt sein werden, Ihre eigene Landwirtschaft aufzubauen, so stehen Sie Arbeitern gegenüber, die sehr feindselig gegen Sie bestimmt sind. Wer sind den die arbeitenden Menschen im Staate, die Sie so hart und ungerecht behandeln? Wem verweigern Sie die Milch? Sie verweigern die Milch den Eisenbahnherrn. Wer sind diese? Vom Zugpersonal, von den Oberbauarbeitern, von den Handwerkern auf den Eisenbahnen sind 60 Prozent weichende Bauernsöhne, Fleisch von Ihrem Fleische! Sie verweigern den Transportarbeitern das, was Sie haben. Wer sind diese? Zu 90 Prozent Bauernkinder, Fleisch von Ihrem Fleische! 30 Prozent aller Handwerker in den Städten sind Bauernkinder. Und die Frauen der Arbeiter in den Städten und Industriestädten sind zum größten Teil Ihre Töchter, die Sie draußen in den Bauernhöfen nicht zu erhalten vermögen, die in die Stadt als Dienstboten kommen und in den Städten dann einen Arbeiter heiraten.

Meine Herren! Ich hätte erwartet, daß Sie endlich alles dies berücksichtigen und daß Sie als Abgeordnete im Gegensatz zu den Reden, die draußen bei Wählerversammlungen gehalten werden, hier den ganzen Ernst der Lage, in der sich der Staat befindet, erfaßt hätten und hier von dieser Stelle aus für eine ordentliche Aufbringung und ein Zusammengehen zwischen den bürgerlichen Produzenten in den wenigen Dingen, die Sie zu produzieren vermögen, und den städtischen breiten Massen herzustellen bestrebt wären. Wir werden warten müssen, bis Sie diese Einsicht haben; aber ich hoffe, daß Sie wenigstens aufhören werden, von der sofortigen Aufhebung aller Zwangswirtschaft zu reden, und daß sich insbesondere die alpinen Bauern doch nicht diesem unsinnigen Begehrn anschließen. Denn ganz Salzburg, ganz Vorarlberg und ganz Tirol wären schon glatt verhungert, wenn die vielgeschmähte jüdische Kriegs-Getreide-Berkehrsanstalt nicht für die christlichen Vorarlberger, Tiroler und Salzburger Getreide aufgebracht hätte. Sie haben doch alle miteinander nicht für sechs Wochen das erforderliche Geld, um sich das nötige Getreide zu kaufen. Sie haben es ja probiert, die Schweiz hat sowohl Tirol als Vorarlberg durch mehrere Monate beliefert. Nachdem aber die Länder nicht zu bezahlen in der Lage waren, wurde die Belieferung wieder eingestellt, mit 29. April des vergangenen Jahres.

Herr Kollege Juz hat gesagt, er sei gegen diese Lötterwirtschaft im Staate. Herr Kollege, schade, daß sie nicht zehn Jahre früher gewählt wurden, schade, daß Sie nicht an Stelle jener vier Vorarlberger, die vor Ihnen da waren, hier gesessen sind und gegen den Militarismus und gegen diese Haushaltspolitik der Habsburger protestiert haben. Dann hätten wir diesen gesteigerten Militarismus nicht und wären nie in die Versuchung geraten, in diese Lötterwirtschaft hineinzukommen, die uns die Habsburger hinterlassen haben. (Zwischenrufe.)

Der Herr Kollege Buchinger von Niederösterreich, ein Mann, der viel Berührung mit der großen Stadt Wien hat, redete gegen Zwangswirtschaft, und übersieht ganz und gar, daß ohne ordentliche Aufbringung ja nur die Schieber gedeihen und leben können. Meine Herren! Sie müssen es sich doch endlich einmal überlegen, ob sie in dieser Tonart fortfahren sollen oder ob es nicht ihre Pflicht wäre, den Bauern draußen begreiflich zu machen, daß sie, wenn sie von Kunstdüngerimport reden, wenn sie hochwertiges Rindvieh einführen, wenn sie soundso viele Millionen für die Landwirtschaft verlangen, erst dafür sorgen müssen, daß unsere Industrie flott wird und daß die große Industrie, die wir in unserem Staate haben, dazu beiträgt, daß jene Valuta beschafft werden kann, die Sie für alle diese von Ihnen verlangten Dinge verlangen. Denn aus der Steuerkraft der Bauern und der Länder können Sie unmöglich auch nur den zehnten Teil Ihrer Begehrungen erfüllen. Jene Gelder, die Sie für Ihre Landwirtschaft brauchen und anfordern, müssen aus dem Steuergebnis der großen Industrie kommen.

Ich habe nur wenige Worte zu den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Stöckler zu sagen. Wenn ich so in früheren Jahren in das Ackerbauministerium gekommen bin und da und dort auf einen Sektionschef gewartet habe, habe ich mir gerne die Zeit damit vertrieben, die schönen Abbildungen prachtvoller Hengste, schöner Stiere etc. anzuschauen. Aber wenn ich dann so manchmal Gelegenheit hatte, in den Sitzungen des landwirtschaftlichen Ausschusses oder im Ernährungsausschuss oder im privaten Verkehre mit dem einen oder anderen höheren Beamten im vergangenen Ackerbauamt zu reden, so war ich doch immer der Überzeugung: Alle die Bilder dieser prachtvollen Rindviechtypen, die man an den Wänden sieht, werden überstossen von den reinrassigen Rindviehern in den Sektionschefzimmern. (Heiterkeit.) Diese Auffassung, die ich so manchmal mit meinen Freunden besprochen habe, wurde heute nun vom Herrn Staatssekretär Stöckler bestätigt. Er hat von ein paar Verträgen gesprochen, von denen er nur sagen zu dürfen gewünscht hat, daß sie ausgehoben wurden. Es gibt aber noch

einiges im Staatsamt für Landwirtschaft, wie es jetzt heißt, was darauf hindeutet, daß ein paar ältere Herren in diesem Ministerium noch hängen geblieben sein müssen, denn wenn heute hier von der Schlampewirtschaft des Staates, von der Lötterwirtschaft in den staatlichen Forsten gesprochen, dem volkswirtschaftlich falschen Begehr nach Überweisung von Staatswäldern an Private das Wort geredet worden ist, so ist dazu zu sagen: Es müßte um die staatliche Wirtschaft in den Forsten nicht so bestellt sein, wie es bestellt war —, es beginnt bedeutend besser zu werden — es könnten diese staatlichen Forste tatsächlich eine ganz bedeutende Einnahme dem Staate bringen. Aber was erleben wir? Wir haben im Inntale in der Nähe von Brizlegg in Kramsach alljährlich eine Holztrift aus dem Brandenberger Gebiete an der tirolerisch-bayerischen Grenze. Aus diesem Gebiete kommen aus einer Klause, die der Staat mit großen Kosten errichten muß, alljährlich mindestens 50.000 Festmeter Sägeholz. Dieses Sägeholz wollten nun mehrere Beamte der Forstdirektion Innsbruck dadurch dem Staat sehr nutzbar machen, daß in Kramsach, wo sich eine fertige Industriebahn aus der Zeit der Retablierungswirtschaft einer großen Militärfestation befindet, eine moderne Säge errichtet werde und der Staat sein Holz selbst schneidet. Die Durchführung dieses Vorhabens hätte dem Staat jährlich einige Millionen Kronen gebracht; Fertigware, die Breiter, sollten an das Landwirtschaftsamt in Innsbruck abgegeben und an die Italiener verkauft werden. Das Vorhaben dieser Beamten wurde zunächst gemacht, ja wahrscheinlich wurden einige Beamte pensioniert, weil sie sich bei den zu Millionären gewordenen Sägereibesitzern und politischen Führern der bauerlichen Parteien in Tirol wegen dieses Vorhabens mißliebig gemacht hatten. Diese Sägereibesitzer und ihre Hintermänner verlangten vom Staat das Rundholz pro Festmeter um 120 K, das ist ein Höchstpreis. Sie bezahlten zwar dasselbe Rundholz anderswo zwischen 300 bis 400 K, der Staat sollte das Holz absolut nicht selbst verarbeiten! Mehrere Herren der Forstdirektion haben von ihrem Begehr nicht locker gelassen und haben, die Notwendigkeit einer besseren, rentableren Forstwirtschaft im Auge habend, mehrere Politiker im Lande aufgesucht und versucht, ihr Projekt durchzudrücken. Die Politiker waren machtlos und die Herren wurden pensioniert. Man ging noch weiter. Wenn wir nicht rechtzeitig Protest gemacht hätten, so wäre folgender Vertrag zustandegekommen.

Der Staat hat an eine Gesellschaft, an deren Spitze ein Advokat steht, der sein Lebttag mit Holzschniden sich nicht beschäftigt hat, um soundso viel Holz aus der Brandenberger Klause, Lagerplatz Kramsach im Inntale an dieses Advokaten-

Konsortium zu vergeben. Dieses Konsortium hätte in fünf Jahren viele Millionen verdient, wenn es gelungen wäre, dieses Vorhaben durchzudriicken. Damit die Advokaten die Sache leichter zu machen in die Lage kämen, schützten sie vor, daß aus dem Reinerträgnisse, das sie erarbeiten, wenn ihnen zu einem billigen Preise, gebunden auf viele Jahre, das Holz überlassen wird, das Land einen Anteil haben sollte. Im Lande Tirol pfeiften es die Spatzen auf den Dächern, daß das Land vorgeschoben war und mächtige politische Interessenten diese bevorzugte billige Holzbelieferung seitens des Staates haben wollten. Also hier scheint im Staatsamt für Forstwirtschaft noch jemand zu sein, der mehr ein Freund für reichgewordene Sägereibesitzer als ein Freund des Staatsrätsels ist. Ich darf erwarten, daß das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft auch diese Fälle untersucht und uns eine Aufklärung gibt. Vielleicht ist es der Herr Staatssekretär Stöckler selbst, der diese Fälle klarstellt.

Wenige Worte noch zu den Äußerungen des Herrn Staatssekretärs für Volksernährung. In seiner interessanten Darlegung kam er zum Schluß zögernd auf die Notwendigkeit der Zwangsbewirtschaftung, der Belieferung der Konsumenten und auf eine Besprechung des Schiebertums. Dem Herrn Staatssekretär für Volksernährung muß man sagen: Wenn wirklich das Staatsamt daran denkt, die Zwangsbewirtschaftung seitens des Staates in einzelnen Artikeln aufzuheben, so muß doch dieses Staatsamt ernstlich erwägen, daß die aus dem Auslande bezogenen Nahrungs- und Genussmittel nicht dem sogenannten legitimen, ehrlichen Handel, den es fast nicht mehr gibt, sondern der Wirtschaftsorganisation der städtischen Konsumenten direkt überliefert werden. Dazu muß der Staat den Mut haben. Die Herren Staatssekretäre müssen begreifen, daß die Arbeiterklasse in eine andere Stimmung zu diesem Staate gebracht werden muß. Die Herren Staatssekretäre müssen verstehen, daß die Ernährung der produzierenden Bevölkerung ungleich wichtiger ist als die sogenannten Interessen des legitimen Handels, von dem wir wissen, daß er bisher das grösste Talent darin zeigte, die seinerzeit billiger erworbenen Waren zurückzustauen und sie bei passender Gelegenheit mit ungeheurem Gewinn wieder abzustoßen. Ich erwarte, daß bei diesem Vorhaben, wenigstens die Verteilung genossenschaftlich zu organisieren, die Führer der christlichsozialen Partei sich nicht dagegen stellen. Die Leiter der christlichsozialen Partei müssen verstehen, wenn sie der Frage ernstlich Beachtung schenken, daß die Aufbringung der Ware, die Übernahme des Importes aus dem Auslande, die Zuteilung an die Konsumgenossenschaften, an ihre oder an die unserigen, aber die direkte Zuteilung sehr wichtig ist. Sie sollen

einmal auftreten und sagen, wo diese Form, den Zwischenhandel möglichst auszuschalten und direkten Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten, die direkte Warenüberweisung aus dem Import an die Verbraucher mit ihren christlichen Grundsätzen nicht im Widerspruch steht. Sie müssen, glaube ich, darüber nachdenken, daß man einen Schritt weiter gehen muß und einfach sagt: Wo die Privatwirtschaft sich überlebt hat, tritt die Sozialisierung ein, sei es zunächst die Sozialisierung in der Form der Verteilung, des Ausschaltens des Handels. Wenn wir nicht auf dieses System hinarbeiten und Sie, meine Herren von der rechten Seite, nicht darauf bedacht sind, großzügige Staatsfabriken zu erstellen und Massengüter, die Sie so notwendig brauchen wie wir, in großen Betrieben zu erzeugen, dann haben wir gar keine Hoffnung, daß wir nur halbwegs aus dem Elend herauskommen, in dem wir uns heute befinden.

Wir alle wissen heute, wie wir stehen. Wir können noch so organisieren, noch so ernst dem ganzen Problem der Absättigung der Menschen in diesem Staate, der Bekleidung, Beschuhung nahtreten, wir werden in diesem Staate nur bis zu einem gewissen Grade in der Lage sein, die Not zu bannen. Wir werden ohne Anschluß an das Deutsche Reich (*Sehr richtig!*), ohne Vereinigung mit einem großen Wirtschaftskörper nicht bestehen können. Aber den Ehrgeiz müssen wir auch haben, daß wir nicht als ganze Bettler hinauskommen, daß wir bis zu der Stunde, wo es möglich sein wird, daß diese sechs Millionen Deutsche sich vereinigen zu einem großen Wirtschaftskörper mit den übrigen Deutschen, bedacht sind, das, was wir können, anzuwenden, um aus dem tiefsten Elend, in dem wir uns befinden, einen Ausweg anzbahnen.

Bon diesem Standpunkte aus müssen wir mit mehr Ernst, als es bisher geschehen ist, den ganzen Bedarfssachen nähertreten und ich bitte nochmals die bürgerlichen Vertreter: Überlegen Sie es sich sehr, wem Sie dienen, wenn Sie von der Aufhebung der Zwangswirtschaft reden und den freien Handel in allen Dingen haben wollen! Dann dienen Sie dem Schiebertum, dem Buchertum und legen die Arbeitskraft der Arbeiter, Kleinbürger und Beamten lahm. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Die Herren Berichterstatter verzichten einvernehmlich auf das Schlußwort. Ich kann daher gleich zur Abstimmung schreiten. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Die erste Abstimmung erfolgt über den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Resolutionsantrag des Abgeordneten

Parer, betreffend die Budgetierung eines Betrages von zwei Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft (752 der Beilagen).

Er lautet (*liest*):

„Der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft stellt den Antrag:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert:

1. In das nächste Budget den Betrag von zwei Millionen Kronen zur Errichtung einer Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft einzustellen,

2. — und hier liegt ein Druckfehler vor — „die durch den Beschluss der Nationalversammlung vom 28. Jänner 1920 in Aussicht genommene Hauptlehranstalt für Milch- und Weidewirtschaft als selbständige Anstalt zu errichten.“

Statt der in der Vorlage stehenden Worte: „von der Nationalversammlung beschlossene“ kommen also die Worte: „durch den Beschluss der Nationalversammlung vom 28. Jänner 1920 in Aussicht genommene . . .“.

Ein Gegenantrag ist nicht gestellt. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Ist angenommen.

Nunmehr erfolgt die Abstimmung über die Budgetkapitel 19 und 20 gemäß den Ansätzen, wie sie in der Vorlage enthalten sind. Die Vorlage ist in den Händen der Mitglieder. Ein Gegenantrag ist nicht gestellt worden, ich kann daher sowohl die Zahlen auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite unter Einem zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche den Anträgen des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend die Kapitel 19 und 20, Land- und Forstwirtschaft, Einnahmen und Ausgaben, einschließlich des Nachtrages I, zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen.

Ferner kommt zur Abstimmung die Gruppe XVI „Volksernährung“, Einnahmen und Ausgaben, einschließlich des Nachtrages I. Ein Gegenantrag ist

nicht gestellt, ich bringe also die Zahlen, wie sie vom Finanz- und Budgetausschuss beantragt worden sind, zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diese Ziffernsätze genehmigen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen.

Ferner liegt hier ein Entschließungsantrag vor, den der Finanz- und Budgetausschuss über Antrag des Herrn Abgeordneten Heinz gestellt hat. Er lautet (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, die Auflösung der Zentralpreisprüfungskommission in Erwägung zu ziehen.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dieser Resolution des Finanz- und Budgetausschusses zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Ich sehe jetzt von einer Fortsetzung der Budgetdebatte ab und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Als nächsten Sitzungstag beantrage ich Samstag, den 15. Mai d. J., 10 Uhr vor mittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen), und zwar kommen daran zunächst Gruppe IX: „Justiz“, und dann im Anschluß daran Gruppe XV: „Heereswesen“, und XX: „Liquidation“, mit welchen beiden wir morgen fertig werden.

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (833 der Beilagen), betreffend das Gesetz, womit einige Bestimmungen der Gesetze vom 18. Dezember 1919, St. G. Bl. Nr. 570, 571 und 572, und des Gesetzes vom 22. März 1920, St. G. Bl. Nr. 134, abgeändert und ergänzt werden (zweiter Nachtrag zum Besoldungsübergangsgesetz).

Wird gegen Tag, Stunde oder Tagesordnung eine Einwendung erhoben? (*Nach einer Pause:*) Es ist dies nicht der Fall, daher gilt der Vorschlag als genehmigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schlus der Sitzung: 8 Uhr 45 Minuten abends.